



Die Bank im dbb vorsorgewerk

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

Jetzt informieren: www.bezuegekonto.de oder www.dbb-vorsorgewerk.de





Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

Die Kirche im Dorf lassen ...

... sollten diejenigen, die bereits jetzt Konsequenzen aus den Ergebnissen des Zensus 2011 fordern. Besonders das von den Zahlen gebeutelte Berlin will möglicherweise verzichten: auf die Sanierung des Kongresszentrums, auf den Neubau der Zentralund Landesbibliothek oder gar auf die Verbesserung der Beamtenbesoldung. Bundesweit 1,5 Millionen weniger Menschen – das macht einen Rückgang der bislang angenommenen Bevölkerung um 1,8 Prozent. Darin sind zum Stichtag alle Menschen vom Säugling bis zum Greis enthalten. Der Rückgang an der erwerbstätigen Bevölkerung ist dagegen verschwindend gering. Vor



diesem Hintergrund scheint es verfrüht, den Staat weiter verschlanken zu wollen, von öffentlichen Vorhaben abzusehen und öffentliche Aufgaben zu streichen oder auszulagern. Denn mit der Abnahme der Bevölkerungszahl sind die Probleme nicht weniger geworden.

Das gilt insbesondere für den öffentlichen Dienst, wo bereits heute viel zu wenige Schultern immer mehr tragen müssen. In diesem Zusammenhang stimmt besonders der starke Rückgang der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nachdenklich, denn gerade im öffentlichen Dienst werden gut ausgebildete Migranten gebraucht, sei es bei der Polizei, in der Sozialverwaltung oder in der Jugendfürsorge. Nur sie haben die nötige Sozial- und Sprachkompetenz, um in den spezifischen Problemen unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu vermitteln. Forderungen nach Verzicht greifen ins Leere. Der öffentliche Dienst braucht nach wie vor mehr, und nicht weniger Beschäftigte, wenn er seine Aufgaben auch künftig im Sinne der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen soll. Davon profitieren letztlich alle.

Impressum: Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, 20 030.4081-40, Fax 030.4081-5599.
Internet: www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de

Chefredakteur: Dr. Walter Schmitz (sm); Redaktion: Christine Bonath (cri), Jan Brenner (br) sowie Britta Ibald (iba), Andreas Krause (ak), Cornelia Krüger (cok), Dr. Alexander Schrader (as), Birgit Ulrich (bau) und Sebastian Wiegandt (wie).

Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar.

Fotos: MEV, www.fotolia.de: fotogestoeber, LHF Graphics, sudok1, xiaoliangge, XK, dp@pic, DOC RABE Media, ursule, Marco2811, kadebruehl

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift für Beamte, Angestellte und Arbeiter erscheint zehnmal im Jahr. Für Mitglieder ist der Verkaufspreis durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Der Abonnementpreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 36,90 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer, der Bezugspreis für das Einzelheft 4,40 Euro inkl. Porto und Umsatzsteuer. Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Vorlag.

Verlag: dbb verlag gmbh, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.
Verlagsort und Bestellanschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin, ☎ 030.7261917-0, Telefax 030.726191740,
Commerzbank Berlin: Konto 0 733 998, Sparkasse Köln/Bonn: Konto 21 006 903.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern Layout: Dominik Allartz; Gestaltung: Benjamin Pohlmann.

Versandort: Geldern

Anzeigen: deb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. 202102.74023-0, Fax 02102.74023-99, E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, 20 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Panagiotis Chrissovergis, 20 02102.74023-714, Anzeigendisposition: Britta Urbanski, 20 02102.74023-712, Anzeigentarif Nr. 54 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2012. Druckauflage: 605,421 (IVW 1/13). Anzeigenschluss: 6 Wochen vor Erscheinen. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

	aktuell	
	Interview mit Dr. Helmut Tschiersky, Prä dent des Bundesamtes für Verbraucher- schutz und Lebensmittelsicherheit (BVL	-
6	Zukunftsgespräch mit Kanzlerin: Kritik an zunehmenden Befristungen	6
<u>></u>	Lehrkräfte Sachsen: Lösungen statt Regierungs-Show	8
	Struktur des öffentlichen Dienstes:	٥
	Vorsicht – Einsturzgefahr	9
	Bundestagsinnenausschuss: Kein Streikrecht für Beamte	10
13	Familienpflegezeit und flexibler Eintrit in den Ruhestand für Bundesbeamte	t 11
	fokus	
	die andere meinung: Mit Leidenschaft gegen die Fluten	12
D.	reportage: Halle an der Saale im Kampf gegen die Flut	13
26	dbb Innovationspreis 2013: Die Top Five	17
	"Digitale Daseinsvorsorge" prämiert	18
	Befristete Arbeitsverhältnisse: Saisonkraft Lehrer	20
	Mitbestimmung: Als Personalvertreter am Puls der Zeit	22
30	14. Kongress "neueVerwaltung"	23
1	Zensus 2011: Aus gezählt	24
	ZASt Berlin, JVA Moabit: Bei Anruf Auskunft	26
> D	spezial	
33	18. Europäischer Abend: "Europa MitbeStimmen"	30
2	Diversity Management: Vielfalt gestalten	32
>	1. Deutscher Diversity-Tag	34
105	Der Fall des Monats	37
ICE -	Berufs- und Dienstunfähigkeit:	
40	Das Risiko wird unterschätzt	38
>	finale	
	Geldwäsche	39
	Mobiles Internet:	4.0
1	Mit der Bahn im Datenrausch Mitgliedsgewerkschaften	40
47	RkReÜAÜG	47

Interview mit Dr. Helmut Tschiersky, Präsident des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)

Das System der Lebensmittelüberwachung funktioniert

dbb magazin

Das gemeinsame Info-Portal des BVL und der Länder, www. lebensmittelwarnung.de, ist im Oktober 2011 online gegangen und informiert über unsichere Lebensmittel. Über drei Millionen Besucher haben die Warnungen seitdem angeklickt, 3 000 folgen ihnen regelmäßig über Twitter. Aktuell sind knapp 50 Warnungen – von Salmonellen in Teewurst und Salatkräutern über Glasscherben in Kirschgläsern bis hin zu Schimmelpilzen in Pistazientüten – enthalten. Warum ist es um die Lebensmittelsicherheit in Deutschland offenbar so schlecht bestellt?

Dr. Helmut Tschiersky

Ich sehe die Tatsache, dass öffentlich gewarnt wird, positiv. Die Zahl der veröffentlichten Warnungen zeigt, dass das System der Lebensmittelüberwachung in Deutschland funktioniert. Die Hersteller und Händler werden der Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte gerecht, die ihnen das Gesetz zuweist. Viele Meldungen im Portal www.lebens mittelwarnung.de sind Folge betrieblicher Eigenkontrollen und von Rückrufen der Unternehmen. Setzen Sie die Zahl der Warnungen ins Verhältnis mit dem riesigen Angebot an Lebensmitteln, das vielfältiger ist als jemals zuvor. Die globalen Warenströme bringen ständig neue Nahrungsmittel zu uns, und fast alles ist mittlerweile in jeder Jahreszeit verfügbar. Gemessen daran, ist das Niveau der Lebensmittelsicherheit in Deutschland und in Europa insgesamt so hoch wie noch nie. In einem so sensiblen Bereich wie der Lebensmittelerzeugung werden wir aber auch immer mit Risiken leben, auf die wir uns einstellen und denen wir mit entsprechenden Maßnahmen begegnen müssen. Mit dem Portal www.lebensmittelwarnung.de haben die Verbraucher erstmals die Möglichkeit erhalten, sich auf einen Blick über sämtliche Warnungen vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln und über Rückrufaktionen zu informieren. Die hohen Zugriffszahlen bestätigen das Konzept: Mittlerweile hat www.lebensmittelwarnung.de mehr als 4,5 Millionen Besucher, und 4000 Verbraucher folgen dem Portal auf Twitter.

dbb magazin

Lebensmittelkontrolle ist Ländersache – Lebensmittelskandale machen aber nicht vor Ländergrenzen halt. Wie kann die Zusammenarbeit von Kontrolleuren, Chemikern und Veterinären bundesweit besser verzahnt werden, um flächendeckend einen gleich guten Verbraucherschutz zu gewährleisten? Oder anders gefragt: Was müssen wir tun, damit Pferdefleisch nicht in die Lasagne gelangt?

Dr. Helmut Tschiersky

Das Portal www.lebensmittel warnung.de ist nur ein Beispiel dafür, wie eng die verschiedenen Ebenen Kommunen, Bundesländer und Bund zusammenarbeiten. Und die enge



Verzahnung mit der EU und deren Mitgliedsstaaten macht auch eine bundesweite Koordination der Überwachungstätigkeit und damit des Risikomanagements unverzichtbar. Es gibt bereits eine ganze Reihe von Instrumenten, mit denen wir heute Risiken früh identifizieren und Risiken managen können. Dazu gehört beispielsweise das Europäische Schnellwarnsystem für Lebensmittel und Futtermittel RASFF, dessen nationale Kontaktstelle beim BVL angesiedelt ist. Es ermöglicht einen schnellen Informationsaustausch zwischen den europäischen Behörden. Im Falle einer Krise kann im BVL

ein Lagezentrum aktiviert werden, in dem alle notwendigen Informationen zusammenlaufen, um ein Lagebild zu erstellen. Die EHEC-Krise hat aber auch gezeigt, dass die herkömmlichen Instrumente nicht immer ausreichen. Deshalb wurde erstmals eine Taskforce beim BVL eingesetzt, in der Vertreter der Bundesländer. des BVL, des Bundesinstitutes für Risikobewertung, des Robert Koch-Institutes und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zusammenarbeiteten und die Ursache des EHEC-Ausbruchs aufklären konnten. Dieses neue Instrument hat sich im

vergangenen Jahr bei der Aufklärung des Norovirus-Ausbruchs erfolgreich bewährt und ist inzwischen institutionalisiert worden.

Wir haben aber auch ganz neue Felder, die uns herausfordern. Beispielsweise der Handel im Internet mit Lebensmitteln. Dort werden vor allem Produkte im Graubereich zwischen Lebens- und Arzneimitteln angeboten. Gerade dieser Bereich erfordert ausgeprägtes Fachwissen und technisches Know-how, um gefährliche Produkte und schwarze Schafe unter den Anbietern aufzuspüren. Eine Projektgruppe im BVL hat hier bereits wertvolle Pionierarbeit geleistet und soll künftig als Zentralstelle für die Bundesländer tätig werden.

dbb magazin

Aus Furcht vor unsicheren Lebensmitteln greifen die Verbraucher verstärkt auf sogenannte Bio-Produkte zurück – eine gute Wahl oder nur eine teure?

Dr. Helmut Tschiersky

Die Frage Bio oder nicht muss jeder Verbraucher für sich entscheiden. Bei Bio-Produkten geht es ja nicht nur um die Frage, ob Lebensmittel geringer mit Pflanzenschutz- oder Tierarzneimitteln belastet sind. Der Verbraucher entscheidet sich vor allem auch für eine bestimmte Art der Erzeugung. Nachhaltigkeit, artgerechte Tierhaltung, umweltfreundlichere Bewirtschaftung und fairere Bedingungen für die Produzenten sind für Käufer von Bio-Produkten sicherlich ganz wichtige Aspekte. Ganz klar ist auch: Konventionell hergestellte Lebensmittel müssen ebenso sicher sein wie ökologisch erzeugte Produkte. Auch wenn im konventionellen Anbau mehr Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden, sind die vorhandenen Rückstände gesundheitlich unbedenklich, solange die gesetzlichen

Höchstgehalte eingehalten werden. Im konventionellen Bereich hat sich auch hier einiges entwickelt, bei einigen Produkten gibt es bei den Rückständen kaum noch Überschreitungen, zum Beispiel bei Äpfeln.

dbb magazin

Es wimmelt auf dem Markt von Gütesiegeln und Prüfplaketten, von Unbedenklichkeitserklärungen und Hinweisen auf positive Bewertungen von Testinstituten. Ist das für die Lebensmittelüberwachung relevant oder lässt sich diese Art der Verbraucherinformation eher unter dem Begriff Marketing einordnen?

Dr. Helmut Tschiersky

Ich denke, auch hier muss man differenzieren. Studien haben gezeigt, dass Siegel generell von den Verbrauchern angenommen werden, sie das Vertrauen in die Produkte steigern. Das ist auch nicht verwunderlich, denn der Verbraucher sucht bei seiner Kaufentscheidung etwas, an dem er sich orientieren kann. Doch Siegel ist nicht gleich Siegel. Neben dem Bekanntheitsgrad spielt vor allem eine Rolle, ob mit einem Siegel nachvollziehbare und überprüfbare Qualitätsmerkmale verbunden werden können. Um den generell positiven Zweck der Gütesiegel zu unterstreichen, möchte ich noch einmal auf das Projekt zur Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln zu sprechen kommen. Den Verbrauchern wird empfohlen, in Onlineshops einzukaufen, die mit einem D21-Siegel versehen sind. Diese Siegel garantieren gewisse Standards beim Onlineeinkauf wie Datensicherheit und Bonität des Verkäufers. Es ist geplant, noch weitere Qualitätskriterien an diese Siegelvergabe zu knüpfen, damit die Sicherheit von Lebensmitteln auch beim Einkauf im Internet gewährleistet ist.

dbb magazin

Als eines von vielen Gemeinschaftsreferenzlaboratorien, die der finanziellen und fachlichen Aufsicht der Europäischen Kommission unterstehen, ist das BVL zuständig für "Rückstände von Tierarzneimitteln und Schadstoffe in Lebensmitteln tierischen Ursprungs". Worin genau bestehen Ihre Aufgaben, und auf welche Ergebnisse können Sie bislang verweisen?

Dr. Helmut Tschiersky

Wo gemessen und verglichen wird, muss mit vergleichbaren, leistungsfähigen und zuverlässigen Methoden und Verfahren gearbeitet werden, damit die Verbraucher sich auf die behördliche Überwachung verlassen können. Die Referenzlabore tragen dazu bei, dass dieses Ziel in der amtlichen Kontrolle erreicht wird. In der "Referatsgruppe Untersuchungen" des BVL sind ein europäisches Referenzlaboratorium und acht nationale Referenzlaboratorien für Rückstände und Kontaminanten angesiedelt. Das Europäische Referenzlabor für Tierarzneimittelrückstände koordiniert und unterstützt die europäischen nationalen Referenzlaboratorien sowie die amtlichen Untersuchungslaboratorien der Bundesländer und ist zugleich Schnittstelle zur Europäischen Kommission. Die Referenzlaboratorien entwickeln neue Standards zur Qualitätssicherung und entwickeln Methoden fort. Die Referenzlaboratorien verschaffen sich auch einen Überblick, wie leistungsfähig die in den Laboren angewandten Methoden sind. Dazu werden unter anderem regelmäßig Laborvergleichsstudien organisiert. Im Krisen- oder Ereignisfall müssen die Referenzlabore sofort einsatzbereit sein und die Koordinierung der amtlichen Labore übernehmen, indem sie Methoden, Materialien und Wissen allen Beteiligten schnell und umfassend zur Verfügung stellen. Zuletzt hat das EU-Referenzlabor seine Funktionsfähigkeit erfolgreich bei der europaweiten Analyse von Phenylbutazon in Pferdefleisch unter Beweis gestellt.

> Dr. Helmut Tschiersky ...



... Jahrgang 1957, studierte von 1976 bis 1980 an der Universität Hamburg Pharmazie und erlangte 1981 seine Approbation als Apotheker. Von 1981 bis 1987 folgte ein Studium der Lebensmittelchemie an der TU Berlin, wo er 1988 promoviert wurde. Seine fachliche Laufbahn begann er 1987 als Sanitätsoffizier im Untersuchungsinstitut des Sanitätsdienstes der Bundeswehr in Düsseldorf. Nach weiteren leiten-

den Tätigkeiten im Sanitätsdienst wechselte Tschiersky 2001 als Leiter der Arzneimitteluntersuchungsstelle an das Institut für Lebensmittel, Arzneimittel und Tierseuchen Berlin (ILAT). In seine Zuständigkeit fiel die Untersuchung und Begutachtung von Human- und Tierarzneimitteln einschließlich der Fütterungsarzneimittel sowie die Beurteilung von Abgrenzungsfragen zwischen Lebensmitteln und Arzneimitteln. Von Oktober 2005 bis Anfang 2007 übernahm er zusätzlich die kommissarische Leitung des Instituts. Seit dem 1. Juni 2008 leitet Tschiersky das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und wurde am 1. Dezember 2008 zu dessen Präsident ernannt.

Zukunftsgespräch mit Kanzlerin:

Kritik an zunehmenden Befristungen



dbb Chef Klaus Dauderstädt (rechts) setzte sich in Meseberg dafür ein, Arbeitsplätze durch mehr Selbstbestimmung attraktiver zu gestalten.

Beim Zukunftsgespräch der Bundesregierung mit Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft und Gewerkschaften, zu dem Bundeskanzlerin Angela Merkel am 4. Juli 2013 nach Schloss Meseberg bei Berlin eingeladen hatte, kritisierte dbb Chef Klaus Dauderstädt die wachsende Zahl von befristeten und Leih-Arbeitsplätzen sowie organisatorischer Veränderungen und Ausgliederungen, die einer verlässlichen Arbeitswelt entgegenstünden.

In der Runde, die sich in diesem Jahr den Themenschwerpunkten "Herausforderungen der modernen Arbeitswelt" und "Steigende Nachfrage nach Wissen" beschäftigte, sagte Dauderstädt: "Angesichts der demografischen Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Arbeitswirklichkeit nicht nur im öffentlichen Dienst müssen neue Wege beschritten werden, Arbeitsplätze durch mehr Flexibilität im Zeitmanagement und mehr Selbstbestimmung attraktiver auszugestalten. Andererseits erfordern längere Lebensarbeitszeiten, die Zunahme psychosomatischer Belastungen und verstärkte Digitalisierung der Arbeitsvorgänge eine intensivere Stressanalyse und Gesundheitsförderung." Als "falschen Weg" bezeichnete er ausdrücklich befristete Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit: Dies sei Flexibilität ausschließlich zugunsten der Arbeitgeber und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

"die wir in diesem Ausmaß nicht akzeptieren werden".

Bei dem Treffen im Gästehaus der Bundesregierung auf Schloss Meseberg, das Bundeskanzlerin Merkel seit nunmehr vier Jahren mit Spitzenvertretern der Tarifpartner veranstaltet, ging es grundsätzlich darum, wie Deutschland seinen Fachkräftebedarf sichern kann, wenn die Zahl der Erwerbstätigen sinkt. Die Runde, an der neben Merkel sechs Bundesminister teilnahmen, erörterte vor diesem Hintergrund auch die stärkere Erwerbsbeteiligung von Frauen und eine bessere Qualifizierung von Menschen ohne Berufs- und Schulabschluss. Einigkeit herrschte in dem Punkt, dass das Potenzial von Menschen mit ausländischen Wurzeln stärker ausgeschöpft werden müsse. Die Kanzlerin sagte nach dem Treffen, zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung Deutschlands gehöre auch lebenslanges Lernen. Dies sei nötig, damit auch Ältere ihren Beruf länger ausüben könnten. Wichtig sei auch, die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung zu erhöhen. Merkel zeigte zudem Verständnis für die Gewerkschaftskritik an prekären Beschäftigungsverhältnissen: Man müsse aufpassen, "dass deren Zahl nicht dauerhaft zunimmt".

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes

"Angesichts der globalen Herausforderungen, mit denen sich unsere Gesellschaft konfrontiert sieht, müssen sich selbstverständlich auch staatliche Strukturen wandeln. Der öffentliche Dienst ist bereit für Veränderungen. Wichtig ist aber, bei allen notwendigen Reformen die Beschäftigten mitzunehmen und funktionierende Strukturen nicht aus purem Aktionismus zu zerschlagen", sagte dbb Chef Klaus Dauderstädt mit Blick auf den Internationalen Tag des öffentlichen Dienstes am 23. Juni 2013 in Berlin.

> Föderalismusreform gescheitert

Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat am 20. Juni 2013 in Berlin anlässlich der Diskussion um den Länderfinanzausgleich erneut darauf verwiesen, dass die Föderalismusreformen in wichtigen Teilen gescheitert sind. "Die Debatte um den Finanzausgleich muss geführt werden, aber sie greift noch zu kurz", sagte der dbb Chef zur vom ehemaligen Finanzministers Hans Eichel vorgeschlagenen Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

Bürgerversicherung:

dbb bekräftigt Ablehnung

Mit der Einführung einer sogenannten Bürgerversicherung würde "der historisch gewachsenen Pluralität der Versicherungsformen ein Ende gesetzt, ohne dass mit diesem Schritt eine nachhaltige Sanierung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung erreicht werden kann". Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei einer Sitzung des Bundestagsausschusses für Gesundheit am 5. Juni 2013 in Berlin nochmals unterstrichen. Anlass der Sitzung war ein Antrag der Fraktion Die Linke "Gesundheit und Pflege solidarisch finanzieren".

"Der dbb bekennt sich ausdrücklich zum gegliederten Gesundheitssystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung in Deutschland", machte Dauderstädt deutlich. Als Interessenvertretung von rund der Hälfte aller PKV-Versicherten halte der dbb an der bewährten Zweigleisigkeit zwischen GKV und PKV fest. Nur die private Krankenversicherung sei in der Lage, zum Beihilfeanspruch von Beamten verzahnte Tarife anzubieten. Würde die durch die Pluralität der Versicherungsformen bestehende Wettbewerbssituation beseitigt, hätte dies negative Auswirkungen auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland. Zudem habe das Bundesverfassungsgericht der PKV einen grundgesetzlich garantierten Bestandsschutz zugebilligt, so Dauderstädt.

Durch die Einbeziehung aller privat Krankenversicherten und möglicherweise anderer Einkommensarten in die GKV würden zwar höhere Einnahmen generiert, diesen stünden jedoch ebenfalls steigende Leistungsausgaben gegenüber. "Die Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung würden

also verschärft beziehungsweise in die Zukunft verschoben, jedenfalls aber nicht gelöst", so erklärte der dbb auch in seiner Stellungnahme. Die Darstellung der "Bürgerversicherung" als Allheilmittel zur Bekämpfung einer Zwei-Klassen-Medizin sei nicht zu Ende gedacht. Es werde vielmehr ebenfalls zu Unterschieden bei der Inanspruchnahme medizinischer Leistungen kommen, da über das Spektrum der einheitlichen Grundversorgung hinausgehende Leistungen nur durch Abschluss privater Zusatzversicherungen oder Selbstzahlung ermöglicht werden. Dies bedeute eine Differenzierung zwischen Armen und Reichen.

Zudem drohe im Fall einer sofortigen Einbeziehung aller
PKV-Versicherten ein Verstoß
gegen das Eigentumsrecht,
wenn Altersrückstellungen, die
für jeden Privatversicherten
individuell gebildet werden, in
das umlagefinanzierte System
überführt werden. "Hier wären
sowohl Zuständigkeitskonflikte mit den Ländern als auch
eine Klageflut betroffener Beamter und Versorgungsempfänger zu befürchten", heißt es
in der dbb Stellungnahme.



Und Nerven sparen! Und Gebühren sparen! Jetzt Bausparen!

Sichern Sie sich jetzt günstige Finanzierungskonditionen. Mit einem Ideal Bausparvertrag von Wüstenrot.

Jetzt Angebot anfordern:
www.dbb-vorsorgewerk.de/
bausparensparen
oder 030/40 81 64 44





Lehrkräfte Sachsen:

Lösungen statt Regierungs-Show

Willi Russ, Verhandlungsführer des dbb für die Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen der Lehrer in Sachsen, fordert die Staatsregierung zur umgehenden Aufnahme von Tarifverhandlungen zur Demografiesicherung für die rund 32 000 Lehrkräfte auf. Anderenfalls drohten Streiks.

"Das Maß ist voll", unterstrich Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Zweiter Vorsitzender des dbb, am 26. Juni 2013 in Dresden. "Wenn die Landesregierung im kommenden Schuljahr streikfrei haben will, muss sie jetzt ihre Hausaufgaben machen also in ernsthafte Tarifverhandlungen eintreten, in denen wir uns auf faire Bezahlungsregelungen und ein nachhaltiges Lehrkräftegewinnungskonzept einigen. Sachsens Schulen brauchen keine ,Regierungs-Show', sondern Lösungen", so Russ.

Der dbb Verhandlungsführer erneuerte seine Kritik am Vorgehen des Staatsministers der Finanzen, Georg Unland, beim letzten Spitzengespräch zwischen Gewerkschaften und Landesregierung in Sachen Lehrer am 11. Juni 2013 in Dresden, Dort hatte Unland den Gewerkschaften ein erstes "Angebot" diktiert und zeitgleich den Medien präsentiert ein Eklat. "Weder ein Schreiben des Ministers vom 14. Juni 2013 an die Gewerkschaften noch die Erläuterungen der



dbb Tarifchef Willi Russ und der Vorsitzende des Sächsischen Lehrerinnen und Lehrerverbandes, Jens Weichelt, stellten sich der Presse.

Staatsregierung im Landtag waren geeignet, diese seltsame Interpretation der Tarifpartnerschaft aufzuklären", konstatierte Russ. "Das Verhalten von Herrn Unland irritiert umso mehr, weil er zugleich Vize der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ist und als solcher eigentlich wissen müsste, was sich gehört." Vor diesem Hintergrund erwarte man seitens der Landesregierung nun "deutlich engagiertere Bemühungen, das zerstörte Vertrauen wieder herzustellen. Erste Schritte wären ein zügiger Verhandlungsbeginn und ein konkretes Angebot zur Gestaltung des Generationenwechsels an den Schulen im Freistaat als Gesprächsbasis", machte der dbb Verhandlungsführer klar.

Die Position des dbb machte Verhandlungsführer Willi Russ auch in einem Schreiben an den sächsischen Staatsminister der Finanzen, Georg Unland, deutlich. Das Dokument erhalten Sie unter http://bit.ly/10z0e2n.

KMK-Berechnung zum Lehrkräftebedarf:

Blackbox

Der dbb hat das Vorgehen der Kultusministerkonferenz (KMK) bei der Ermittlung des Lehrkräftebedarfs kritisiert. Die am 21. Juni 2013 vorgestellte Modellrechnung zum Lehrereinstellungsbedarf sei eine "reine Blackbox".

Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Astrid Hollmann verwies auf die vor zwei Jahren vorgelegte erste Modellrechnung der KMK, bei der der dbb und seine Lehrergewerkschaften bereits die fehlende Transparenz in dem Zahlenwerk moniert hatten. "Dem hat die KMK nun auch bei ihrer zweiten Modellrechnung nicht abgeholfen. Das ist umso ärgerlicher, als wir uns im vergangenen Jahr mit der KMK auf Offenlegung der zugrundeliegenden Daten aus den einzelnen Ländern geeinigt hatten. Solange wir nicht einsehen können, wie die Situation ist, bleibt die Prognose eine reine Blackbox", kritisierte Hollmann.

Der dbb hatte im Vorfeld der Veröffentlichung die einzelnen Länder gebeten, die jeweiligen Daten offenzulegen. Dabei sollten auch Angaben zu politischen und haushalterischen Setzungen getroffen werden. "Themen wie Ganztagsbetreuung, inklusiver Unterricht und die Integration von zugewanderten Kindern haben direkte Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf", erläuterte Volker Stich, Gymnasiallehrer aus Baden-Württemberg und wie Hollmann stellvertretender dbb Bundesvorsitzender. "Uns ist völlig unverständlich, warum die Länder und die KMK die jeweiligen Annahmen nicht publik machen", kritisierte Stich. Nur mit Transparenz ließen sich einerseits die Studienanfänger zielführend beraten und andererseits der Diskurs

um bildungspolitische Schwerpunkte führen. "Der dbb und seine Lehrerverbände wollen diesen Diskurs, die Länder und ihre Kultusministerkonferenz augenscheinlich nicht", stellte Stich fest.

Das Wenige, was sich nach einer ersten dbb Auswertung aus der KMK-Prognose herauslesen lasse, ist, dass es in den alten Bundesländern, insbesondere an den Gymnasien, ein Überangebot an Lehrkräften geben wird, während im Osten in fast allen Lehrämtern Lehrkräfte fehlen. Studienanfängern könne nur geraten werden, sich im jeweiligen Land Lehramt und Fächerkombinationen genau anzusehen.

Struktur des öffentlichen Dienstes:

Vorsicht – Einsturzgefahr

Vor weiteren Kürzungen am öffentlichen Dienst hat dbb Chef Klaus Dauderstädt gewarnt. "Wenn die Strukturen weiter untergraben werden, wird dies die Bundesrepublik verändern", sagte er auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb schleswigholstein am 18. Juni 2013 in Damp. "Dann können wir bald überall Warnschilder aufstellen mit dem Hinweis: Vorsicht – Einsturzgefahr!"

Dies gelte bei der Lebensmittelkontrolle, beim Arbeitsschutz, bei Polizei und Justizvollzug, in Schulen und Krankenhäusern. "Der dbb wird dafür sorgen", so Dauderstädt, "dass es keine neuen Grabungslizenzen im öffentlichen Dienst geben wird und schon gar keine Sprengungen." Der dbb Chef verwies darauf, dass Deutschland sich als weitgehend krisenfest erwiesen habe, und ein zuverlässiger öffentlicher Dienst als entscheidender Standortvorteil im internationalen Wettbewerb gelte. "Seine Kosten sind im Vergleich zum Ausland niedrig,

seine Effizienz ist hoch." Die Politik möge laut sagen, "was ihr dieser gute deutsche öffentliche Dienst wert ist". Der dbb werde dies gern mit Vorschlägen zu Innovationsfähigkeit, höherer Effizienz und zum Bürokratieabbau begleiten.

Der dbb erwarte von einer neuen Bundesregierung nach den Bundestagswahlen im September größere Anstrengungen zum Abbau der Altschuldenberge. Ferner müsse die Föderalismusreform mit der Übertragung der Zuständigkeiten für Besoldung, Ver-



sorgung und Laufbahnrecht vom Bund auf die Länder langfristig rückgängig gemacht werden. Sie sei "ein Fehler, ein Rückschritt in anachronistischen Partikularismus" gewesen. Schließlich müsse sich die Politik auch ernsthaft einbringen, um die Folgen der demografischen Entwicklung für den öffentlichen Dienst angemessen abzufedern.

So vermisse er in der Demografiestrategie der Bundesregie-

rung Maßnahmen, "die den öffentlichen Dienst attraktiv halten oder besser noch in seiner Attraktivität stärken, um bei der Gewinnung von Nachwuchs nicht das Nachsehen zu haben", sagte Dauderstädt.

Der dbb Chef erneuerte zudem sein Plädoyer für den Erhalt der gewohnten sozialen Absicherung der Beamten, also für Beihilfe und Beamtenversorgung. "Gäben wir das alles auf, ohne vergleichbare Bezahlung zur Privatwirtschaft anbieten zu können, müssen wir in den Mangelberufen morgen und im übrigen öffentlichen Dienst übermorgen einpacken", zeigte sich Dauderstädt überzeugt.

Der dbb Chef gratulierte der alten und neuen Landesbundvorsitzenden Anke Schwitzer zur Wiederwahl. Schwitzer ist im dbb Sprecherin aller Landesbünde und steht seit zwölf Jahren an der Spitze des dbb schleswig-holstein.

Gespräch mit Ursula von der Leyen

Zu einem ersten Meinungsaustausch trafen am 10. Juni 2013 dbb Chef Klaus Dauderstädt und der Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, mit der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Dr. Ursula von der Leyen, sowie dem Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe zusammen. Dauderstädt nutzte das Gespräch, um die Entwicklung bei der Umsetzung des Tarifabschlusses in die Beamtenbesoldung von Ländern und Kommunen zu thematisieren sowie die ablehnende Position des dbb zu einer gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit zu bekräftigen. Die Ministerin machte deutlich, dass die weitere politische

Diskussion wesentlich vom Verhalten der Tarifpartner bestimmt werde, wobei die Bundesregierung stets auch die Belange aller Gewerkschaften berücksichtigen wolle. Beide Seiten bekräftigten daneben ihre Bereitschaft zur Fortsetzung des Demografiedialogs. Benra verdeutlichte, dass dabei die Interessenlagen auf den Feldern der Sicherung der Fachkräftegewinnung, einer Verbesserung der Willkommenskultur zur künftig stärkeren Beschäftigung von Migranten, einer stärkeren Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie eines verbesserten präventiven Gesundheitsschutzes zwischen privater Wirtschaft und öffentlichem Dienst



Hans-Ulrich Benra, Ursula von der Leyen, Klaus Dauderstädt und Ralf Brauksiepe (von links).

durchaus gleichgerichtet seien. Auf die Frage nach der weiteren Angleichung der Renten Ost an West erläuterte die Ministerin ihre bisherigen Erfahrungen aus der Diskussion verschiedener Lösungsansätze und ihr Bestreben, zu einem Kompromiss kommen zu wollen.

Bundestagsinnenausschuss:

Kein Streikrecht für Beamte



Im Bild von links: der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik, Hans-Ulrich Benra, dbb Chef Klaus Dauderstädt und der Innenausschussvorsitzende Wolfgang Bosbach.

Am 13. Juni 2013 hat ein Spitzengespräch zwischen der dbb Bundesleitung und dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages stattgefunden, in dem aktuelle Fragen und Entwicklungstendenzen des öffentlichen Dienstes erörtert wurden. Dazu gehörten unter anderem das Auseinanderdriften der Besoldung in Bund und Ländern nach der Föderalismusreform sowie im Zusammenhang mit der Diskussion um ein Streikrecht für Beamte der Vorschlag, zwischen Kernbereichs- und sonstigen Beamten zu trennen. Dies wurde einvernehmlich abgelehnt. In der Frage

des Herangehens an den demografischen Wandel bestand Einigkeit, dass bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit und im präventiven Gesundheitsschutz noch erheblicher Handlungsbedarf bestehe. Der dbb brachte seine Erwartung zum Ausdruck, dass das Thema Demografie auch auf der Agenda der nächsten

Legislaturperiode stehen und die in den letzten Monaten gewachsene Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern fortgesetzt werde. Gegenstand der Erörterung war schließlich die Absicherung von Gesundheitsrisiken im Beamtenrecht. Der dbb sprach sich dabei klar gegen eine allumfassende Bürgerversicherung aus.

"Eine funktionierende Infrastruktur ist die Grundlage für die deutsche Wirtschaft, das gilt auch und besonders für die Wasserstraßen. Umso erstaunlicher ist das politische Vorgehen, deren Verwaltung umzuorganisieren, ohne das Parlament und den Sachverstand der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften planvoll mit einzubeziehen", sagte dbb Chef Klaus Dauderstädt auf dem Bundesvertretertag des Fachverbandes Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (FWSV) am 25. Juni 2013 in Berlin. Die Konsequenzen der Umstrukturierung seien weder absehbar für die Funktionsfähigkeit der neuen Verwaltungsstruktur noch für die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. "Wir erwarten klare Regelungen zur sozialverträglichen Begleitung dieser Reform durch den Gesetzgeber für Beamte und durch die Tarifparteien für Arbeitnehmer", forderte Dauderstädt.

Deutscher Qualifikationsrahmen (DQR):

Chance nutzen

In der Umsetzung des Europäischen und des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) sieht der dbb Chancen. Das hat die stellvertretende Bundesvorsitzende Astrid Hollmann am 18. Juni 2013 in Berlin zum Auftakt einer Regionalkonferenz "Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens - was ist zu tun?" deutlich gemacht.

So seien mit der Realisierung Chancen für Mobilität, Transparenz und Durchlässigkeit in einem europäischen Bildungsund Wirtschaftsraum verbunden - "und damit auch die Chance, dem demografischen Wandel zu begegnen und so-

mit auch den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen", sagte Hollmann in ihrem Grußwort. Die an der Entwicklung des DQR Beteiligten, darunter auch die Lehrerverbände unter dem Dach des dbb, hätten sich hohe Ziele gesteckt. Zur welt-



Astrid Hollmann

weit geschätzten Qualität aus Deutschland unter dem Siegel "Made in Germany" müsse als weiteres Gütesiegel "Educated in Germany" hinzukommen.

"Es geht dabei um nicht weniger als die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens auf nationaler Ebene. Dabei geht es nicht nur um die Vergleichbarkeit von Abschlüssen. Es geht vielmehr um die Zukunft einer ganzen Generation", sagte die dbb Vize.

Mit dem DQR für lebenslanges Lernen wird ein umfassendes, bildungsbereichs-übergreifendes Profil der in Deutschland erworbenen Kompetenzen vorgelegt. Als nationale Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens soll er vor allem die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems berücksichtigen und zur angemessenen Bewertung und Vergleichbarkeit deutscher Qualifikationen in Europa beitragen.

Familienpflegezeit und flexibler Eintritt in den Ruhestand für Bundesbeamte:

Gesetz gebilligt

Der Bundesrat hat am 7. Juni 2013 das Gesetz zur Familienpflegezeit und zum flexibleren Eintritt in den Ruhestand für Beamtinnen und Beamte des Bundes gebilligt. "Der dbb begrüßt diese Entscheidung ausdrücklich", sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt.

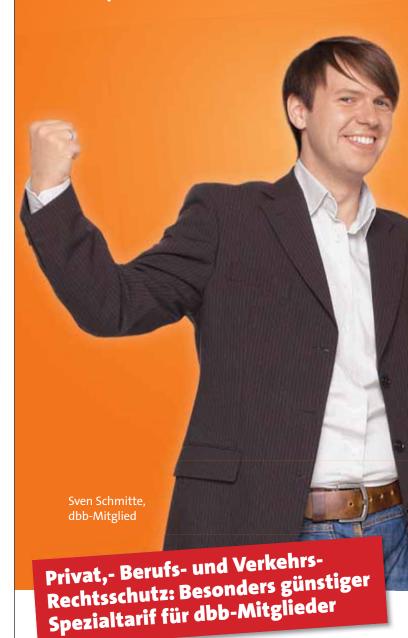


"Damit werden die Verbesserungen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf auch im Besoldungsrecht normiert – das war längst überfällig. Die neuen Möglichkeiten für einen flexibleren Ruhestandseintritt sind darüber hinaus ein wichtiger und notwendiger Schritt, um den Personalbedarf im sich verschärfenden Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte zu decken sowie das Wissen von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen zu erhalten und weiterzugeben", kommentierte Dauerstädt.

Mit dem Gesetz wird so ein erster Schritt unternommen, den demografischen Veränderungen Rechnung zu tragen. Über die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung hinaus werden gesetzliche Voraussetzungen für die Einführung einer Familienpflegezeit geschaffen. Damit wird das Familienpflegezeitgesetz, das für die Privatwirtschaft und für die Tarifbeschäftigten seit dem 1. Januar 2012 in Kraft ist, im Beamtenbereich wirkungsgleich nachvollzogen. Zudem wird durch einen neuen Anspruch auf Dienstzeitverlängerung das Hinausschieben des Ruhestandseintritts für diejenigen Beamtinnen und Beamten erleichtert, die Einbußen bei der Versorgung mit einer längeren Lebensarbeitszeit kompensieren. Solche Einbußen können beispielsweise aufgrund familienbedingter Teilzeit, Beurlaubungszeiten oder aufgrund der beabsichtigten neu eingeführten Familienpflegezeit entstehen. Der Anspruch auf den späteren Ruhestandseintritt soll auf höchstens drei Jahre begrenzt sein und nur bestehen, sofern dienstliche Belange dem nicht entgegenstehen.

Außerdem sollen Beamtinnen und Beamte, die ihren Ruhestandseintritt so freiwillig hinausschieben – und bei denen der Höchstruhegehaltssatz bereits erreicht ist – für ihre weitere Dienstzeit einen Bleibezuschlag erhalten, der nicht auf das Ruhegehalt angerechnet wird. Dieser Zuschlag ist als Anreiz für Beamte gedacht, bei denen sich das Verbleiben im Dienst nicht mehr versorgungssteigernd auswirkt.

Leistungsstarker Rechtsschutz – bereits ab **9,52** € im Monat*



* Jahresbeitrag auf Monatsbasis für Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für die Familie ergänzend zu den Leistungen des dbb im beruflichen Bereich, SB 250 € Versicherungsträger: Jurpartner Rechtsschutz-Versicherung AG

Jetzt informieren und Geld sparen: www.dbb-vorsorgewerk.de/rechtsschutz



die andere meinung:

Mit Leidenschaft gegen die Fluten

Jahrhundertflut – eigentlich war ja dieser B<mark>egriff für</mark> kommende Generationen schon besetzt. Jahrhundertflut – das war die schlagzeilenartige Verknappung für die traumatische Naturkatastrophe, die im August 2002 über Sachsen, Sachsen-Anhalt und auch Teile Thüringens hereinbrach und die Menschen in diesen Regionen ohne jegliche Vorwarnung mit voller Wucht traf. Als im Sommer des letzten Jahres die Medien in Mitteldeutschland zum zehnten Jahrestag daran erinnerten und noch einmal intensiv über Ursachen und Folgen reflektierten, schien es unvorstellbar, dass sich Derartiges in überschaubaren Zeiträumen wiederholen könnte.



Und nun? Die nächste Jahrhundertflut? Jahrtausendflut? Es ist diesmal nicht so einfach, die neue Naturkatastrophe begrifflich exakt einzuordnen. Die Folgen allerdings sind problemlos aufgezählt. Sachsen traf es erneut, Thüringen härter als 2002, auch Bayern war stark betroffen. Aber am schwersten hat es in der Fläche Sachsen-Anhalt erwischt. Ausgerechnet Sachsen-Anhalt, jenes ostdeutsche Bundesland also, das am meisten unter einer milliardenschweren Schuldenlast im Haushalt stöhnt. Und dessen SPD-Finanzminister vor allem den öffentlichen Dienst immer stärker finanziell knebeln will, um das Land auf Sparkurs zu bringen. Jede dritte Stelle soll bis 2025 abgebaut werden.

Dabei waren es nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern in allen betroffenen Ländern wieder Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei, ohne deren Einsätze oft bis zur

völligen Erschöpfung und meist ohne eine erhöhte Bezahlung die Auswirkungen noch viel schlimmer gewesen wären. Sicher, gerade der Freistaat Sachsen hatte aus dem Desaster von 2002 enorm viel gelernt und viele seiner Hausaufgaben erledigt. Diesmal funktionierten die Alarmketten, wurden frühzeitig die Weichen in den zuvor oftmals kritisierten Verwaltungen gestellt, Sandsäcke gestapelt, Deiche kontrolliert und damit an vielen Orten die Fluten gerade noch gezähmt. Neben dem großen Heer an Freiwilligen wäre das ohne Soldaten, Polizisten, Feuerwehrkameraden allerdings ein völlig aussichtsloses Unterfangen gewesen.

19 000 Bundeswehrsoldaten und 75 000 Feuerwehrkräfte waren unermüdlich im Einsatz, um die wütenden Fluten in den Griff zu bekommen, es war der größte Feuerwehreinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik. Das Gleiche trifft auch auf die Bundeswehr zu, die ihren größten Katastropheneinsatz im Land zu schultern hatte.

In Sachsen kämpften 3 200 Einsatzkräfte aus verschiedenen Bundesländern gegen die Fluten. Ohne Blick auf die Uhr, immer nur mit einem Ziel: betroffene Orte, deren Bewohner und Einrichtungen vor dem Hochwasser zu schützen. Die Lobreden auf die Einsatzfreude der beruflichen Helfer im Bundestag und in den Landtagen, von Bundeskanzlerin Angela Merkel bis zu Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich waren dann die logische politische Bestätigung für einen Kraftakt, der auch den Generalkritikern am öffentlichen Dienst und an seiner Leistungsfähigkeit den Wind aus den Segeln nehmen musste.

Sandsackschlepper, Menschenretter, Deichläufer, Dauerschaufler, Trostspender: Die Liste an überlebensnotwendigen Hochwasserjobs, die auch von den Mitarbeitern der oftmals belächelten öffentlichen Verwaltung mit Leidenschaft und ohne sich groß um tariflich festgelegte Arbeitszeiten zu kümmern übernommen wurden, ist eindrucksvoll. Und sie ließe sich noch beliebig verlängern. So gesehen war der öffentliche Dank der Politik das Mindeste, was Bundeswehr, Feuerwehr und Polizei nach ihren Einsätzen von Pirna bis Passau, von Halle bis Hitzacker und von Meißen bis Magdeburg zu erwarten hatten. Viel wichtiger, weil letztlich mit weitaus größerer Langzeitwirkung verbunden, waren da die Sympathiebekundungen in den betroffenen Orten.

Hat es jemals in den letzten Jahren ganz spontanen und damit ehrlich gemeinten Beifall für die

Bundeswehr gegeben? Wohl kaum, da musste erst die neue Flut kommen, um das Image der Bundeswehr wieder anzuheben. Aber in Regionen, die buchstäblich vor dem Absaufen standen, darunter viele Orte an Elbe, Saale, Mulde und Weißer Elster, oder beim spektakulären Schiffe versenken für eine Deichschlie-**Bung in Fischbeck im Norden** Sachsen-Anhalts, ruhten die letzten Hoffnungen oftmals auf den Soldaten und ihren Fähigkeiten. Es gab viele Orte in Mitteldeutschland, die ihre Retter nach getaner Arbeit gegen die Hochwasserfluten unter dem Applaus der Einwohner wieder zurück in ihre Heimatkasernen schickten.

Nach der Flut ist vor der Flut: Zwar sind die Hochwassermassen seit Mitte Juni in den meisten betroffenen Regionen abgeflossen, aber es steht weiter viel auf dem Spiel. Jetzt muss vor allem die Auszahlung von Hilfsgeldern schnell und effektiv organisiert werden. Auch da sitzen die Ansprechpartner in den öffentlichen Verwaltungen. Da werden sicher keine Wunder vollbracht werden. Für Betroffene ist es aber mehr als hilfreich zu wissen, dass sie mit ihren Nöten in den Ämtern nicht allein gelassen werden. Auch das ist eine der positiven Lehren von 2002.

André Böhmer

> Info

Der Autor hatte seit Herbst 1990 verschiedene Jobs als Redakteur und Reporter, unter anderem für das Sächsische Tageblatt, die Leipziger Morgenpost, dpa, das Magazin Tango; seit 1995 Redakteur bei der Leipziger Volkszeitung im Ressort Politik/ Nachrichten; 2001 Ressortleiter; ab 2004 stellvertretender Chefredakteur.

Hochwasser 2013 – Halle an der Saale im Kampf gegen die Flut:

Land unter

Sonntag, 2. Juni 2013. Auf den Osten Deutschlands rollt nach tagelangen Regenfällen eine Hochwasserwelle zu, die Prognosen zufolge das "Jahrhundert-Hochwasser" von 2002 noch übertreffen könnte. Im sachsen-anhaltischen Halle richten sich die Blicke in der Arbeitsgruppe "Hochwasser", die die Stadtverwaltung als erste Instanz ihres Krisenmanagements einberufen hat, auf den Saale-Pegel bei Trotha: Er steht bei 5,75 Metern – normal sind 2,20 Meter. "Die Stadt ist auf steigende Pegel vorbereitet", teilt der Krisenstab um Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand via Pressemitteilung und Meldung auf dem Facebook-Account der Händel-Stadt mit: Deichläufer überwachen Gimritzer und Passendorfer Damm, in den besonders gefährdeten Ortsteilen Planena, Burgholz und Osendorf im Süden sind bereits Kräfte von DLRG und Wasserwacht vor Ort. um zu informieren und Evakuierungswillige zu unterstützen. Straßensperrungen ergehen nach Lage, noch gibt es keine Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr, die Bürgertelefone sind freigeschaltet, 80 000 Sandsäcke stehen zur Befüllung bereit. Und das Wasser der Saale steigt ...

... auf 5,95 Meter um 20 Uhr. Der Krisenstab richtet sich auf eine erste lange Nacht in der zentralen Katastrophenschutz-Leitstelle in der Feuerwache Halle-Neustadt ein. André Halko, Teamchef "Einsatz" und stellvertretender Abteilungsleiter der Berufsfeuerwehr, übernimmt unter OB Wiegand als politisch Gesamtverantwortlichem die Einsatzleitung. Am kommenden Morgen müssen die Hallenser bei einem Pegelstand von 6,30 Meter die Hochwasseralarmstufe 4 ausrufen. Der Hafen in Trotha ist überflutet, Teile des Riveufers ebenso wie die Talstraße – auch in der Altstadt droht jetzt Schlimmeres. Die Feuerwehr informiert vor Ort, dass in den nächsten Stunden aufgrund des steigenden Grundwasserspiegels die Keller vollzulaufen drohen. Die Evakuierungsbereitschaft insbesondere im gefährdeten Stadtteil Neustadt unmittelbar hinter dem Gimritzer Damm steigt, der Rettungsdienst der Feuerwehr koordiniert mit anderen Rettungsdiensten die Unterbringung in Notunterkünften, die die Stadt bereitstellt. Im weiteren Tagesverlauf steigt die Saale weiter, mittags ruft die Stadt per Pressemitteilung und via Facebook freiwillige Helfer auf, zum zentralen Sandsack-Packplatz zu kommen. Nachmittags steht der Saale-Pegel kurz vor der Sieben-Meter-Marke; der Oberbürgermeister stellt ein Amtshilfeersuchen an den Saalekreis – Halle braucht mehr Helfer. Eine Stunde später

passiert die Saale den Pegel in Trotha in einer Höhe von über

Klare Regularien – auch für den "Worst Case"

stellt den Katastrophenfall fest.

sieben Metern; OB Wiegand

Der Krisenstab um André Halko in der Feuerwache Neustadt formiert sich zum Katastrophenschutzstab laut entsprechender Führungsdienstvorschrift des Landes Sachsen-Anhalt für Großschadenslagen und Katastrophen. "Auch für den "Worst Case" haben wir klare Regularien", sagt Einsatzleiter André

Halko; jeder weiß, was zu tun ist. Trotz der Ausnahmesituation arbeitet der hallensische Katastrophenstab ruhig und konzentriert. "Gefahrenabwehr ist unser Job", sagt Halko. Profis wie er wissen, mit in solchen Situationen typischen Überforderungs- und Angstreflexen umzugehen. "Sicher hat man als offizielle Einsatzkraft im Hinterkopf, dass möglicherweise im selben Moment Verwandte, Freunde, Bekannte mit den Auswirkungen der Katastrophe kämpfen – aber das muss man dann einfach zurückstellen, damit man seinen



Mit sechs Metern über Normalstand floss die Saale Anfang Juni durch die Händel-Stadt Halle in Sachsen-Anhalt. Das Hochwasser hielt die städtischen Krisenmanager tagelang in Atem.

Job professionell machen kann. Einrichtungen des Gesundheits-Hochwasser ist ein Naturereigwesens – zugeordnet, die sich um einzelne Aspekte der Sachnis, das unter bestimmten Umgebiete kümmern – etwa Enerständen nicht verhindert wergie- und Trinkwasserversorgung, den kann. Unsere Aufgabe ist es, die Folgen zu minimieren, Hygiene, Bildungseinrichtun-Gefahren für Leib und Leben gen, Entsorgung. "All diese und Sachwerte so gut als mög-Dinge müssen im Auge behallich abzuwehren. Das ist natürten werden", sagt Einsatzleiter lich ein emotionaler Spagat, aber dafür sind wir ausgebil-Kommunikation sorgt det", erklärt der Brandrat. "Die

OB Bernd Wiegand: Sehr hohe Anspannung

Menschen verlassen sich dar-

auf, dass wir hier die richtigen

Entscheidungen treffen." Auch

mit diesem Verantwortungs-

druck müssen die Helferinnen

und Helfer von Amts wegen

klarkommen.

Halles Oberbürgermeister Bernd Wiegand, der an der Spitze des Katastrophenschutzstabs steht und, soweit möglich, den ganzen Tag über im Stabsraum der Feuerwache präsent ist, spricht von einer "sehr hohen Anspannung". Die Dämme im Stadtgebiet seien für ein solch extremes Hochwasser nicht ausgerichtet. Die städtischen Krisenmanager müssen immer damit rechnen, dass mit Halle-Neustadt ein Stadtteil mit rund 30 000 betroffenen Bewohnern überflutet wird. "In dieser Situation sind klare Verantwortlichkeiten, präzise Einsatzbeschreibungen und nicht zuletzt schnelle Entscheidungen notwendig", sagt Wiegand, "das alles unter einem enormen Zeitdruck und mit wenig Schlaf." Der Katastrophenschutzstab arbeitet in einer Tag- und einer Nachtschicht jeweils zwölf Stunden lang mit einer Besetzung zwischen 25 und 30 Leuten. Unter dem Einsatzleiter stehen sechs Führungsassistenten mit streng definierten Zuständigkeitsbereichen: Personal/innerer Dienst, Lage, Einsatz, Versorgung, Presse- und Medienarbeit, Informations- und Kommunikationswesen Ihnen wiederum sind diverse Fachberater – Experten aus der Verwaltung, den Stadtwerken und

für Deeskalation

Alle zwei bis drei Stunden kommt der Stab zur aktuellen Lagebesprechung zusammen. Ruhig, aber zügig werden Ereignisse und Ergebnisse der Recherchen der Fachberater besprochen und Entscheidungen über weitere Maßnahmen getroffen.

Als Führungsassistent "S5" ist der Pressesprecher der Stadt, Drago Bock, Mitglied des Katastrophenstabs und verantwortlich für die Kommunikation Kommunikation ist in dramatischen Situationen wie dieser entscheidend für Bürger und Medien. Mit schnellen und klaren Informationen und Fakten kann man nachhaltig dafür sorgen, dass ein Katastrophenfall nicht eskaliert." Deswegen geben Bock und sein Team regelmäßig Updates an Medien und Bürger zur aktuellen Lage heraus – via Pressekonferenz, Pressemitteilung und Meldungen auf der Homepage der Stadt sowie in deren Accounts in den sozialen Netzwerken "Facebook" und "Twitter". Über die vier Bürgertelefone werden außerdem Anfragen beantwortet. "Das ist ein Riesenaufwand, enorm kräftezehrend, aber jede Mühe wert", sagt Stadtsprecher Bock. Zwiespältig ist seine Position zum Kommunikationspotenzial der sozialen Netzwerke. Seit drei Jahren nutzt die Stadt "Twitter" und "Facebook", und während des Saale-Hochwassers werden diese Netzwerke zu blitzschnellen Katastrophenschutz-Tickern, zugänglich für jedermann. "Das kann man sehr wirkungsvoll einsetzen",







> Klare Verantwortlichkeiten und schnelle Entscheidungen: Im Katastrophenschutzstab liefen die Fäden bei Oberbürgermeister Bernd Wiegand (unten), Feuerwehr-Einsatzleiter André Halko (oben) und Pressesprecher Drago Bock zusammen.

sagt Bock. "Aber es muss verantwortungsvoll und dosiert geschehen. Nachteil dieser Netzwerke ist, dass quasi jedermann Informationen einstellt, auch subjektive Meinungen und Eindrücke gepostet werden - nicht zuletzt Falschmeldungen. Deshalb empfehle ich Medienvertretern und Bürgern, unbedingt auf die Quelle der Nachricht zu achten."

Superhelden? **Nur im Spielfilm**

Mittlerweile muss in der Händel-Stadt mit ersten Stromausfällen gerechnet werden, teilt der Stab mit. Einsatzleiter André Halko hat zwischenzeitlich das Drei-Schicht-System der Berufsfeuerwehr auf Zwei-Schicht-Betrieb umgestellt, um mehr Einsatzkräfte zur Verfügung zu haben. Sowohl bei der

Feuerwehr als auch im Rettungsdienst müssen parallel zur Hochwasserlage Kräfte für das "Tagesgeschäft" vorgehalten werden. Auch zwei bereits pensionierte Kollegen der Berufsfeuerwehr werden reaktiviert, um die Katastrophenschützer zu unterstützen. "Superhelden, die 72 Stunden lang am Stück die Welt retten, gibt's nur im Spielfilm", sagt Brandrat Halko. "Gerade bei einer andauernden Krisenlage braucht man ausgeruhte Austauschkräfte mit klarem Kopf, um Fehlentscheidungen zu vermeiden – das geht gar nicht anders."

Externe Kräfte eilen zur Hilfe

Langsam, aber sicher kommen die hauptamtlichen Einsatzkräfte in Halle indes an ihre Grenzen – unaufhörlich steigt die Saale, immer mehr Straßen müssen wegen Überflutung gesperrt werden. Am Dienstag, 4. Juni 2013, verschärft sich die Lage in der Händel-Stadt dramatisch: Der Pegel liegt bei über 7,50 Meter, zusätzliche Kräfte der Bundeswehr und des THW verstärken die bereits an den Dämmen und anderen vom Hochwasser besonders betroffenen Abschnitten arbeitenden Einsatzkräfte. Besonderes einsatztaktisches Problem ist jetzt die Flächenlage mit mehreren Brennpunkten – "da kann man nirgendwo Kräfte abziehen", sagt Stabsleiter André Halko. Hilfe von Berufsund Freiwilligen Feuerwehren aus dem Umland ist unterwegs. Einsatzschwerpunkt ist jetzt der für den Hochwasserschutz von Halle-Neustadt wichtige Gimritzer Damm. Bricht die Saale hier herüber, sind die mittlerweile grundwassergefluteten Keller des Stadtteils das geringste Problem. Den auf dem Damm schon ausgelegten mobilen Hohlkammerschlauch müssen die Einsatzkräfte aufgeben auf mehreren Kilometern Länge müssen mehr Sandsäcke auf den Deich. Auch am Passendorfer Damm und am Mitteldeutschen Multimediazentrum (MMZ) ist die Lage ernst. Die Spundwand vor dem MMZ kann nicht gehalten werden – man lässt die Garage kontrolliert volllaufen, um ein Aufschwemmen des Gebäudes zu verhindern

Die Stadt braucht weitere freiwillige Helfer, die beim Sandsack packen und der Deichsicherung am Gimritzer Damm unterstützen. Denn die Saale steigt weiter und weiter. Die Universität schließt ihren Lehrbetrieb und schickt die Studierenden zum Helfen. Straßenbahnlinien werden eingestellt, Kitas und Schulen geschlossen, Gebäude gesichert. Halle kämpft, die Emotionen steigen. Ein Kollege berichtet Einsatzleiter Halko am Telefon von der Lage am Gimritzer Damm, wo er gerade die Sicherung eines 200-Meter-Abschnitts koordiniert hat: ein Kraftakt mit der Unterstützung von knapp 1000 freiwilligen Helfern, die applaudiert und gejubelt haben, nachdem die Aktion erfolgreich beendet war – "da läuft es auch einem Profi schon mal heiß und kalt den Rücken runter", sagt Halko. Am Bürgertelefon melden sich zwei ältere Damen: Sandsäcke könnten sie zwar nicht mehr schleppen, aber wo sie denn einen Kuchen für die Einsatzkräfte abliefern könnten? Momente und Gesten, die Kraft geben für die nächsten Stunden.

"Lage mit Bürgern gemeinsam lösen"

Am frühen Morgen des Mittwoch, 5. Juni 2013, empfiehlt der Katastrophenschutzstab den Bürgern der südlich und östlich gelegenen Stadtteile von Halle-Neustadt sowie in der Klaustorvorstadt, die Hilfsangebote der Stadt zum Verlassen der Häuser zu nutzen – Unterspülungen der Dämme führen zum weiteren Ansteigen des Wasserspiegels. Die Stadt stellt Busse für Evakuierungen bereit, Straßenzüge



werden vom Gas- und Stromnetz genommen.

Der Druck auf die Dämme steigt. Der Pegelstand der Saale hat die Acht-Meter-Marke überschritten, der Scheitel der Flutwelle hat Halle mit 8,10 Metern zwischen 6.30 Uhr und 8.30 Uhr passiert. Und dennoch droht im Stadtteil Neustadt und in der Klaustorvorstadt ein Wassereinbruch. Dringend wird den Menschen jetzt empfohlen, den Gefährdungsbereich zu verlassen, die Polizei informiert über Lautsprecherdurchsagen. Bewusst entscheidet sich der Stab gegen eine Zwangsevakuierung: "Unsere Philosophie ist, dass wir die Lage mit der Bevölkerung gemeinsam lösen, nicht gegen sie", sagt Stabsleiter Halko. Jetzt heißt es, Dämme halten in Halle: Die durchgeweichten Deiche müssen dem

> Tipp

Die Broschüre "Für den Notfall vorgesorgt" des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gibt Empfehlungen und Hinweise für die Eigenvorsorge in einem Notfall. Eine gute Eigenvorsorge entlastet die mit dem Notfallmanagement Beauftragten und leistet einen wesentlichen Betrag für ein erfolgreiches Notfallbeziehungsweise Krisenmanagement. Online unter http://bit.ly/jXdmqx

Druck der mehr als sechs Meter über Normalstand angeschwollenen Saale widerstehen, sie müssen stabilisiert werden. Halle schippt. Zu Hunderten stehen die freiwilligen Helfer jetzt am Roten Turm auf dem Marktplatz und schaufeln unter sengender Sonne Sand in die dringend benötigten Säcke.

Pegel sinkt – aber keine Entwarnung

Abends gegen 20 Uhr ist der Halle-Pegel wieder unter die Acht-Meter-Marke gesunken. Von einer Entwarnung kann jedoch keine Rede sein. "Die Lage bleibt weiter angespannt. Wir können den Katastrophenalarm nicht aufheben. Dazu sind die Dämme zu durchweicht und die Pegeltendenz noch zu unsicher. Wir müssen immer wieder mit Lecks und Sickerwasser rechnen", erläutert Oberbürgermeister Bernd Wiegand. Als fragilste Punkte gelten nach wie vor der Gimritzer Damm in Höhe des Finanzamtes und der Passendorfer Damm. Ein größerer Durchflussbereich in Höhe des Finanzamtes wird mit massivem Pumpeneinsatz stabilisiert. Insgesamt sind an zehn Einsatzstellen bis zu 400 Kräfte in die Deichsicherung eingebunden. In Spitzenzeiten waren bis zu 1500 Bürgerinnen und Bürger als freiwillige Helfer vor allem beim Schutz der Neustadt und der Klaustorvorstadt engagiert. Rund 35 000 Sandsäcke sind gefüllt, gut 100 000 liegen auf

Vorrat. Die Stadtwerke haben vorsorglich mit der Chlorierung des Trinkwassers begonnen, um bei möglichen Trinkwasserleitungs-Havarien Keiminfizierungen zu verhindern.

Am Nachmittag des nächsten Tages liegt der Halle-Pegel bei 7,70 Meter – angespannt sehen Stab und Bürger dem Fluss beim Sinken zu und hoffen, dass die Deiche weiter halten. Die Einsatzkräfte sind weiterhin in voller Stärke vor Ort. Die Stadtverwaltung veröffentlicht Hygienetipps und Sicherheitshinweise für die Hochwassersituation, auch das korrekte Abpumpen von Wasser aus den Kellern wird erläutert, damit keine Schäden entstehen.

Die Flut ist weg – Halle räumt auf

Am Samstag, 8. Juni 2013, hebt Halles OB Wiegand bei einem Pegelstand von unter 6,90 Meter den Katastrophenfall auf. Wegen der akuten Hochwassersituation gilt weiter Alarmstufe 4. Der Katastrophenschutzstab bleibt als "Stab für außergewöhnliche Ereignisse" (SAE) weiter im Einsatz, Feuerwehr- und Hilfskräfte sind weiter an sechs Einsatzabschnitten unterwegs. Die Stadtwerke beginnen mit der teilweisen Wiederzuschaltung von Gas und Strom sowie der Müllentsorgung. Das Uniklinikum Halle bietet für Menschen, die im Flut- und Aufräumeinsatz Kontakt mit Schwemmwasser,

Schlamm oder überschwemmten Gegenständen haben, entsprechende Schutzimpfungen an, um Infektionen zu vermeiden. Zur finanziellen Soforthilfe können sich Betroffene ab sofort an Bürgertelefone und Servicestellen wenden.

Nach einer Woche im Ausnahmezustand atmet Halle an der Saale auf. "Wir sind mit einem blauen Auge davon gekommen", sagt Feuerwehr-Einsatzleiter André Halko – nicht ohne zu betonen: "Ohne die vielen freiwilligen Helfer und die Unterstützung durch die externen Kräfte hätten wir es nicht geschafft." Und bei aller Professionalität räumt Halko ein: "Natürlich ist es für uns als hauptberufliche Einsatzkräfte auch dramatisch, wenn die Energie, die investiert wurde, umsonst war. Hätten wir den Gimritzer Damm nicht halten können, wäre das für jeden von uns eine persönliche Katastrophe gewesen."

Komplimente fürs Krisenmanagement

Oberbürgermeister Bernd Wiegand jedenfalls ist mit jedem Zentimeter, um den die Saale sinkt, erleichterter. Nachdem die Flut ihn und seine Stadt tagelang in Atem gehalten hat, zieht er eine erste Bilanz: "Die Mitarbeiter im Katastrophenschutzstab, die Einsatzkräfte in den Hochwassergebieten und die vielen Tausend Helfer haben gemeinsam hervorragende Arbeit geleistet." Die Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter im Stab seien sehr gut auf den Einsatz vorbereitet gewesen -"nach dem Hochwasser im Jahr 2011 und der Evakuierung der hallensischen Innenstadt nach dem Fund einer Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg im selben Jahr ist das Team eingespielt", sagt Wiegand. "Wir haben in der gesamten Zeit keine Verletzten zu verzeichnen. Ich bin sehr stolz auf meine Mannschaft und die Stadt." Auch das Feedback von außen für's hal-

> Stadtwerke Halle

Im Dauereinsatz für Ver- und Entsorgung



Auch für die Stadtwerke Halle GmbH, die in der Saale-Stadt für die Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung und den Nahverkehr verantwortlich ist, bedeutete die Hochwasserkatastrophe Anfang Juni 2013 eine enorme Herausforderung. Als Mitglied des Katastrophenschutzstabs der Stadt war die Geschäftsführung unmittelbar am Krisenmanagement beteiligt. Während der Saale-Flut mussten in Halle aufgrund von Wassereinbrüchen 36 Mittelspannungsstationen, 35 Kabeloberflurverteiler und 717 Niederspannungsanschlüsse abgeschaltet werden – betroffen waren rund 2500 Kunden. Innerhalb einer Woche konnten indes fast alle Hallenser wieder mit Energie versorgt werden. Auch im Gasnetz erfolgten Abschaltungen, die Trinkwasserversorgung und die Abwasserentsorgung waren jederzeit gesichert.

Großes Sorgenkind während der gesamten Hochwasserlage war die Brunnengalerie Halle-Neustadt. Nur wenige Meter Luftlinie entfernt von der Saale sorgen 60 Pumpen die dauerhafte Grundwasserabsenkung in dem Stadtteil, der niedriger liegt als der Fluss. Ein Bruch des schützenden Gimritzer Damms hätte 85 Mittelspannungsstationen in Neustadt außer Betrieb gesetzt, gleichzeitig wären Gas- und Wärmeversorgung ausgefallen und der Grundwasserspiegel schlagartig gestiegen –

30 000 Menschen wären betroffen gewesen.
30 Stadtwerke-Mitarbeiter kämpften 14 Tage lang im Doppelschicht- beziehungsweise Zwei-Schicht- System dafür, dass dieses Szenario nicht eintrat. Auch in Sachen Straßenbahn- und Busverkehr ging in den Hochwassergebieten nichts mehr, über Nacht musste ein Notfahrplan entwickelt werden. Zudem waren die Verkehrsplaner auf die Evakuierung von Halle-Neustadt mit Bussen vorbereitet.

Und "nebenbei" schulterten die Stadtwerker dann auch noch die Sandsacklogistik: Alle verfügbaren Mitarbeiter waren hierzu 650 Stunden im Einsatz, füllten mit Unterstützung Hunderter freiwilliger Helfer 2 500 Tonnen Sand in 211 659 Sandsäcke. Parallel dazu musste das Hauptverwaltungsgebäude an der unmittelbar betroffenen Bornknechtstraße permanent gesichert werden, um die Spitze einsatzfähig zu halten – insbesondere in Sachen Stromversorgung, IT und Telekommunikation.

Nach der Flut schließlich folgte das große Aufräumen: 1900 Tonnen Sperrmüll wurden entsorgt, 30 Müllfahrzeuge waren tagelang im Dauereinsatz. Auch die verbrauchten Sandsäcke mussten abgeräumt und entsorgt werden – rund 70 000 in der Altstadt, mehr als 300 000 auf dem Gimritzer Damm und 150 000 auf dem Passendorfer Damm.

"Alles ging mehr oder weniger problemlos vonstatten", sagt Stadtwerke-Sprecherin Iris Rudolph im Rückblick, "positiv überrascht waren wir von der sehr großen Einsatzbereitschaft der Hallenser. Auch unsere Mitarbeiter haben sehr zusammengehalten und mitangepackt." Gute Vorbereitung sei enorm wichtig für ein funktionierendes Katastrophenmanagement, sagt Rudolph, "neben einem guten Team kommt es auf das Kennen der Gefährdungspotenziale, eine gute Datenlage und gute Kommunikation an".

lensische Krisenmanagement kann sich sehen lassen: "Wir haben viele Komplimente bekommen: vom Bundespräsidenten, vom Ministerpräsidenten, aber auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern", berichtet der OB. "Das heißt nicht, dass wir uns nicht verbessern können. Wir werden aus der Hochwasserkatastrophe lernen und die Schutzvorkehrungen in der Stadt sowie die Stabsarbeit weiter optimieren."

Text: Britta Ibald Fotos: Stadt Halle (Saale)/ Thomas Ziegler



Halle schippt und stapelt – ohne die vielen freiwilligen Helfer und externen Einsatzkräfte hätte die Stadt an der Saale die Dämme nicht halten können – massive Wassereinbrüche wären die Folge gewesen.

dbb Innovationspreis 2013:

Die Top Five

Die Jury hatte es nicht leicht, aus den eingereichten Bewerbungen zum dbb Innovationspreis 2013 auszuwählen. Das dbb magazin stellt die "Top Five" vor, aus denen schließlich die Sieger hervorgingen. Warum die Projekte aus Stuttgart und dem Landkreis Friedland ausgezeichnet worden sind, dokumentieren wir auf den folgenden Seiten.

"MeinServiceStuttgart"



Die webbasierte Informationsbörse "MeinServiceStuttgart" vernetzt die ganze Stadt: Einerseits können Organisationen, Einrichtungen und Unternehmen ihre Daten, Veranstaltungen, Statistiken und Anträge an die Verwaltung übermitteln. Andererseits ist das Portal für Bürgerinnen und Bürger ein umfangreiches, aktuelles und frei nutzbares Suchsystem nach Einrichtungen, Dienstleistungen oder Veranstaltungen in ihrer Heimat - von der Suche nach geeigneten Kindertagesstätten über Sportangebote und Einrichtungen für das Leben im Alter bis hin zu einem "Stellenmarkt" für ehrenamtliche Tätigkeiten. So entlastet "MeinServiceStuttgart" alle Beteiligten von Bürokratie, beschleunigt Antragsprozesse zum Teil erheblich, vernetzt die Akteure und ermöglicht der Stadt, ein umfassendes und aktuelles Informationsangebot für Bürger und Unternehmen bereitzustellen, das sie aus eigenen Kräften schon heute und vor allem auch künftig nicht würde leisten können. Zur Belohnung erhielt das

Projekt den dbb Innovationspreis 2013.

LiquidFriesland – Bürgerbeteiligung 2.0

Mit der Plattform "LiquidFriesland" beschreitet der Landkreis Friesland seit 2012 den Weg der Bürgerbeteiligung 2.0. Als erste Gebietskörperschaft weltweit bietet der Landkreis seinen Bürgerinnen und Bürgern die Open-Source-Software Liquid-Feedback als Instrument zur direkten Beteiligung am politischen Entscheidungsfindungsprozess an. Denn Bürgerbeteiligung ist kein Luxus – sie ist ein Muss. Die Diskussionsergebnis-



se, die auf LiquidFriesland gefunden werden, kommen entsprechend der Beteiligungsparagrafen der Niedersächsischen Kommunalverfassung jeweils auf die Tagesordnung der Fachausschüsse des Landkreises. Damit können Bürgerinnen und Bürger über eine aktive und diskursive Plattform im Internet die politische Agenda bestimmen und haben einen effektiven und direkten Kanal zur Ausübung ihrer Beteiligungsrechte. Dafür wurde das Projekt von der Jury des Innovationspreises mit einem Sonderpreis ausgezeichnet.

■ Goobi – Kultur digital, vernetzt und offen

Mit der Open-Source-Software "Goobi" haben die Staatsbibliotheken Berlin, Dresden, Göttingen und Hamburg gemeinsam mit den Unternehmen intranda GmbH und Zeutschel GmbH eine modulare Lösung für diese



Herausforderungen im Bereich der Digitalisierung von Kulturgütern entwickelt. Goobi – "made in Germany" – ermöglicht Digitalisierungsprojekte in großen und kleinen Bibliotheken, Archiven, Museen und Dokumentationszentren. Die Vorzüge des Onlinezugriffs liegen auf der Hand: Neben der unmittelbaren, orts- und zeitunabhängigen Verfügbarkeit ist es auch die sofortige Prozessierbarkeit der Inhalte mit Methoden der "Digital Scholarship".

Projekt zur "Zukunft der Ausbildung"

Der demografische Wandel und der sich in gleichem Zuge abzeichnende Fachkräftemangel stellen den öffentlichen Dienst vor große Herausforderungen. Ein Blick auf die Altersstruktur des Personalbestands



der Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung Baden-Württemberg alarmierte die Verantwortlichen, die umgehend aktiv wurden und das Projekt "Zukunft der Ausbildung in der Vermessungs- und Flurneuordnungsverwaltung" ins Leben riefen: Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung aller in Sachen Ausbildung betroffenen Verwaltungsebenen, der Berufsverbände, Berufsschulen, Universitäten und Hochschulen sowie weiterer relevanter Akteure erarbeitete ein Aktionspapier mit einer Vielzahl von Handlungsfeldern, deren Umsetzung sogleich den jeweils zuständigen Institutionen zugeordnet wurden. Mit Erfolg: Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse für den Ausbildungsberuf Vermessungstechniker im September 2012 stieg gegenüber dem Vorjahr bereits um 20 Prozent.

Salmshäuser Modell: "flotter" Straßenbau

Der Schwalm-Eder-Kreis geht neue Wege im Kreisstraßenbau, um sich unabhängiger von der übergeordneten Infrastrukturförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu machen – denn so sind wich-



tige Infrastrukturmaßnahmen zeitnah und kostengünstig zu realisieren. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Kassel wurde ein neuartiges Ausbaukonzept entwickelt, das individuell auf die Verhältnisse vor Ort zugeschnitten ist. Handlungsmaxime bei alldem: Im Sinne einer effizienten Aufgabenerledigung müssen nicht immer die normierten Verfahrensvorschriften Maßstab des Handelns sein, sondern es sollte das geforderte Ziel im Vordergrund stehen. Mittlerweile hat sich der "Straßenbau light" à la Salmshausen als Alternative zum klassischen Ausbau etabliert, von der alle Beteiligten profitieren.

Mehr Informationen rund um den dbb Innovationspreis 2013: www.dbb.de/innovationspreis



dbb Innovationspreis 2013:

"Digitale Daseinsvorsorge" prämiert

Der dbb Innovationspreis 2013 geht an das kommunale Onlineinformations- und -service-portal "MeinServiceStuttgart". Die Auszeichnung, mit 50 000 Euro eine der höchstdotierten im deutschsprachigen Raum, soll Neuerungen im öffentlichen Dienst initiieren, fördern und der Öffentlichkeit als Vorbild bekannt machen. "Der öffentliche Dienst wappnet sich für die Herausforderungen des demografischen Wandels", stellte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich der Preisverleihung beim Kongress "neueVerwaltung" am 5. Juni 2013 in Leipzig fest.

"Bei einer Vielzahl der Bewerbungen handelt es sich um Projekte, die sich mit der Bewältigung ganz konkreter Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen – etwa zunehmender körperlicher Immobilität lebensälterer Bürger, dem steigenden Erfordernis alternativer Informations- und Beteiligungskanäle

oder der Nachwuchskräftegewinnung innerhalb der Verwaltung", so Dauderstädt. "Mit ihrem Votum würdigt die Jury das Verantwortungsbewusstsein und den Mut, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern neue Wege zu beschreiten."

"MeinServiceStuttgart": Daseinsvorsorge digital

Der Hauptpreis für die webbasierte Informationsbörse "MeinServiceStuttgart" würdigt den pragmatischen Umgang der baden-württembergischen Landeshauptstadt mit den Folgen des demografischen Wandels und dem damit einhergehenden zunehmenden



Ralf Armbruster, Leiter der Abteilung E-Government und IT-Strategie der Stadt Stuttgart (links) und Ludwig Zölch, stellvertretender Abteilungsleiter, nahmen in Leipzig den dbb Innovationspreis 2013 für das Webportal "MeinServiceStuttgart" entgegen.

nspreis 2013
cher Dienst:
valle

Frieslands Landrat Sven Ambrosy freut sich über den Sonderpreis für die Bürgerbeteiligungsanwendung "LiquidFriesland".

tal entlastet alle Beteiligten von Bürokratie, beschleunigt Antragsprozesse, vernetzt die Akteure und ermöglicht der Stadt, ein umfassendes und aktuelles Informations- und Serviceangebot für Bürger und Unternehmen bereitzustellen, das sie aus eigenen Kräften heute und vor allem auch künftig nicht würde leisten können – das ist Daseinsfürsorge digital", so dbb Chef Dauderstädt in seiner Laudatio.

Sonderpreis für "LiquidFriesland"

Ein mit 5 000 Euro dotierter Sonderpreis geht an den Landkreis Friesland. Der beschreitet mit der Web-Plattform "LiquidFriesland" seit 2012 einen "neuen Weg der "Bürgerbeteiligung 2.0"", so Dauderstädt. Über die OpenSource-Software LiquidFeedback können Bürgerinnen und Bürger politische Vorhaben unmittelbar mitdiskutieren und Themen auf die Tagesordnungen der Fachausschüsse des Landkreises setzen. iba

Forschung für Arbeit und Gesundheit

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin forscht und entwickelt im Themenfeld Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, fördert den Wissenstransfer in die Praxis, berät die Politik und erfüllt hoheitliche Aufgaben. Sie ist eine Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Über 600 Beschäftigte arbeiten an den Standorten Dortmund, Berlin und Dresden sowie in der Außenstelle Chemnitz.



Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Die Bundesanstalt hat die Möglichkeit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Überhangbereichen des Bundes zu übernehmen. Daher suchen wir in Vollzeit/Teilzeit für die Standorte Dortmund, Berlin und Dresden

Beschäftigte des gehobenen und des mittleren Dienstes

sowohl des technischen als auch des nichttechnischen Bereichs

die sich bei der Bundesverwaltung im Überhang befinden und an einer Mitarbeit bei der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin interessiert sind.

Ihre Tätigkeit

Fachkräftemangel in der Ver-

waltung, begleitet von einer

immer stärkeren Durchdrin-

pen finanziellen Ressourcen:

Mit dem Ziel der "Co-Produk-

Dienstleistungen" vernetzt die

Organisationen und Einrichtungen auf einem von ihr zur Verfügung gestellten Onlineportal.

Sie haben dort die Möglichkeit, Daten, Veranstaltungen, Statis-

tiken und Anträge zu übermit-

teln. Gleichzeitig ist das Portal

für Bürgerinnen und Bürger ein

umfangreiches, aktuelles und

nach Einrichtungen, Dienstleis-

tungen oder Veranstaltungen

in ihrer Heimat – von geeigneten Kindertagesstätten über

Sportangebote bis hin zu ei-

nem "Stellenmarkt" für ehren-

amtliche Tätigkeiten. "Das Por-

frei nutzbares Suchsystem

tion von Verwaltungs- und

Stadt kommunale Akteure,

gung aller Lebensbereiche mit

Informationstechnik und knap-

Einsatzmöglichkeiten sowohl in den Fachbereichen als auch in den administrativen Bereichen der Bundesanstalt, beispielsweise
• Querschnittsbereiche (Personal, Organisation, Haushalt, Innerer Dienst, Informationstechnik) • Juristische Sachbearbeitung • Mitarbeit in Zulassungs- und Bewertungsverfahren nach dem Chemikaliengesetz • Mitarbeit in chemischen und physikalischen Laboren • Unterstützung bei der Öffentlichkeits- und Gremienarbeit • Unterstützung im Forschungs- und Entwicklungsbereich

Ihr Profil

Laufbahnprüfung für den mittleren bzw. gehobenen Dienst oder vergleichbare Qualifikation im Tarifbereich einer einschlägigen Fachrichtung (beispielsweise Nichttechnischer Dienst, Informationstechnik, Chemie, Biologie, Elektrotechnik, Physikalische Technik)

Wir bieten

• Gutes Arbeitsklima in teamorientierten Strukturen • Gleitende Arbeitszeiten • Abwechslungsreiche und interessante Tätigkeit • Engagierte Personalentwicklung mit bedarfsgerechten Qualifizierungsmöglichkeiten • Möglichkeiten, berufliche und familiäre Interessen miteinander zu vereinbaren

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Teilzeitbeschäftigung ist ggf. möglich.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat sich die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel gesetzt. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann richten Sie Ihre Bewerbung bitte unter Angabe der Kennziffer Überhang/2013 BAuA an die

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Postfach 17 02 02, 44061 Dortmund

Aus haushaltsrechtlichen Gründen kann nur Bewerbungen nähergetreten werden, bei denen eine Zugehörigkeit zum angesprochenen Personenkreis (Überhangpersonal von Einrichtungen des Bundes) gegeben ist.

Für Fragen stehen Ihnen Frau Stefanie Golder, Tel. 0231 9071-2710, und Herr Peter Kuhlmann, Tel. 0231 9071-2408, zur Verfügung. Weitere Informationen finden Sie unter www.baua.de.



Tausende Lehrkräfte müssen Jahr für Jahr immer wieder für sechs Wochen Arbeitslosengeld I beantragen, weil ihre befristeten Arbeitsverträge pünktlich vor den Sommerferien enden. Diese Art der "Saisonarbeit" ist unangemessen. Letztlich sparen die Länder zu Lasten der Sozialkassen.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ging 2012 von gut 5 400 Fällen arbeitsloser Lehrkräfte aus, die nach den Sommerferien auf wundersame Weise wieder verschwunden waren. In Prozenten bedeutet dies zum Beispiel für das Land Baden-Württemberg – dem Spitzenreiter bei der Aussparung der Ferien - eine Steigerung von 1 400 Prozent der arbeitslosen Lehrerinnen und Lehrer in den Sommermonaten. Aber auch in Rheinland-Pfalz, Hessen oder Bayern ist diese Methode der Kostensenkung beliebt. Die Bundesländer sparen sich auf Kosten der BA und auf dem Rücken der Lehrkräfte gesund. Dass das nicht neu ist, zeigt ein Blick zurück: Bereits im Jahr 2001 kritisierte der Bundesrechnungshof, dass die Länder sich eines Teils ihrer Arbeitgeberverpflichtungen zulasten des BA-Haushalts entledigen. Nachdem im Jahr 2007 um die 7 000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer kurzfristig in der Statistik aufgetaucht waren, wandte sich auch die BA öffentlich gegen das Vorgehen der Länder. Diese Kritik wurde von den Bundesländern zeitweise auch angenommen.

So sank die Zahl der Sommerarbeitslosigkeit bei Lehrerinnen und Lehrern zunächst auf 4 400, um aber 2011 wieder auf 5 800 anzusteigen.

"Hier müssen die befristet angestellten Lehrkräfte wieder als Sparschweine für die Länder herhalten", kommentierte Jens Weichelt, Mitglied der Geschäftsführung der Bundestarifkommission des dbb die Befristungspraxis.

Rechtliche Situation

Rein rechtlich betrachtet sind diese Befristungen möglich. Unterschieden werden Befristungen mit und ohne Sachgrund. Ohne Sachgrund kann ein Arbeitsvertrag oder seine höchstens dreimalige Verlängerung befristet werden, wenn die Gesamtdauer von zwei Jahren nicht überschritten wird.

Die Befristung ohne Sachgrund kann also immer nur maximal zwei Jahre dauern. In diesem Gesamtzeitraum kann ein Vertrag dreimal verlängert werden. So sind ein erster Vertrag über ein Jahr und zwei weitere Verlängerungen über jeweils sechs Monate ohne Sachgrund möglich.

Laut Gesetz ist keine sachgrundlose Befristung mehr möglich, wenn zuvor mit demselben Arbeitgeber ein befristetes oder unbefristetes Arbeitsverhältnis bestanden hat. Ehemalige Mitarbeiter konnten so auch Jahrzehnte später nicht von einem ehemaligen Arbeitgeber befristet eingestellt werden. Von diesem Ewigkeitsdogma ist das Bundesarbeitsgericht im Jahr 2011 abgewichen. Eine Befristung ohne Sachgrund ist seitdem möglich, wenn in den letzten

drei Jahren kein Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber bestanden hat. Das Gericht orientierte sich hier an der allgemeinen Verjährungsfrist aus dem BGB.

Am bekanntesten ist die Befristung bei der Übernahme nach der Ausbildung. Die Regelungen im TVöD und im TVÜ wurden in den letzten Tarifrunden verbessert. Auszubildende werden nun nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung bei dienstlichem beziehungsweise betrieblichem Bedarf für zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen, sofern nicht besondere Gründe entgegenstehen. Danach soll bei entsprechender Bewährung ein unbefristetes Arbeitsverhältnis folgen.

Im Einzelfall kommt es immer wieder zu Schwierigkeiten, denn schon kleine Fehler lassen die Befristung unwirksam werden. Rechtsfolge einer unwirksamen Befristung ist, dass von Anfang an ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bestand und die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer den gleichen Kündigungsschutz genießt wie alle anderen Beschäftigten. Es lohnt sich also genauer hinzuschauen.

So genügt zum Beispiel der bloße "kw-Vermerk" (kann wegfallen) im Haushaltsplan nicht als Rechtfertigung einer Befristung. Voraussetzung ist, dass die Mittel von vornherein für eine befristete Stelle vorgesehen waren. Gegen die Befristung über bloße kw-Vermerke haben Mitglieder des dbb erfolgreich geklagt und sind nun unbefristet beschäftigt.

Problem Kettenbefristung

Ein besonders spektakulärer Fall der Kettenbefristung kam gerade aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes und beschäftigte die Gerichte bis hin zum Europäischen Gerichtshof. Eine Justizangestellte des Landes Nordrhein-Westfalen war über die Dauer von elf Jahren gleich dreizehnmal befristet worden. Die Begründung: Vertretungsbedarf. Die Gerichte entschieden zwar, dass es dem Arbeitgeber freisteht, ob er bei dauerhaften und ständig anfallenden Vertretungsbedarf mit festangestellten Springern oder befristeten Kräften arbeiten möchte. Allerdings dürfen die Möglichkeiten der Befristung nicht rechtsmissbräuchlich eingesetzt werden

So reichten den Gerichten im Fall der Justizangestellten elf Jahre der Befristung, um einen Rechtsmissbrauch anzunehmen. Vier Arbeitsverträge bei achtjähriger Befristungsdauer genügten den Richtern in Erfurt dagegen noch nicht, um einen Rechtsmissbrauch zu bejahen.

Auch die Praxis der Kettenbefristungen von Lehrerinnen und Lehrern ist rechtlich fragwürdig. Die vom BAG entwickelten Grundsätze zu Kettenbefristungen haben die Instanzgerichte auch schon auf den Lehrkräftebereich übertragen. Eine Lehrerin mit einer Beschäftigungsdauer von neuneinhalb Jahren und 17 befristeten Arbeitsverträgen hat erfolgreich gegen das Land Rheinland-Pfalz geklagt. In den ausufernden befristeten Verträgen sahen die Richter einen Rechtsmissbrauch.

Tarifregelungen

Häufig enthalten Tarifverträge Sonderregelungen zu Befristungen. Im TVöD und im TV-L sind solche Regelungen enthalten. Sie gelten nur für den Tarifbereich West und für Beschäftigte, die früher unter die Angestelltendefinition gefallen wären. Bei Befristungen mit Sachgrund darf der einzelne Arbeitsvertrag eine Dauer von fünf Jahren nicht überschreiten. Bei der Neubesetzung von Dauerarbeitsplätzen sind diese Kolleginnen und Kollegen bevorzugt zu berücksichtigen.

Die Dauer eines befristeten Arbeitsvertrags ohne sachlichen Grund soll in der Regel zwölf Monate nicht unterschreiten und mindestens sechs Monate betragen. So sollen sehr kurze Arbeitsverhältnisse vermieden werden. Vor dem Auslaufen des Vertrages muss geprüft werden, ob eine Weiterbeschäftigung – egal ob befristet oder unbefristet - nicht doch noch möglich ist. Über die Gesamtdauer von mehreren befristeten Verträgen wird in den Tarifverträgen keine Aussage getroffen.

Nach dem Auslaufen des Arbeitsvertrags werden häufig Anschlussverträge geschlossen. Dann stellt sich die Frage, wie Vorbeschäftigungszeiten berücksichtigt werden. Grundsätzlich wirken sich Zeiten von mehr als einem Jahr bei demselben Arbeitgeber positiv auf die Folgeeinstufung aus, siehe § 16 Abs. Abs. 2 TVöD beziehungsweise TV-L. Sonderregelungen gibt es noch für den Lehrkräftebereich. Erreicht werden konnte nämlich, dass die Zeiten des Referendariats für die Stufenlaufzeiten anerkannt werden. Kommt es zu mehreren befristeten Verträgen hintereinander regelt der TV-L, dass auch mehrere Zeiten einschlägiger Berufserfahrung aus mehreren Arbeitsverhältnissen zum selben Arbeitgeber nebst dem Referendariat addiert werden. So wird vermieden, dass Zeiten, die unterhalb eines Jahres bleiben, unter den Tisch fallen. Stufenaufstiege sind so auch für befristet eingestellte Lehrkräfte möglich und scheitern nicht daran, dass die Verträge die Dauer von einem Jahr nicht erreichen. Einen weiteren kleinen Erfolg für Lehrkräfte, deren Arbeitsverträge regelmäßig die Sommerferien ausgespart haben, konnte im TVÜ-L erreicht werden. So sind Unterbrechungen, die wegen der Sommerferien länger als einen Monat lang sind, auch unschädlich dafür, ob weiter die Überleitungsregelungen des TVÜ-L angewendet

werden. Die Besitzstandregelungen bleiben trotz der Befristungspraxis erhalten.

Befristungen nur ausnahmsweise

Ist ein befristeter Arbeitsplatz besser als keiner? Können Arbeitsschutzvorschriften Beschäftigungshemmnisse darstellen? Die Richtung dieser Diskussion gibt der Gesetzgeber eindeutig vor: Das unbefristete Vollzeitarbeitsverhältnis soll die Regel sein, Befristungen die Ausnahmen. Aus diesem Grund sind die Möglichkeiten zur Befristung auch eingeschränkt. Denn nur so gelingt eine langfristige persönliche Lebensplanung.

Gerade Berufsanfänger werden oft nur für ein Jahr eingestellt. Die maximale Probezeit von sechs Monaten wird so de facto verdoppelt. In keinem Bereich ist die Zahl befristeter Stellen derzeit so hoch wie im öffentlichen Dienst. Egal ob in der allgemeinen Verwaltung oder in den Schulen, viele gut ausgebildete Kollegen müssen nach ein oder zwei Jahren wieder gehen. Während die einen wieder mit der Unsicherheit der Jobsuche konfrontiert sind, sehen die Stammbeschäftigten sich mit einer Arbeitsverdichtung konfrontiert, die durch den Fortgang der befristeten Kollegen ausgelöst wird.

"Es ist auffällig, dass der öffentliche Dienst immer wieder die eigenen Maßstäbe verletzt, die er an die Privatwirtschaft stellt", stellt Jens Weichelt zum Problem der Befristungen im öffentlichen Dienst fest. "Die aktuelle Situation wäre in der Privatwirtschaft undenkbar. Denn dort hat sich die Erkenntnis schon durchgesetzt, dass man gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter halten muss. Dies gelingt aber nur, wenn man ihnen auch Planungssicherheit durch unbefristete Arbeitsverträge bietet. Hier muss der öffentliche Dienst nachziehen." wie

Mitbestimmung:

Als Personalvertreter am Puls der Zeit

Aktuelle Entwicklungen und Erkenntnisse – wer im Personalvertretungsrecht am Ball bleiben will, muss sich fortbilden. Ob "alter Hase" oder solche, die es werden wollen: Für eine kompetente Interessenvertretung ist Fortbildung unersetzlich. Als Personalrat qualifiziert mitreden können und auf Augenhöhe verhandeln – das will gelernt sein.

Gerade bei Gesetzes- und Organisationsänderungen schnellt der Bedarf an Qualifizierungsmaßnahmen erfahrungsgemäß in die Höhe. Dass die dbb akademie vorbereitet ist, zeigen die Antworten von Helmuth Wolf, Inhaltsverantwortlicher für Personalvertretungsrecht in der dbb akademie.

Wachsende Aufgaben in den Behörden, alternde Belegschaften, kontinuierlicher Stellenabbau und daraus resultierende Organisationsveränderungen erfordern immer wieder eine Neuausrichtung des Schulungsangebotes. Kann die dbb akademie da noch Schritt halten? Auf jeden Fall – eine der Stärken der dbb akademie ist es, auf Veränderungen schnell und flexibel zu reagieren. Wir haben immer wieder bewiesen, dass wir (Änderungs-)Prozesse beratend begleiten können. Auf diese Weise haben wir viele Personalräte in ihrer Arbeit unterstützt.

Wo machen denn gegenwärtig Organisationsveränderungen ein Handeln erforderlich?

Wir stehen mitten im Prozess der Neuausrichtung der Bundeswehr. Auch eine Neuorganisation der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung steht bevor. Beide Entwicklungen machen in vielen der betroffenen Bereiche Personalratswahlen erforderlich

Welches Angebot kann die dbb akademie hier konkret unterbreiten?

Zunächst bieten wir für diese beiden Bereiche gezielt Grundschulungen für die neu gewählten Personalvertreter an; für den Bereich der Wasserund Schifffahrtsverwaltung



Ihr Ansprechpartner in der dbb akademie, Helmuth Wolf

selbstverständlich auch Wahlvorstandsschulungen, die sich mit den besonderen Fragestellungen dieses Bereiches (personalvertretungsrechtliche Verselbstständigung und so weiter) befassen.

Das gehört ja eigentlich zum Standardangebot der dbb akademie ...

Ja, das ist richtig, aber in beiden Geschäftsbereichen gibt es erhebliche Veränderungen in der Struktur, auf die Antworten gefunden werden müssen. Insoweit weichen diese Grundschulungen natürlich von den bisherigen Angeboten ab. Die Besonderheiten des

jeweiligen Vertretungsbereiches müssen hier en détail erörtert werden. Die Teilnehmer erwarten an dieser Stelle Antworten

Worin liegen denn die Besonderheiten?

Im Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung werden Rechtsfragen über die Aufgaben von Stufenvertretung, Gesamtpersonalrat und Personalräten in den verselbstständigten Dienststellenteilen und Nebenstellen zu beantworten sein. Wie grenzen sich die Zuständigkeiten von Gesamtpersonalrat und Personalrat der (Kern-)Dienststelle voneinander ab? Auf Fragen zur Weitergeltung von Dienstvereinbarungen müssen ebenfalls Antworten gefunden werden.

Für die Personalräte im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung stellen sich Fragen zu den beteiligungsrechtlichen Zuständigkeiten in Folge der Neuausrichtung. Hier wird das verwaltungsseitige Einvernehmen nach § 92 BPersVG vertiefend darzustellen sein.

Die gewählten Personalvertreter erwarten hier in den Schulungen rechtlich fundierte Antworten. Dies will die dbb akademie leisten.

> "Schützen Sie Ihre Verwaltung"

TÜV-Zertifikatskurs zur Korruptionsprävention

Nur konsequentes Handeln aller zur Prävention von Korruption kann helfen, den materiellen und – oft unterschätzten – immateriellen Schaden, der durch Korruption entsteht, einzudämmen.

Im Seminar "Korruptionsbekämpfung Teil I und II – TÜV-Zertifikatskurs zum Integritätsmanager" (2013 Q078 AB) vom 8. bis 11. Oktober 2013 vermitteln wir Führungskräften, Korruptionsbeauftragten und Personal- und Betriebsräten wesentliche Grundlagen. Die Teilnehmer unserer Veranstaltungen erwerben nach erfolgreich bestandener Prüfung eine TÜV-Zertifizierung zum/zur Integritätsmanager/-in.

Teilnahmegebühr: 1000 Euro (inklusive Ü/VP) Veranstaltungsort: dbb forum siebengebirge, Königswinter-Thomasberg

Anmeldung und Information bei: Angela Borrmeister-Berger, Tel.: 030.40 81 65 45, a.borrmeister@dbbakademie.de

> Aktuelle Veranstaltungen "Personalvertretungsrecht"

Grundschulung nach § 46 Abs. 6 BVersVG für den Geschäftsbereich BMVg

2. bis 6. September 2013 Gelsenkirchen 2013 Q292 MH 2. bis 6. Dezember 2013 Gelsenkirchen 2013 Q296 MH

Auf unserer Website **www.dbbakademie.de** finden Sie das gesamte Seminarangebot für Personalvertreter – zeitnah dann auch die Veranstaltungsangebote für den Bereich der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.

Kontakt (Anmeldung/Organisation): Maria Herkenhöner, Tel.: 0228.81 93 171, m.herkenhoener@dbbakademie.de

14. Kongress "neueVerwaltung":

Digitalisierung im Blick

Eine intensivere Beteiligung der Politik für eine Neuausrichtung von E-Government, die Forderung nach klaren politischen Gesamtkonzepten und Leitbildern, mehr Vertrauen in die Kreativität der Zivilgesellschaft, den intensiveren Dialog mit der Netzgemeinde sowie das Überwinden von Medienbrüchen – diese Forderungen standen im Fokus der 14. Auflage des bundesweit größten E-Government-Kongresses "neueVerwaltung" am 4. und 5. Juni 2013 in Leipzig.

Thematisch war die Veranstaltung breit aufgestellt. Unter dem Motto "Digitale Gesellschaft und Verwaltung" befasste sich die zweitägige Veranstal-

tung mit den digitalen Impulsen, die aus der Gesellschaft auf die Verwaltung einwirken.

Vor diesem Hintergrund bot der Kongress mit seinen Vorträgen, Diskussionsrunden, Foren und der Fachausstellung reichlich Information zu Themen wie E-Partizipation, Social Media, Mobile Government, Personal in der digitalen Verwaltung, Datenschutz und IT-Sicherheit sowie Wissens- und Dokumenten-Management.

Zum ersten Mal wurde auf dem Kongress der hoch dotierte dbb Innovationspreis am zweiten Kongresstag verliehen. Der 1. Preis ging an das kommunale Online-Informations- und -service-Portal "MeinServiceStuttgart". Der Landkreis Friesland erhielt für sein Projekt Liquid-Friesland – Bürgerbeteiligung 2.0 einen Sonderpreis.

15. Kongress 2014

Fazit: Die Botschaft ist angekommen, das Projekt "Digitalisierung" in der öffentlichen Verwaltung geht weiter. Unser Kongress übrigens auch – und zwar am 6. und 7. Mai 2014 unter dem Motto: Verwaltung im Zusammenspiel.

Falls auch Sie sich gerne weiterbilden möchten, hier aktuelle Seminarangebote in Königswinter im Bereich Informationstechnik/Social Media:

- > Bildbearbeitung mit Photoshops Elements (2013 Q158 DF), vom 20. bis 21. November 2013,
- > Formulare mit Word, Excel und Acrobat (2013 Q155 DF), vom 11. bis 12. September 2013.
- Internet ja, aber sicher (2013 Q156 DF), vom23. bis 24. September 2013,
- > Kommunikation mit Social Media – Entwicklung, Anwendung und Guidelines (2013 Q163 DF), vom 21. bis 22. September 2013,
- > Veröffentlichen im World Wide Web: Ihre Homepage mit Social Media Tools aufbauen, gestalten und pflegen (2013 Q164 DF), vom 27. bis 28. November 2013.

Ihre Ansprechpartnerin ist: Daniela Fischer, Tel.: 0228. 81 93 133, E-Mail: d.fischer@dbbakademie.de

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Fragen zur Personalratsarbeit? Hier sind neue Antworten!

Der Inhalt im Überblick:

- Grundzüge des Personalvertretungsrechts
- Gesetzestexte mit Erläuterungen
- Begriffsbestimmungen und Schaubilder
- Mustervorlagen und Formbriefe
- aktuelle Rechtsprechung
- Kurzerläuterung der Wahlordnung



Was Sie davon haben:

In bewährter Weise beantwortet auch die 16. Auflage alle wichtigen Fragen zum Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder: klar, prägnant und praxisorientiert. Ein einführendes Kapitel in die Grundzüge des Personalvertretungsrechts sowie einprägsame Schaubilder erleichtern erstmals gewählten Personalräten den Einstieg; die klare Gliederung und das umfangreiche Register ermöglichen eine schnelle Orientierung ohne langwieriges Suchen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit.

470 Seiten € 36,40*

ISBN: 978-3-87863-180-4 * zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

> dbb verlag gmbh Friedrichstraße 165 10117 Berlin

Telefon: 0 30/7 26 19 17-0 Telefax: 0 30/7 26 19 17-40 E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de Internet: http://www.dbbverlag.de

)		
BESTELLCOUPON Zuschicken oder faxe) n		
Exemplar/e "Personalvertretungsrecht des Bundes und der Länder – 16. Auflage"			
Verlagsprogramm			
Name	_		
Anschrift	_		
	_		
Datum/Unterschrift	_		



Nach den Volkszählungen 1981 (in der DDR) und 1987 (in der Bundesrepublik) hat der Zensus ab Mai 2011 neueste Bevölkerungsdaten erhoben. Die Statistik gilt nicht, wie von manchen befürchtet, der Schaffung des "gläsernen Bürgers". Der Rückgriff auf konkrete Zahlen ist vielmehr unabdingbar für die Planung, etwa bei Infrastrukturmaßnahmen oder Wohnungsbauprogrammen. Bis zur Auswertung der Daten des Zensus 2011 war nicht einmal genau bekannt, wie viele Einwohner Deutschland tatsächlich hat. Die Auswertung liegt nun vor – und gefällt nicht jedem.

Wie viele Einwohner leben in Deutschland? Wie und wo wohnen sie, welche Bildung haben sie, wie arbeiten sie? Nachdem die Datenbasis aus den vorherigen Volkszählungen aufgrund der ungenauen Bevölkerungsfortschreibung veraltet war, brauchte es dringend neue Zahlen, um die Zukunft verlässlich planen zu können. Bereits im Vorfeld der Volkszählung 2011 hatten Spekulationen die Runde gemacht, dass manche Städte und Gemeinden aufgrund falscher Einwohnerzahlen zu hohe Gelder aus dem Länderfinanzausgleich erhalten hätten. Die finanziellen Zuwendungen werden nämlich pro Einwohner errechnet, und weniger Einwohner bedeuten weniger Einnahmen. Darüber

hinaus hatte das Statistische Bundesamt bereits 2011 geschätzt, dass in Deutschland wahrscheinlich 1,3 Millionen Menschen weniger leben als angenommen. Beide Annahmen haben sich jetzt bestätigt – mit negativen Konsequenzen: Gehen Städte beispielsweise im Gegensatz zu anderen von stark überhöhten Einwohnerzahlen aus, hat dies Einfluss auf die Verteilung von Steuermitteln, die sich nach der Bevölkerungsgröße richtet.

Die Einwohnerzahl ist überdies maßgebend für den Länderfinanzausgleich, die Einteilung der Bundeswahlkreise oder die Anzahl der deutschen Sitze im Europaparlament. Anhand der Einwohnerzahl lassen sich

Kindergarten- und Altenheimplätze oder Schulen ebenso bedarfsgerecht planen wie Verkehrsanbindungen oder Wohnbauprojekte. Die ohnehin klammen Haushalte einiger Städte dürften von den jetzt veröffentlichten Zahlen noch mehr gebeutelt werden. Hamburg und Berlin zum Beispiel haben deutlich weniger Einwohner als bisher gedacht und müssen nicht nur Mittel aus dem Länderfinanzausgleich zurückzahlen, sondern können ab sofort zudem mit Mindereinnahmen für die kommenden Jahre rechnen.

Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 lebten am 9. Mai 2011 80,2 Millionen Einwohner in Deutschland. "Gegenüber der bisher gültigen Bevölkerungszahl aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung gab es am Zensusstichtag damit in Deutschland rund 1,5 Millionen Einwohner weniger als bislang angenommen", sagte Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, auf einer Pressekonferenz zur Vorstellung der Ergebnisse in Berlin.

Am 9. Mai 2011 hatten von den rund 80,2 Millionen Einwohnern etwa 74 Millionen Personen (92,3 Prozent) die deutsche Staatsangehörigkeit. Knapp

> Info:

Das Volkszählungsurteil

Bereits im Jahre 1983 sollte in der Bundesrepublik Deutschland eine Volkszählung stattfinden. Zahlreiche Bürger erhoben jedoch vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Verfassungsbeschwerden gegen das der Volkszählung zugrunde liegende Gesetz. Das BVerfG erklärte einige Vorschriften des Volkszählungsgesetzes 1983 für nichtig; eine Volkszählung wurde erst 1987 auf geänderter Rechtsgrundlage durchgeführt. Das BVerfG etablierte im "Volkszählungsurteil" einer Grundsatzentscheidung zum Datenschutzrecht - das "Recht auf informationelle Selbstbestimmung", das sich aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und aus der Menschenwürde herleitet (Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz). Das informationelle Selbstbestimmungsrecht gewährt dem Einzelnen die Befugnis, selbst darüber zu bestimmen, ob und inwiefern persönliche Daten verwendet und preisgegeben werden. Beschränkungen dieses Rechts sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse hinzunehmen. Es bedarf einer verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage, zudem hat der Gesetzgeber auch organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken. Nicht zuletzt ist dabei zu beachten, dass Einzeldaten der Einwohnerinnen und Einwohner nicht weitergegeben werden dürfen.

> Quelle: Deutscher Bundestag



6,2 Millionen Einwohner (7,7 Prozent) besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Der Vergleich der Zensusergebnisse mit den bisherigen Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zeigt bei den Deutschen mit minus 0,6 Prozent eine relativ geringe Abweichung (minus 428 000 Personen). Bei den Ausländern hingegen lag die Differenz der Bevölkerungszahlen bei minus 14,9 Prozent, das sind nahezu 1,1 Millionen Personen weniger als bislang angenommen.

Stabile Erwerbsquote

In Deutschland waren zum Zeitpunkt des Zensus rund 40 Millionen Menschen erwerbstätig, 53,2 Prozent Männer und 46,8 Prozent Frauen. Die ermittelten Erwerbstätigenzahlen bestätigen damit im Wesentlichen die Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Die Erwerbstätigenquote, das ist der Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 74 Jahren an der Bevölkerung im gleichen Alter, betrug 64,5 Prozent. 2,1 Millionen Personen waren erwerbslos.

Zum Zensusstichtag hatten 35,6 Prozent der Personen über 15 Jahren einen Haupt- beziehungsweise Volksschulabschluss, 26,9 Prozent besaßen die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 28,3 Prozent die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 4,4 Prozent befanden sich am Zensusstichtag noch in schulischer Ausbildung. Ohne Schulabschluss sind nach den Zensusergebnissen 4,7 Prozent der Bevölkerung über 15 Jahre, das sind 3,2 Millionen Menschen.

In Deutschland lebten Anfang Mai 2011 insgesamt 15 Millionen Personen mit Migrationshintergrund; dies entspricht knapp 19 Prozent der Bevölkerung. Als Personen mit Migrationshintergrund zählen im Zensus 2011 alle Ausländer/-innen sowie alle Deutschen, die nach 1955 auf das Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland zugewandert sind oder mindestens einen nach 1955 zugewanderten Elternteil haben. Dieser Anteil variiert zwischen den Bundesländern stark. Den höchsten Anteil in den westlichen Bundesländern gab es mit 27,5 Prozent in Hamburg, den geringsten Anteil in Schleswig-Holstein (11,7 Prozent). In den östlichen Bundesländern liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchweg unter fünf Prozent.

Demografischer Wandel kommt

"Mit den neuen Einwohnerzahlen hat sich die Altersstruktur nicht gravierend verändert", betonte Egeler. "Aus den bisher vorliegenden Ergebnissen des Zensus 2011 mit zusammengefassten Altersgruppen lässt sich keine gravierende Veränderung der Altersstruktur im Vergleich zur bisherigen Bevölkerungsfortschreibung erken-

nen. Bei einer Betrachtung der Altersgruppen, die nach dem Geburtsjahr gebildet wurden, liegt der Anteil der Bevölkerung in den Altersklassen "unter 18 Jahre" bei 15,7 Prozent, die 18- bis 29-Jährigen bei 14,1 Prozent, die 30- bis 49-Jährigen bei 28,2 Prozent, die 50- bis 64-Jährigen bei 20,8 Prozent und die 65-Jährigen und älteren bei 21,2 Prozent."

Demnach sind die bisherigen Prognosen zur demografischen Entwicklung in der Bundesrepublik auf dem richtigen Fundament errichtet – mit allen Konsequenzen für die Strukturpolitik des öffentlichen Dienstes. Nach einer Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird es in Deutschland ab dem Jahr 2020 zu einem dramatischen

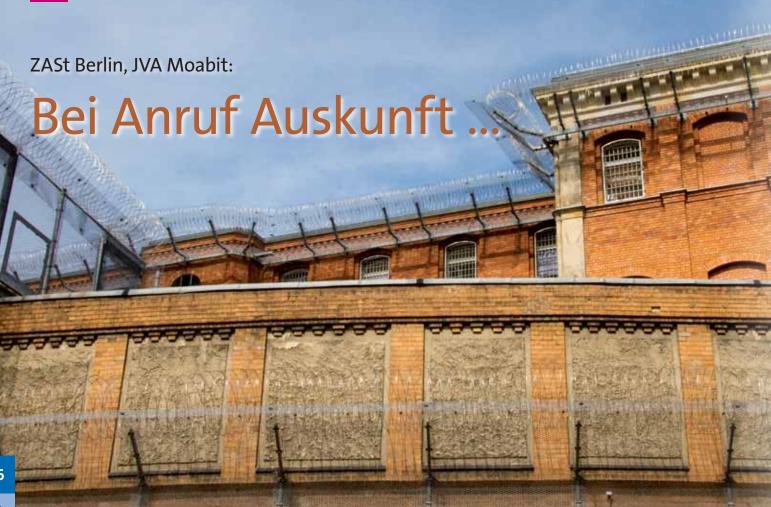
Einbruch bei der Zahl der Erwerbstätigen kommen. Selbst unter der Annahme einer rund viermal so hohen jährlichen Zuwanderung und mit der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre kann dieser Trend höchstens um einige Jahre hinauszögert werden. Das DIW prognostiziert außerdem die größten Engpässe im Bereich qualifizierter Arbeitskräfte. Die dann ohnehin durch das knappe Arbeitsangebot entstehende Konkurrenz zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst würde durch den föderalen Wettbewerb weiter zugespitzt. Fachkräfte für den öffentlichen Sektor werden also auch weiterhin dringend gebraucht. Voreilige Verzichtsforderungen anhand der Zahlen des Zensus 2011 greifen zu kurz.



> Info:

Die Erhebungsmethode

Im Gegensatz zu früheren Erhebungen wurden die notwendigen Basisdaten nicht über eine traditionelle Volkszählung, die jeden erfasst und zählt, ermittelt, sondern durch den Rückgriff auf die kommunalen Melderegister sowie auf weitere Register der Verwaltung in Kombination mit ergänzenden Befragungen. Dieses moderne Verfahren spart Kosten, und nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung musste überhaupt in einer Haushaltsbefragung Auskunft geben. Die Zensus-Ergebnisse liefern folgende Daten: aktuelle Bevölkerungszahlen, Angaben zu Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Bildung und Migrationshintergrund. Ferner werden Informationen zur Wohn- und Wohnungssituation erfasst, darunter durchschnittliche Wohnraumgröße, Leerstand und Eigentümerquote. Die Daten wurden anonymisiert ausgewertet, denn beim Zensus geht es nur um allgemeine Aussagen, um Summen und Durchschnitte, nicht um individuelle Lebensverhältnisse oder Einstellungen.



... und zwar immer öfter, aber längst nicht für jedermann, und schon gar nicht, wenn die Legitimation des Anrufers nicht eindeutig feststeht. Die Mitarbeiter der ZASt, der Zentralen Auskunftsstelle des Berliner Justizvollzugs, wissen, wie sensibel die Daten sind, über die sie verfügen: Wer sitzt oder saß wo in Berlin ein? Warum? Wie lange? Wann wurde jemand entlassen? Wann war jemand außerhalb der Anstalt? Dienststellen und Privatpersonen aus dem Inund Ausland stellen solche und andere Fragen und können manchmal sogar Zusammenhänge ans Licht bringen, die ohne den Durchblick der ZASt-Mitarbeiter gar nicht zu ermitteln wären ...

Die Diensträume der ZASt in der JVA Moabit zu erreichen ist gar nicht so einfach. Die Kontrollen im Eingangsbereich ähneln denen am Flughafen, und zusätzlich müssen wir noch unsere Handys abgeben. "Telefone sind hier verboten", erklärt uns Dienststellenleiterin Andrea Ewald, die uns im wahrsten Sinne des Wortes

"hinter Gittern" in Empfang nimmt. Meine im Vorfeld unseres Besuches überlegte Frage, warum eine Auskunftsstelle keine Besuchersprechzeiten hat, stelle ich erst gar nicht mehr. Und später wird ein Weiteres klar. Bei der Fülle der schriftlichen und telefonischen Anfragen, die täglich einlaufen, wäre zusätzlicher Publikumsverkehr für die Mitarbeiter gar nicht zu bewältigen.

"Wir bearbeiten zurzeit circa 5 000 bis 5 500 Anfragen pro Monat, und die Fallzahlen steigen kontinuierlich", erklärt Andrea Ewald, die uns mit Plätzchen und Kaffee – selbstverständlich in BSBD-Bechern - versorgt. Wir erfahren, dass die Hauptabnehmer der Auskünfte über Inhaftierte in Berlin Behörden sind. Deren Liste reicht von Polizei über Staatsanwaltschaften und Gerichten bis hin zu Jugend- und Sozialämtern, Jobcentern oder Bezirksämtern, und das nicht nur in Berlin, sondern bundesweit. Auch Auskunftsersuchen aus den USA, Spanien, Portugal oder Polen sind keine Seltenheit und gehen inzwischen regelmäßig bei der ZASt ein. Selbst Friedhofsverwaltungen fragen gelegentlich an, wenn es beispielsweise um die (Kardinal-)Frage geht, wer die Beerdigungskosten zu tragen hat

und wer nicht. Verfügt ein Inhaftierter über Geld oder Wertsachen, was die ZASt ohne Probleme in Erfahrung bringen kann, zahlt im Zweifel er für die Beerdigung eines Verwandten und nicht die Kommune X.

Eine für alle

Auch bei den Anfragen aus dem Privatbereich spielt das Thema Geld eine große Rolle. Inkasso-Unternehmen, die Forderungen gegen Personen geltend zu machen haben, die vermutlich in Berlin inhaftiert sind, müssen sich nicht mehr an mehrere Justizvollzugsanstalten wenden, sondern nur noch an die Zentrale Auskunftsstelle. Das beschleunigt nicht nur die Feststellung der notwendigen Fakten, sondern entlastet die Anstalten, die alle hätten antworten müssen, und sei es, um "Fehlanzeige" zu melden. Seit Bestehen der ZASt seit dem 1. Juli 2012 erteilen die einzelnen Justizvoll-





Detlef Hamsch

zugsanstalten grundsätzlich keine Auskünfte mehr, sondern verweisen alle Anfrager an die Zentralstelle.

Viel Feind, viel Ehr' also, und das von Anfang an, wie Andrea Ewald betont. Eine Einrichtung wie die ZASt gab es bis vor einem Jahr in Berlin nicht, und bundesweit ist sie bisher einmalig geblieben, obwohl – wie Anfragen aus anderen Bundesländern zeigen – überall ein ähnlicher Informationsbedarf besteht. "Wer sich bei uns ansehen möchte, wie es geht, ist herzlich willkommen", bekräftigt die Dienststellenleiterin. Entsprechende Anfragen gibt es bereits, doch leider müssen sie und ihr Team passen, wenn Anfragen über Inhaftierte in Bayern oder in Nordrhein-Westfalen gestellt werden. "Wenn das ginge, wäre es nicht schlecht, vielleicht kommt ja Brandenburg hinzu", meint sie versonnen. "Aber nicht mit unserer kleinen Mannschaft."

Drei der insgesamt fünf PC-Plätze im "Großraumbüro" der ZASt sind besetzt und die Telefone stehen nicht still. Silvia Stiebritz, Detlef Hamsch und Jacqueline Bondzio beantworten zwischen 8 Uhr morgens und 16.30 Uhr am Nachmittag geduldig Anruf um Anruf, beschäftigen sich in den kurzen Telefonpausen mit schriftlichen Anfragen und nehmen sich zusätzlich die Zeit, individuell auf die Fragesteller einzugehen, statt sie abzufertigen. "Wir müssen die Leute oft erst mal runterbringen, wenn sie am Telefon aufgebracht sind und wütend werden oder uns sogar beschimpfen", sagt Silvia Stiebritz.

Die notwendigen Schulungen, um eskalierenden Gesprächssituationen gewachsen zu sein, haben die Mitarbeiter der ZASt im Vorfeld der Dienststellener-



Silvia Stiebritz



Der regelmäßige Austausch von Informationen im Team erleichtert die tägliche Arbeit, deren Grundlage das Justizvollzugsdaten-Gesetz Berlin ist.

öffnung ebenso absolviert wie solche zum Datenschutz oder zum Umgang mit den zur Verfügung stehenden Datenbanken.

Denn bestimmte Auskünfte dürfen Privatpersonen weder am Telefon noch schriftlich ohne Einverständnis der Inhaftierten erteilt werden. "Da muss man eine bestimmte Verbindlichkeit haben", ergänzt Detlef Hamsch. "Wenn ein Inhaftierter nicht möchte, dass Angehörige oder Freunde erfahren, dass und wo er einsitzt, dürfen wir solche Auskünfte nicht erteilen", fügt er hinzu. Auch Anwälte erfahren nichts, wenn sie kein Mandat vorweisen können. "In solchen Fällen können Antworten auch mal drei bis vier Wochen dauern", erläutert Andrea Ewald, "weil wir keinen Einfluss auf die Bearbeitungszeiten in den Anstalten haben. Aber normalerweise antworten wir spätestens am nächsten Tag."

Gesucht, gefunden

Die ZASt-Mitarbeiter haben über die Zentrale Haftdatei und die Programme der einzelnen Anstalten Zugang zu allen Daten über die Inhaftierten, die in den Berliner Vollzugsanstalten einsitzen oder eingesessen haben. So konnte beispielsweise ein Fall von Abrechnungsbetrug aufgedeckt werden. Ein mittlerweile entlassener Gefangener sei angeblich über einen bestimmten Zeitraum höchst pflegebedürftig gewesen und habe ganz bestimmte Kosten verursacht. Doch die ZASt konnte gegenüber dem Leistungsträger relativ schnell nachweisen, dass weder der angegebene Zeitraum stimmte noch überhaupt Pflegebedürftigkeit vorgelegen hatte.

Erfolgreich verlief auch eine nicht alltägliche Suche auf Anfrage der Polizei nach einem arabisch aussehenden Mann mit einem Gips am linken Arm im Alter zwischen 25 und 35 Jahren, der irgendwann in den letzten Monaten entlassen worden war. Nach wenigen Tagen hatten die ZASt-Mitarbeiter die infrage kommenden Männer herausgefunden, und der Gesuchte konnte eindeutig identifiziert werden.

So spektakulär geht es allerdings nicht immer zu. Viele Anfragen sind inzwischen Routine und können anhand der entwickelten Formulare und PC-Textbausteine schnell beantwortet werden. Jede Anfrage,

ob schriftlich oder per (ausgedruckter) E-Mail, wird den Personalakten der Inhaftierten beigefügt. Die Antworten der ZASt werden, wie die Telefonanfragen auch, zusätzlich auf einer entsprechenden Karte dokumentiert

"Wenn ich also etwas über einen Gefangenen wissen will, sage ich zu Ihnen, hier Staatsanwaltschaft soundso, und schon bekomme ich alle Informationen?", will ich wissen. Über so viel Naivität kann Detlef Hamsch nur milde lächeln. "Das haben schon andere versucht", stellt er lapidar fest, "aber ohne Erfolg. Wir kennen die Dienstnummern sämtlicher Behörden und Polizeidienststellen. Wenn wir im Zweifel sind, besonders bei Anrufen von außerhalb Berlins, stellen wir über die uns zur Verfügung stehenden Datenbanken die Dienstnummer fest und teilen mit, dass wir genau dort zurückrufen. Manchmal hören wir von dem Anrufer nie wieder etwas", fügt er lächelnd hinzu, "aber genauso soll es sein."

Andrea Ewald, die neben der ZASt auch die Vollzugsgeschäftsstelle und das Briefamt der JVA Moabit leitet, und ihre Teamkollegen sind auch deshalb so engagiert und hochmotiviert bei der Sache, weil sie sich auf Neuland befinden und die nicht alltägliche Chance haben, ihre Aufgabenerledigung selbst effektiv zu strukturieren, zu gestalten und weiterzuentwickeln. "Was sind wir?", fragt Sivia Stiebritz rhetorisch, "eine zentrale Auskunftsstelle für die Justizvollzugsanstalten in Berlin, und deshalb geben wir Auskunft über alles, was damit im Zusammenhang steht und möglich ist." So erfahren Anrufer auch, ob sie den Gefangenen Scheine oder Hartgeld mitbringen oder ob sie den Briefen Fotos beifügen dürfen. Sie erfahren, wann die Wäscheabgabe in X geöffnet ist oder auf welches Konto Geld überwiesen werden kann. Sie erfahren auch, was sie nicht dürfen, denn jede Anstalt folgt ihren eigenen Regeln.

Inzwischen wenden sich auch Filmproduktionen oder Buchautoren an die ZASt und bitten um Auskünfte, sogar allgemeine Bewerbungen für den Justizdienst gehen in der ZASt ein. Die Auskunftsstelle hat sich etabliert. Was künftig ansteht? Eine Personalaufstockung. Wenn die Fallzahlen weiter steigen, wird dies unerlässlich sein, denn mehr als fünf Telefone können fünf Mitarbeiter gleichzeitig nicht bedienen. Auch nicht bei der ZASt.

Text: Dr. Walter Schmitz Fotos: Jan Brenner

> Info

Zentrale Auskunftsstelle des Berliner Justizvollzugs (ZASt) Alt-Moabit 12 a 10559 Berlin

Tel.: 030.9014-5656 (intern: 914-5656)

Fax: 030.9014-5666 (intern: 914-5666)

E-Mail: auskunft@ zast-justizvollzug.berlin.de

Internet: www.berlin.de/ sen/justiz/zast



0800 - 1000 500 Wer vergleicht, kommt zu uns seit über 35 Jahren.

Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013 4,50% effektiver Jahreszins*

Umschuldung: Raten bis 50% senken Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 € Baufinanzierungen günstig bis 120%

A FINANZ

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollizins (fest gebunden) 4.4%, Ltz. 7 Jahre, mlt. Rate 555 € effektiver Jahre, mlt. Rate 555 € effekt

BARGELD noch HEUTE **Tel. (0201) 221348**Seit 1980 vermittelt **PECUNIA GmbH**Kredite von 1.000 – 100.000 €.

ietzt Laufzeit bis 240 Monate ohne Auskunft bis 10.000 € 45127 Essen · Gänsemarkt 21 www.pecunia-essen.de

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke Königswall 1 • 44137 Dortmund www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9145145

Nürnberger Lebensversicherung Beamtendarlehen & Angestelltendarlehen Tel. 0800-10 12 555 Beamte 22 Jahre - Laufzeit 20 Jahre 10000,- € monatl. Rate ab 93,73 € Solizins 6,16% / Effekt. Jahreszins 7,31% 30000,- € monatl. Rate ab 274,52 € Solizins 6,16% / Effekt. Jahreszins 7,01% www.beamtendarlehen1.de 50000,-€ monatt. Rate ab 456,53 € Sollzins 6,16% / Effekt Jahreszins 6,98%

Ihre Spende hilft unheilbar kranken Kindern!

Bitte spenden unter: www.kinderhospiz-bethel.de



Kredite für Beamte & Angestellte ERGO www.Beamtenkredit.de

0800-770 80 80

NIEDRIGZINS + KLEINE RATEN

Werbeaktion 2012:

Wieder 20 000 Neue ...

Seitdem der dbb zur Unterstützung der Werbetätigkeit seiner Mitgliedsgewerkschaften Jahr für Jahr zentrale Werbeaktionen mit Wertschecks für jedes neue Mitglied und einer attraktiven Schlussverlosung durchführt, hat sich der Mitgliederbestand kontinuierlich verbessert. Diesmal ist ein Rekordergebnis zustande gekommen: 19 946 Kolleginnen und Kollegen sind zwischen Januar und Dezember 2012 in die für sie zuständige Fachgewerkschaft eingetreten.

Nicht zuletzt aufgrund der überaus rührigen Werbetätigkeit vieler Kolleginnen und Kollegen in allen Fachgewerkschaften des dbb konnte die Gesamtmitgliederzahl im Vergleich zum vergangenen Jahr erneut gesteigert werden. Am Jahresende 2012 gehörten dem dbb 1271563 Mitglieder an. Die restriktive Personalpolitik im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor hat demnach keinen Einfluss auf die Mitgliederentwicklung genommen. Von den dbb Mitgliedern am Jahresende 2012 waren 906 820 Beamte und 364 743 Tarifbeschäftigte, 401 621 der dbb Mitglieder sind weiblich, 869 942 männlich.

Insgesamt bestätigt die unverändert hohe Mitgliederzahl des dbb eine erfolgreiche Berufspolitik im Dachverband sowie in den Landesbünden und Mitgliedsgewerkschaften. Ganz vorne in punkto Mitgliederzuwachs liegt die komba gewerkschaft mit 5168 Neuen, gefolgt von VBE, DSTG, DPhV, GDL und DPolG. Dabei ist sich die Magazinredaktion darüber im Klaren, dass 100 neue Mitglieder für eine kleine Fachgewerkschaft einen ebenso beachtlichen



Werbeerfolg bedeutet wie 3000 neue für eine der großen.

Unter allen Werbern hat der dbb als Superpreis eine digitale Kompaktkamera von Panasonic mit Wechselobjektiven und passendem Blitzgerät verlost.

Der Gewinner, ein Kollege aus der GDL, wurde bereits benachrichtigt. Die zweite gute Nachricht zum Schluss: Die Werbeaktion 2013 ist hervorragend angelaufen und erfreut sich regen Zuspruchs.

sm

18. Europäischer Abend:

Kritische Erkundungen zu "Europa MitbeStimmen"

Herausforderungen an ein Europa der Bürgerbeteiligung waren das zentrale Thema des 18. Europäischen Abends, zu dem dbb, Europa-Union Deutschland, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und – erstmals dabei – das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement am 3. Juni 2013 ins dbb forum berlin eingeladen hatten. Mit rund 300 europapolitisch interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern gingen sie unter dem Motto "Europa MitbeStimmen" durchaus kontrovers Fragen von Partizipation, staatlicher Souveränität, gesamteuropäischer Zukunft und politischer wie ökonomischer Integration auf den Grund.



politischen Rede: "Die EU ist ein Prototyp".

Auftakt und Abschluss des Abends war eine Informationsbörse, die fortan immer einen themenbezogenen Rahmen für die Europäischen Abende bieten soll, wie dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt zur Eröffnung ankündigte. "Europa ist nach mehreren Krisenjahren längst nicht mehr Kür, Europa ist Pflicht", sagte der dbb Chef und fügte hinzu: "Mitbestimmen ist die Parole."

Dies gelte unter anderem für Solvency II und sozialen Dialog. Transparenz und Rechtstaatlichkeit seien entscheidende Faktoren für eine erfolgreiche Mitbestimmung der europäischen Zivilgesellschaft. Nicht nur eine Finanz- und Wirtschaftskrise gelte es in den Ländern der Europäischen Union zu meistern, sondern auch eine Vertrauenskrise. "Wir müssen uns der Demokratieverdrossenheit gemeinsam entgegenstellen", so Dauderstädts Appell.

Der irische Botschafter in Deutschland, Daniel Mulhall, begrüßte gleichfalls die Vertreter verschiedener Stiftungen, Netzwerke und Institute und zog eine erste, positive Bilanz der irischen EU-Ratspräsidentschaft. Zugleich würdigte Mulhall den "enormen Beitrag",

den die irischen Steuerzahler zur Bewältigung der Bankenkrise in ihrem Land geleistet hätten. Europa könne nur erfolgreich aus der Krise hervorgehen, wenn es solidarisch zusammenstehe.

Vor dem Hintergrund des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger 2013 und ein Jahr vor der Wahl zum Europäischen Parlament müsse die Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger lauten "Join the debate", sagte Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für das Ressort Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft in einer Videobotschaft an die Teilnehmer des Abends.

Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse ("Der Europäische Landbote") erinnerte in seinem Redebeitrag an europäische Visionen der Autoren Victor Hugo - am Vorabend des Deutsch-Französischen Krieges 1870/1871 - und Stefan Zweig – vor dem Zweiten Weltkrieg und fragte: "Wo war



Als "historisch beispiellos und



bb Chef Klaus Dauderstädt und Irlands Botschafter Daniel Mulhall einig: Europa muss die Krise gemeinsam meistern.

damals die Zivilgesellschaft?" Politische Partizipation setze Öffentlichkeit voraus, Bürger müssten Informationen über europapolitische Entwicklungen energischer einfordern, so Menasse.

Praktische Fortschritte der europäischen Politik wie etwa die "Jugendgarantie", aber auch Defizite in der schulischen Vermittlung europäischer Themen, das so genannte Europa-Bashing, vor allem aber eine stärkere soziale Ausrichtung der EU als "Kern der Idee" waren Themen der Podiumsdiskussion mit Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied im Präsidium der Europa-Union Deutschland; Thomas Mann

MdEP, stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten im Europäischen Parlament; Autor Robert Menasse, Conny Reuter, Generalsekretär SOLIDAR und langjähriger Präsident der Social Platform; sowie Rainer Wend, Präsident des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

Bundestagspräsident Norbert Lammert, der in seiner Rede Stichworte aus der Podiumsdiskussion aufnahm, zeichnete ein differenziertes Bild der aktuellen europäischen Entwicklungen. Zweifellos gebe es Demokratiedefizite in Europa, dennoch sei die Europäische Union "die demokratischste internationale Organisation, die ich kenne", sagte Lammert.

beispielhaft" bezeichnete der Bundestagspräsident den Vorgang, dass "Staaten, die über Souveränitätsrechte verfügen, diese auf eine Gemeinschaft übertragen, die kein Staat ist". Eine "Schieflage" machte Lammert zwischen ökonomischer und politischer Integration aus. Und mit Blick auf die Partizipation stellte er fest: "Hier ist der Fortschritt größer als der Anlass für Beschwerden." So könne in Deutschland nur der Bundestag über Hilfszusagen an europäische Länder entscheiden – "eine Form der Partizipation, die es so zuvor nie gab". Zugleich wies Lammert darauf hin, dass Europa ein historisch einmaliges Projekt sei: "Wir bauen gewissermaßen einen Prototyp, für den es keine Vorlage gibt."



Von Jugendarbeitslosigkeit bis Europa-Bashing: Die Podiumsdiskussion fand interessierte Zuhörer.



Bereit zur Kontroverse: Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Thomas Mann, Dr. Andrea Despot (Moderatorin), Dr. Robert Menasse, Conny Reuter und Dr. Rainer Wend (von links).

Diversity Management im öffentlichen Dienst:

Vielfalt gestalten

Pünktlich zum sechsten Integrationsgipfel der Bundesregierung am 28. Mai 2013 veröffentlichte die OECD aktuelle Zahlen zur Integration von Zuwanderern in den öffentlichen Dienst. Die Ergebnisse sind alarmierend: Unter allen OECD-Ländern bildet Deutschland das Schlusslicht. Die dbb bundesfrauenvertretung drängt auf schnelle Lösungen und forderte ein strategisches Diversity-Konzept für den öffentlichen Dienst.



Helene Wildfeuer. Dabei stehe die öffentliche Verwaltung vor der Herausforderung, bei der Aufgabenerfüllung möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen in die politischen Entscheidungsprozesse einzubinden und ihre Kenntnisse und Fähigkeiten

Unterschiedliche Kulturkreise

"In Verwaltungen bilden Beschäftigte mit Migrationshintergrund eine wichtige

Verknüpfung zwischen Bürgerinnen, Bürgern und dem Staat. Deshalb werben wir vor allem auch dafür, Frauen aus nicht deutschen Kulturkreisen für eine Beschäftigung in der Verwaltung sowie in Gesundheits-, Erziehungsund Bildungseinrichtungen zu begeistern", hob Helene Wildfeuer hervor. Vor allem im direkten Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern müsse die Sichtbarkeit von Beschäftigten aus unterschiedlichen Kulturkreisen erhöht werden. "Wenn wir Vielfalt generell

fördern und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Zugewinne für den öffentlichen Dienst maximal nutzen wollen, dann müssen wir auf allen Ebenen Vorbilder schaffen, die zur Nachahmung anregen", betonte die Vorsitzende.

Interkulturelle Kompetenz stärken

Die öffentlichen Arbeitgeber stünden zudem in der Pflicht, die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten zu stärken und Diskriminierungspotenziale jeglicher Art auszuschalten. Ein wirksames Mittel sieht Helene Wildfeuer im Einsatz von anonymisierten Bewerbungsverfahren. Diese ermöglichen eine vorurteilsfreie Stellenbesetzung unter der im Grundgesetz in Artikel 33 beschriebenen Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und Leistung.

bau



zu nutzen.

> Fachbroschüre:

Verdienstunterschiede im Visier

Die Fachbroschüre "Was ist Frauen-Arbeit wert?" fasst die wichtigsten Ergebnisse der 10. Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung vom 19. März 2013 zusammen und bietet all jenen, die sich für eine geschlechtergerechte Entlohnung von Arbeit im öffentlichen Dienst und darüber hinaus engagieren, eine handliche Argumentationshilfe. Sie erhalten die Broschüre als Druckschrift kostenlos auf Anfrage per E-Mail an frauen@dbb.de oder als PDF-Download im Internet: http://bit.ly/17ECEpe

Nachgefragt zum Thema "Diversity Management" bei Christine Lüders, Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes:

"Verwaltungen sind ein Spiegel der Gesellschaft"

Christine Lüders, 60, war unter anderem als Vorstandsreferentin und Abteilungsleiterin bei Lufthansa tätig und leitete das Referat Presse, Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration in Nordrhein-Westfalen. Zuletzt war sie Referatsleiterin für Öffentlichkeitsarbeit und Beauftragte für Stiftungen im Kultusministerium in Hessen. Seit Februar 2010 ist sie Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS). Die studierte Pädagogin ist verheiratet und lebt in Berlin und Frankfurt am Main.

Frau Lüders, was bedeutet Diversity (Vielfalt) im öffentlichen Dienst?

Christine Lüders: Unsere Verwaltungen sind ein Spiegel der Gesellschaft – und natürlich sollte sich das auch in der Auswahl ihrer eigenen Beschäftigten zeigen. Öffentliche Institutionen müssen ja nicht nur Bundes-, Landes- und kommunale Gesetze umsetzen. Sie sind in ihrer Arbeit auch ein Vorbild für andere Arbeitgeber und für die Gesellschaft als Ganzes. Und: Gerade im öffentlichen Dienst werden in den nächsten Jahren viele Beschäftigte in Pension oder Altersrente gehen. Da ist es umso wichtiger, mehr Vielfalt zu fördern, um einem Nachwuchskräftemangel und der damit verbundenen stärkeren Konkurrenz mit Unternehmen oder anderen Verwaltungen entgegenzuwirken.

Wo sollten Behörden ansetzen, um mehr Vielfalt zu schaffen sowie von vorhandener Vielfalt in der Belegschaft zu profitieren?

Christine Lüders: Diversity heißt für mich, Vielfalt nicht nur einfach herzustellen, sondern sie auch zu nutzen. Es ist gut für das Betriebsklima und für die Kundenkontakte, wenn eine Behörde aktiv gegen Benachteiligung vorgeht und eine vielfältige Belegschaft fördert. Oft geht das viel einfacher als man

denkt: etwa, indem eine Verwaltung positive Maßnahmen für Migrantinnen und Migranten oder für Frauen schafft und/ oder bei der Personalgewinnung auf anonymisierte Bewerbungsverfahren setzt. Ich denke, Verwaltungen müssen noch viel mehr verinnerlichen, dass ihnen Diversity selbst nutzt. Das bestätigt auch die Personalforschung: Vielfältige Teams sind kreativer und leistungsfähiger. Das sehen Sie auch in der freien Wirtschaft: Eine Werbeagentur etwa, die nur junge Männer einstellt, wird sicher kaum Erfolg bei Kampagnen haben, die sich an Frauen richten.

Wie kann Diversity Management mehr Frauen in Führungspositionen und in männlich geprägte Arbeitsfelder bringen?

Christine Lüders: Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz erlaubt ja die sogenannten positiven Maßnahmen. Bei gleicher Eignung und Befähigung können sie demnach unterrepräsentierte Gruppen gezielt fördern. Aus meiner Sicht ist das ein sehr gutes Instrument. In einigen Bereichen reicht das aber ganz offenkundig nicht aus - zum Beispiel bei Führungspositionen in landeseigenen Betrieben. Frauen sind hier seit Jahren drastisch unterrepräsentiert. Wenn der Staat sich nicht unglaubwürdig machen will, dann muss er auch in diesem Bereich alles für Gleichstellung

tun. Aus meiner Sicht geht das nur mit Quoten – aber auch mit Sanktionen, wenn diese Quoten nicht eingehalten werden.

Was können das für Sanktionen sein?

Christine Lüders: In einigen Landesgleichstellungsgesetzen gibt es dazu gute Ansätze. Sie können etwa einen Beförderungsstopp für Institutionen verhängen, die Quotenziele verfehlen. Oder sie können die Vergabe von Mitteln oder Aufträgen an die Einhaltung von Quotenzielen koppeln.

Welchen Stellenwert räumen Sie anonymen Bewerbungsverfahren ein, und wo werden diese bereits genutzt?

Christine Lüders: Klischees und Vorurteile führen immer wieder zu ungerechter Auswahl von Bewerbenden. Statt Qualifikation zählt eher die Herkunft, das Aussehen auf dem Foto oder der Klang des Namens. Da haben Sie als Mensch mit ausländischen Wurzeln oder als junge Frau oft schlechtere Chancen. Das beweist die hohe Zahl von Anfragen, die wir als Beratungsstelle bekommen. Und das beweist die Forschung. Allein ein türkisch klingender Name senkt die Chance, überhaupt zum Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, um 24 Prozent. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat mit ihrem erfolgrei-



chen, bundesweiten Pilotprojekt "Anonymisierte Bewerbungsverfahren" jetzt einen Stein ins Rollen gebracht, um dagegen etwas zu tun. Mehr und mehr Länder und Kommunen testen anonymisierte Verfahren jetzt auch oder stellen komplett darauf um. Ich denke, das liegt auch daran, dass anonymisierte Bewerbungsverfahren praktikabel und umsetzbar sind sowie positive Ergebnisse hervorbringen. Frauen und Migrantinnen und Migranten haben im Vergleich zum herkömmlichen Verfahren die besseren Chancen zur Einladung zum Bewerbungsgespräch. Außerdem können die Unternehmen zielgenauer ausschreiben, weil sie Qualifikation, Motivation und Vorerfahrungen ganz genau abfragen können. Anonymisierte Verfahren schaffen außerdem Chancengleichheit, sie geben Unternehmen Rechtssicherheit und sie sind ein gutes Instrument, um zu zeigen, dass man als Behörde ein großes Interesse daran hat, vielfältig aufgestellt zu sein.

> Webtipp:

Weitere Informationen: www.antidiskriminierungs stelle.de, www.charta-der-vielfalt.de

1. Deutscher Diversity-Tag – dbb jugend startet Umfrage:

Vielfalt in den öffentlichen Dienst

Mehr Vielfalt im öffentlichen Dienst und ein entsprechend nachhaltiges Diversity-Management für Verwaltungen und Behörden hat die dbb jugend anlässlich des 1. Deutschen Diversity-Tags am 11. Juni 2013 in Berlin gefordert.

dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe und ihr Vize Sascha Titze folgten der Einladung des Vereins "Charta der Vielfalt", der, unterstützt von Staatsministerin Maria Böhmer, der Bundesbeauftragten für Migration, zum ersten bundesweiten Impulstreffen in Sachen Vielfalt eingeladen hatte. "Die in der Charta der Vielfalt verankerten Ideen und Prinzipien sollen verstärkt Einzug in den öffentlichen Dienst finden", sagte dbb jugend-Chefin Kothe am Rande des Treffens. "Wenn die Gesellschaft, für die wir Dienst leisten, immer bunter wird, müssen wir auch bunter werden. Zumal intelligentes Diversity-Management in der Lage ist, personelle Schätze zu heben, die bislang unentdeckt geblieben sind das ist soziale Verantwortung und Zukunftssicherung zugleich", so Kothe. Kothe und



"Was bedeutet Diversity?" Anlässlich des 1. Deutschen Diversity-Tags startete die dbb jugend eine bundesweite Umfrage in Verwaltungen und Behörden zum Thema Vielfalt. dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe und Vize Sascha Titze halfen beim Eintüten der Fragebögen.

Titze stellten Staatsministerin Böhmer und Aletta Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführerin von "Charta der Vielfalt", das dbb jugend "Diversity"-Themenjahr und die aktuelle Umfrage zum Thema Vielfalt vor, die die dbb jugend am 1. Deutschen Diversity-Tag startete: Von den hunderten Adressaten in Behörden und Verwaltungen will die dbb jugend etwa wissen, ob Diversity-Management vor Ort ein Thema ist, wie Vielfalt im Team bewertet wird und welche Ressourcen in Sachen Diversity zur Verfügung stehen. Böhmer und von Hardenberg zeigten großes Interesse am Vielfaltmanagement im öffentlichen Sektor und vereinbarten, mit der dbb jugend im Gespräch zu bleiben.

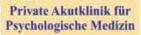
Mehr Infos: www.charta-der-vielfalt.de

"Land unter" – auch die Doppel-Ausgabe des dbb jugend magazins t@cker widmet sich der frühsommerlichen Hochwasserkatastrophe Anfang Juni. "Wieder einmal waren es Bundeswehr, Feuerwehr, Polizei und die Krisenmanager der öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen, ohne deren Einsätze, oft bis zur völligen Erschöpfung und meist ohne eine erhöhte Bezahlung ,die Auswirkungen der Flut noch viel schlimmer gewesen wären", schreibt dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe im Editorial – und merkt an: "Schade, dass es immer erst Katastrophen wie diese braucht, um den Menschen deutlich zu machen, wie wichtig und unverzichtbar ein funktionierender, gut ausgestatteter öffentlicher Dienst für ein Gemeinwesen ist."



Neben der spannenden Reportage über die neuerliche Jahrhundertflut in Deutschland und das erfolgreiche Krisenmanagement der öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen bietet das dbb jugend magazin diesmal Wissenswertes rund um den ab August geltenden Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz und stellt die Träger des dbb Innovationspreis 2013 vor. Nachrichten aus der dbb jugend und dbb Jugendverbänden gibt's selbstverständlich auch wieder. ebenso wie die tollen Gewinnspiele, Musik- und Filmtipps im t@cker-checker.

Einfach reinsurfen: www.tacker-online.de!



wunderschön gelegen im westlichen Münsterland



Geben Sie Ihrem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen erfolgreichen und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur klinischen Behandlung psychischer Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie.

Indikationen: Depressionen, Essstörungen, Schlafstörungen, Angst und Panik, Belastungsreaktionen ("Burn-Out"), Zwänge, Schmerzsyndrome,

Info-Telefon 0 28 61/80 00-0



www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de



Zu Gast in Sachen Gesundheit Zu Gast in der Sächsischen Schweiz

Diabetes - Herzkreislauf - Magen-Darm - Orthopädie www.falkenstein-klinik.de oder www.kirnitzschtal-klinik.de

Sport tut Deutschland gut.



www.dsb.de





Offenbacher Landstr. 224 60599 Frankfurt am Main

Spendenkonto 488 888 0 BLZ 520 604 10

www.aerzte3welt.de Tel: +49 69.707 997-0 Fax: +49 69.707 997-20

Hilfe braucht Helfer.

Spenden Sie, damit unsere freiwillig und unentgeltlich arbeitenden Ärzte aus Deutschland weiterhin täglich mehr als 3.000 kranken Menschen in der Dritten Welt helfen können.

Werden auch Sie zum Helfer!

Bitte den Coupon ausfüllen. ausschneiden und senden an:

Ärzte für die Dritte Welt e.V., Offenbacher Landstraße 224. 60599 Frankfurt am Main

Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen

- uber Ärzte für die Dritte Welt e.V.
- uber aktuelle Hilfsprojekte

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort







WIR HÖREN NICHT AUF ZU HELFEN. HÖREN SIE NICHT AUF ZU SPENDEN.

Leben retten ist unser Dauerauftrag: 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich, weltweit. Um in Kriegsgebieten oder nach Naturkatastrophen schnell handeln zu können, brauchen wir Ihre Hilfe. Unterstützen Sie uns langfristig. Werden Sie Dauerspender.

www.aerzte-ohne-grenzen.de/dauerspende



Spendenkonto 97 o 97





Gemeinsam gegen den Schmerz!

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert. Unsere Schwerpunkte sind unter anderem die Behandlung von Migräne, Kopf- und Gesichtsschmerzen, Rückenschmerzen, Morbus Sudeck und Fibromyalgie, auch mit psychischen Begleiterkrankungen (Burn out, depressive Störungen, Angststörungen).

Moderne Schmerzbehandlung = multimodale Schmerztherapie

Die multimodale Schmerztherapie ist interdisziplinär, setzt verschiedene Strategien gleichzeitig und nicht nacheinander ein und ist individuell auf die Erfordernisse des einzelnen Patienten zugeschnitten. Maßgeschneiderte Therapien sind der konventionellen "Behandlung von der Stange" überlegen. Ein erfahrenes Team aus Fachärzten, Psychologen, Physiotherapeuten, Krankenschwestern und Gestaltungstherapeuten kombiniert schulmedizinische Behandlungsmethoden sinnvoll mit komplementären Therapien wie Naturheilverfahren und Akupunktur.

Unser Leistungsspektrum umfasst Rehabilitationsbehandlung (ehemals Sanatoriumsbehandlung) und Krankenhausbehandlung (im Rahmen einer multimodalen Schmerztherapie).

Wir beraten Sie individuell und senden Ihnen gerne umfassende Informationen zu. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!



und Schmerzpsychotherapie Schönbornstr. 10

97980 Bad Mergentheim Tel.: 07931 5493-0 Fax: 07931 5493-50

E-Mail:

schmerzklinik@schmerzklinik.com

Kostenlose Beratungs-Hotline: 0800 1983 198

www.schmerzklinik.com



Private Akutklinik für **Psychologische Medizin**

Baden-Baden

Von hier an geht es aufwärts!

Aufnahme im Notfall sofort möglich!

Die überschaubare Größe der Klinik und unsere freundlichen Mitarbeiter ermöglichen den persönlichen Umgangsstil, in dem Sie sich wohlfühlen werden!

Sicheres Auffangen von Krisen, kreative Förderung Ihres Potentials, Ruhe und Entspannung. Indikationen: Depressionen, Schlafstörungen, Ängste, Belastungsreaktionen, Essstörungen.



Hotline: 0 72 21/39 39 30

Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden Internet: www.leisberg-klinik.de

- Urologisch-nephrologische Erkrankungen
- Anschlussrehabilitation (AHB)
- Vorsorge
- Rehabilitation

Wir sind spezialisiert auf die Behandlung von Inkontinenz und Impotenz nach Prostata- Operationen. Untergebracht sind Sie in 228 Zimmern mit gehobenem Hotelstandard am Rande von Europas größtem Kurpark. Für Ihre Angehörigen haben wir die Möglichkeit geschaffen, Sie während des Rehabilitationsaufenthaltes zu begleiten. Die Verpflegung wird auf Ihre individuellen Bedürfnisse abgestimmt. Wir freuen uns auf Sie! Chefarzt: Dr. med. Dr. phil. Stefan Buntrock • Facharzt für Urologie,





Meer für Ihre Gesundheit

Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

Burn out?

Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

Chronische Schmerzen?

Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integriertei Ganzkörper-Kältetherapie.

Unser Leistungsspektrum umfasst:

Krankenhausbehandlung (anstelle Behandlung am Wohnor Rehabilitation (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf "Haus Kulm" ist spezialisiert au die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungs kopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Tinnitus Erschöpfungszuständen/Burn out, depressiven Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen.
Sie erwartet ein ganzheitliches Behandlungskonzept – die Ganzkörper-Kälte- und die Sauerstoffüberdrucktherapie stehen als spezifische Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Kostenlose Service-Hotline: 0800 33 33 456

(Kostenlos aus dem dt. Festnetz abweichende Mobilfunkpreise)

MEDIGREIF Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm $Kulmstr.\ 9\cdot 17424\ Ostseebad\ Heringsdorf\cdot Tel.:\ o38378\ 59\cdot 109\ E-Mail:\ info@kulm.medigreif-inselklinikum.de\cdot www.inselklinikum.de\cdot www.inselklinik$



Privat-Sanatorium Saller

Reha-Klinik für innere Medizin und Orthopädic

staatlich anerkannt (§30), beihilfefähig

Oberer Kirchweg 3, 79410 Badenwei er Telefon (07632) 7570, Tax (07632) 75781 F-Mail: infn@) privat-sanatorium-sallor.do www.privat-sanatorium-Saller.de

Über 70 Jahre Erfahrung in ganzheitlicher Medizin

Privatklinik Eberl BAD TÖLZ

Alle Zulassungen für Sanatoriums- und stationäre Maßnahmen: Psychosomatik / Burn-Out Orthopädie

- Innere Medizin · modernste Diagnostik und Therapie
- großer Fitnessraum, Sauna, Dampfbad
- Thermal-Schwimmbad (31-32°C)

Kostenträger: Beihilfe und private Krankenkassen



Buchener Straße 17 D - 83646 Bad Tölz

Telefon: 08041.78 72-0 Fax: 08041.78 72-78 info@privatklinik-eberl.de www.privatklinik-eberl.de "Es gibt einfache, preiswerte individuelle und gemeinschaftliche Maßnahmen, wie Menschen in den Entwicklungsländern mit sauberem Wasser versorgt werden können." (C.H. Brundtland, Generaldirektorin der WHO)

Mit Projekten und Aktionen setzen wir uns für die Versorgung der Benachteiligten ein. Wasser ist mehr als Bewässerung. Die Freude an dieser Gottesgabe ist teilbar, mitteilbar und macht ehrfürchtig



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de ... wieder Atem schöpfen

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Psychotherapie, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als "Gemischte Einrichtung" die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Kündigung bei fahrlässigem Verstoß gegen arbeitsvertragliche Verpflichtungen:

Ungerechtfertigt

Der Arbeitnehmer und Kläger ist angestellte Servicekraft in einem großen Unternehmen der Deutschen Bahn. Zu seinen Pflichten gehörte es, die getätigten Verkäufe von Genussmitteln zu bonieren und dem Kunden vor der Bezahlung den Bon als Rechnung herauszugeben. Wegen besonders hektischer Umstände am Tattag vergaß der Kläger die Bonierung eines Getränks im Wert von 2,80 Euro. Der Arbeitgeber kündigte hierauf verhaltensbedingt.

Als Mitglied einer dbb Gewerkschaft und mit Rechtsschutzhilfe des dbb Dienstleistungszentrums Ost klagte der Arbeitnehmer gegen diese verhaltensbedingte Kündigung und bekam Recht, so das Urteil des Arbeitsgerichts Berlin (AZ: 38 Ca 12276/12) vom 17. Januar 2013. Zwar verstieß der Kläger gegen seine arbeitsvertraglichen Pflichten, dies jedoch nur fahrlässig. In dieser Konstellation spreche viel dafür, dass der Pflichtverstoß auf einem Fehler beruhe, der jedem Menschen einmal unterlaufen könne.

Für diese Annahme, dass es sich um ein Fehlverhalten han-



delte, dass jedem Menschen einmal unterlaufen könne, spricht auch der Umstand, dass die Beklagte bei der notwendigen Betriebsratsanhörung ausgeführt habe, dass der Kläger ansonsten "gute und engagierte Arbeit leiste". Fazit: Nicht jeder Verstoß gegen arbeitsvertragliche Pflichten rechtfertigt eine sofortige verhaltensbedingte Kündigung. ak

> Inf

Der dbb gewährt den Einzelmitgliedern seiner Mitgliedsgewerkschaften berufsbezogenen Rechtsschutz. Zuständig dafür sind die Juristen in den dbb Dienstleistungszentren in Berlin, Bonn, Hamburg, Nürnberg und Mannheim. Das dbb magazin dokumentiert den "Fall des Monats".

Zurück ins Leben

Hilfe bei Depressionen, Sucht, Burn-out und Angsterkrankungen



Beratung und Information (kostenfrei)

0800 32 22 322

Wir bieten schnelle und nachhaltige Hilfe durch hochintensive und individuelle Therapien für Privatversicherte und Beihilfeberechtigte. Im Vordergrund des Heilungsprozesses steht das emotionale Profil und der achtsame Umgang mit den inneren Ressourcen unserer Patienten. Die Kliniken haben einen hervorragenden Ausstattungsstandard. Eine Sofortaufnahme ist jederzeit möglich – auch im akuten Krankheitsstadium. Wir unterstützen Sie bei der Klärung der Kostenübernahme.





www.oberbergkliniken.de

Die Standorte: Berlin/Brandenburg, Schwarzwald, Weserbergland

Polyneuropathie Quälende Schmerzen Taube Füße Unruhige Beine Bei einer Polyneuropathie (PNP) kommt es zu einem Absterben der langen Ner Klinik am Steigerwald Chinesische Medizin und biologische Heilverfahren Patienteninformationstage in der Klinik am Steigerwald Polyneuropathie und Restless Legs Sa. 26. Okt. 2013

Jeweils 11.00 Uhr bis ca. 17.00 Uhr. Kosten 25 Euro incl. Mittagessen, Getränke und Tagungsmappen Vortrag von Chefarzt Dr. Schmincke, ehemalige Patienten berich-

Sa. 23. Nov. 2013

ten über ihre Erfahrungen. Anmeldung ist erforderlich unter Tel. 0 93 82 / 949-207

Chinesische Medizin und biologische Heilverfahren für mehr Gesundheit

- Beihilfefähigkeit
- Kostenübernahme durch Privatversicherungen

ven, meist in den Beinen.

geht oft mit dem Restless

Legs Syndrom (unruhige

Beine) einher. Nicht nur

Diabetiker sind betroffen.

Die Chinesische Medizin

kann hier gut helfen.

Die Nervenerkrankung

Akutaufnahme ist möglich

Informationen über Behandlung und Ergebnisse bei PNP:

www.tcm-studie.de www.polyneuropathie-tcmklinik.de Bitte sprechen Sie uns auf Ihr individuelles Krankheitsbild an. Wir beraten Sie gern.

Klinik am Steigerwald Waldesruh 97447 Gerolzhofen **Tel.09382 /949-0**

Berufs- und Dienstunfähigkeit:

Das Risiko wird unterschätzt

Die Arbeitskraft zu verlieren, ist für viele unvorstellbar. Gerne wird das Risiko verdrängt. Jedoch machen mehr als 400 000 Menschen jedes Jahr diese Erfahrung. Jeder dritte Beschäftigte im öffentlichen Dienst erreicht die gesetzliche Altersgrenze nicht. In neun von zehn Fällen durch Krankheit. Dr. Alexander Schrader, Geschäftsführer des dbb vorsorgewerk, beantwortet die wichtigsten Fragen.

Nur jeder vierte Haushalt ist ausreichend abgesichert für den Fall, dass die Gesundheit das Erwerbsleben vorzeitig beendet. Gehen die Menschen einfach davon aus, dass es immer nur die anderen trifft?

Das Risiko und die finanziellen Konsequenzen werden oft unterschätzt. Wer vital und fit seine Laufbahn beginnt, macht sich selten Gedanken darüber, dass ein Schicksalsschlag schon morgen die Laufbahn beenden könnte. Dabei trifft es den besonders hart, der in jungen Jahren in diese Situation kommt. Aber auch später, wenn eine Familie zu versorgen und finanziellen Verpflichtungen nachzukommen ist: Ohne private Absicherung kann der Einschnitt sehr hart ausfallen.

Was heißt es denn konkret, erwerbsunfähig zu werden – abgesehen von den persönlichen Folgen?

Je früher es einen trifft, desto schwerwiegender sind auch die finanziellen Folgen. Denn erst nach fünf Jahren im Beruf haben Arbeitnehmer Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente. Diese sichert jedoch nicht die finanzielle Existenz. Denn die volle Rente beträgt – vorausgesetzt, Sie können nur noch weniger als drei Stunden arbeiten, auch in keinem

anderen Beruf – etwa 30 bis 36 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Dasselbe gilt für Beamte auf Widerruf und Beamte auf Probe, denn sie werden bei Dienstunfähigkeit aus dem Dienst entlassen und in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Nur hei einem Dienstunfall erhalten Beamte auf Probe ein Ruhegehalt. Daher ist es so wichtig, sich möglichst vom ersten Arbeitstag an abzusichern. Wer auf Lebenszeit verbeamtet ist, steht etwas besser da und wird in der Regel in den Ruhestand versetzt. Dann greift wenigstens die Mindestversorgung von derzeit circa 1400 Furo.

In den meisten Fällen reichen aber auch die Leistungen nicht aus, um den Lebensstandard zu halten.

Mal ist von Berufs-, mal von Dienstunfähigkeit die Rede. Zwei Begriffe für ein und dasselhe?

Nein, es gibt wichtige Unterschiede. Schon eine längere vorübergehende Erkrankung kann bei Beamten zur Entlassung oder zur Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit führen. Daher ist es für sie auch wichtig, sich gegen dieses Risiko abzusichern. Eine Berufsunfähigkeitsversicherung würde in einigen Fäl-



len trotz Entlassung oder vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand nicht greifen. Nur mit einer Dienstunfähigkeitsabsicherung sind Beamte auf der sicheren Seite. Für Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist hingegen die Absicherung des Berufsunfähigkeitsrisikos existenziell. Für den Fall, dass Sie nicht mehr arbeiten können, erhalten Sie heute nur noch die geringen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung und Zusatzversorgung ZVK/VBL bei Erwerbsminderung. Das heißt, Sie müssen schlagartig mit weniger Geld auskommen.

Nun ist ja ein Polizeibeamter stärker körperlich gefordert als ein Beamter in der Verwaltung. Was bedeutet das für die Absicherung?

Ein Polizist hat durch seinen körperlichen Einsatz eine erhöhte Gefahr, sich zu verletzen. Aber auch der Anspruch an seine Konstitution ist höher. Ist eine Knieverletzung im Verwaltungsdienst unkritisch, macht sie den Polizisten unter Umständen untauglich für den Einsatz. Hier greift die sogenannte "Spezielle Dienstunfähigkeit" oder "Polizeidienstunfähigkeit", die für uniformierte Beamte entscheidend ist. In den über das dbb vorsorgewerk und seinem Partner, der DBV Deutsche Beamtenversicherung, abgeschlossenen Policen wird das berücksichtigt.

Worauf sollte man achten, wenn man sich vor den finanziellen Risiken der Erwerbsunfähigkeit schützen will?

Lassen Sie sich von einem Experten beraten!

Für Dienstanwärter ist entscheidend, dass sich ihr Schutz an die verschiedenen Abschnitte der Beamtenlaufbahn anpassen lässt. Die Dienstanfänger-Police über unseren Partner DBV ist auf diesen Bedarf zugeschnitten und kombiniert darüber hinaus den Dienstunfähigkeitsschutz mit dem Einstieg in die Altersvorsorge. In Kooperation mit der DBV bietet das dbb vorsorgewerk mit der Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung eine hervorragende Absicherung an. Im Fall der Fälle zahlt sie die vereinbarte monatliche Rente.

Mein Tipp: Profitieren Sie als dbb Mitglied bei einem Abschluss über das dbb vorsorgewerk von bis zu 5,5 Prozent Beitragsvorteil. Mehr Informationen gibt's im Internet unter www.dbb-vorsorgewerk.de oder bei unserer Kundenbetreuung.

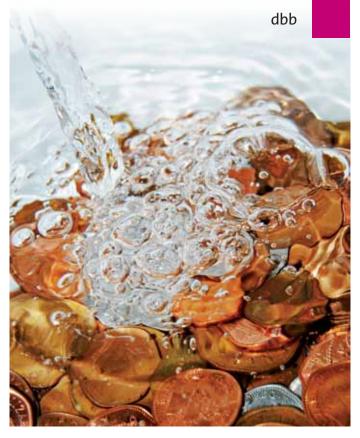
> Info

Die Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk ist montags bis freitags in der Zeit von 8 bis 18 Uhr unter 030.4081-6444 für Sie da.

Geldwäsche

Wer mag schon gerne Schwarzgeld? Niemand! Deswegen ist die Geldwäsche seit einiger Zeit besonders en vogue, und die Hilfsmittel für diesen hygienischen Akt kann mittlerweile jedermann in gut sortierten Shops oder via Internet erwerben. Einfache Geldwäschegeräte gibt es bereits für schlappe 20 Euro, wer aber auf ein Profigerät mit Multi-Ultraschall-Frequenz und zuschaltbarer Heizung zurückgreifen will, muss dafür schon einige Tausender hinblättern. Aber die Ergebnisse können sich sehen lassen, darin gewaschenes Geld – bitte keine Scheine, sondern ausschließlich Münzen einfüllen – sind nicht mehr als Schwarzgeld zu erkennen, sondern glänzen wieder wie neu.

Und das Ganze ist vollkommen legal, sodass sich die Fahnder der Finanzverwaltung nicht die Bohne um diese hobbymäßig betriebenen Schwarzgeldwäschereien kümmern. Sie haben ohnehin mit der Jagd auf die Hechte im Geldwäsche-Karpfenteich alle Hände voll zu tun. Woran es allerdings hapert, sind die Fangnetze, deren Maschen eindeutig zu weit geknüpft sind, um der Lage tatsächlich Herr zu werden. Mehr Fahnder könnten die Maschen leicht enger knüpfen, aber diese Erkenntnis dringt nicht zu den Politikern durch. Offenbar fürchten sie, dass es diesen Spezialisten gelingen könnte, die Geldwäschekarpfen ein für allemal aus den Teichen zu fischen und der illegalen Bereicherung auf Kosten der



Allgemeinheit ein Ende zu setzen. Und das wäre schrecklich und dem Steuerzahler nicht zumutbar. Dann hätten die Spezialisten ja nichts mehr

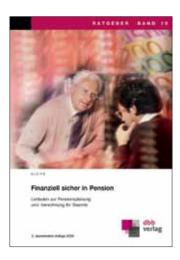
zu tun und drehten auf Staatskosten Däumchen. Das können verantwortungsbewusste Volksvertreter nun wirklich nicht zulassen ... sm

MEHR WISSEN ALS ANDERE. BESTELLEN SIE JETZT.

Finanziell sicher in Pension: Viele Informationen für wenig Geld

Der Inhalt im Überblick:

- Individuelle Ruhegehaltsberechnung
- Muster einer Pensionsauskunft
- Zusätzliche private Altersvorsorge
- Steuerliche Förderung
- Checklisten und Beispiele
- Erläuterung versorgungsrechtlicher Fachbegriffe



Was Sie davon haben:

Sinkende Ruhegehaltssätze machen es auch für Beamte zunehmend erforderlich, rechtzeitig über Versorgungslücken und zusätzliche Altersvorsorge nachzudenken. Der Ratgeber unterstützt in kompakter Form sowohl jüngere als auch pensionsnahe Beamte bei der Berechnung des individuell zu erwartenden Ruhegehalts und bei der Planung ergänzender privater Vorsorge: praxisnah und mit zahlreichen Beispielen.

So bestellen Sie ganz einfach:

Sie können mit nebenstehendem Bestellcoupon per Post oder Fax bestellen. Oder Sie teilen uns Ihren Wunsch per E-Mail oder über Internet mit

205 Seiten € 9,90*

ISBN: 978-3-87863-151-4 * zuzügl. Porto und Verpackung



INFORMATIONEN FÜR BEAMTE UND ARBEITNEHMER

> dbb verlag gmbh Friedrichstraße 165 10117 Berlin

Telefon: 030/7261917-0 Telefax: 030/7261917-40 E-Mail: Kontakt@dbbverlag.de Internet: http://www.dbbverlag.de

Jetzt für € 9,90 erhältlich!

BESTELLCOUPON	Zuschicken oder faxen
Exemplar/e "Finanziell sicher	in Pension"
Verlagsprogramm	
Name	
Anschrift	
Datum/Unterschrift	



Während schnelle Internetverbindungen über die kabellose Übertragungstechnik WLAN in europäischen Flugzeugen bislang selten und im Auto quasi unmöglich sind, macht die Bahn mit dem Internet mobil. Bis Ende 2014 soll das gesamte ICE-Kernnetz der Bahn mit Internet in DSL-Geschwindigkeit ausgebaut werden. Im Juni 2013 machte ein großer Ausbauschritt weitere 1 500 Kilometer ICE-Strecke internetfähig, sodass Reisende jetzt in ausgewählten Zügen auf 3 000 Kilometern online gehen können, und das sogar bei 300 Kilometern pro Stunde.

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Deutschen Telekom AG realisiert. Ab sofort steht der Service auf fünf neuen Strecken in allen mit dem HotSpot-Logo gekennzeichneten ICE zur Verfügung. Derzeit sind 90 ICE-Züge mit der notwendigen Empfangstechnik ausgestattet, bis Ende des Jahres werden es 180 von geplant rund 255 ICE-Zügen sein.

"Mit dieser Ausbaustufe machen wir beim Internetempfang im ICE einen großen Schritt nach vorn, da jetzt auch besonders stark nachgefragte Relationen wie Dortmund-Hannover-Berlin oder Frankfurt am Main-Nürnberg-München diesen Service bieten", sagt Ulrich Homburg, DB-Vorstand Personenverkehr. Bis Anfang 2014 soll das 5 200 Kilometer lange ICE-Kernnetz, auf dem rund 98 Prozent der ICE-Verkehrsleistung erbracht werden, für den Internetempfang ausgerüstet sein. Die Umrüstung der ICE-Flotte zu rollenden HotSpots soll bis Ende 2014 weitestgehend abgeschlossen sein.

Vernetztes Leben auf der Schiene

"Viele Bahnreisende wollen mit ihrem Smartphone, Tablet oder Notebook zu jeder Zeit online gehen. Der Ausbau des ICE-Kernnetzes ermöglicht es immer mehr Reisenden, auch bei Tempo 300 drahtlos im Internet zu surfen, E-Mails zu verschicken oder Dokumente in der Cloud zu bearbeiten", sagt

Bruno Jacobfeuerborn, Technik-Geschäftsführer der Telekom Deutschland. "Indem wir den Ausbaustand in der Reisekette weiter schließen, kommen wir unserer Vorstellung des vernetzten Lebens und Arbeitens wieder einen Schritt näher."

Darüber hinaus wurde die Log-in-Seite für das Internet im ICE überarbeitet. Dort kann der Kunde auf einen Blick sehen, ob der Internetzugang verfügbar ist. Auch aktuelle Informationen zur Zugfahrt inklusive der Pünktlichkeitsanzeige sind jetzt abrufbar.

Technisch waren Smartphone-Nutzer auch bisher schon in der Lage, im Zug online zu gehen. Aber eben über den jeweiligen Mobilfunkanbieter, und nicht über ein fest installiertes

> Info

Die neuen Internetstrecken der Bahn

Hamburg-Berlin, Frankfurt am Main-Nürnberg-München, Dortmund-Hannover-Berlin, Göttingen-Wolfsburg und Fulda-Würzburg.

Alle Informationen über die Internetnutzung im ICE gibt es unter www.imICE.de.

WLAN-Netz im Zug. Tunnel und Funklöcher als Internetbremse gehören damit der Vergangenheit an. Die rollenden HotSpots stehen dabei sowohl Telekom-Kunden als auch Reisenden ohne Telekom-Vertrag zur Verfügung. Die Telekom betreibt bundesweit mehr als 12 000 HotSpot-Standorte. Weltweit sind es rund 50 000.

Für manche Kunden kostenlos

Zugreisende, die noch kein Telekom-HotSpot-Kunde sind, können ihren HotSpot-Pass direkt über das Internetportal des ICE kaufen, in dem sie sitzen. Aktuell kostet der Zugang für 24 Stunden 4,95 Euro und beschränkt sich nicht auf die Nutzung im ICE.

Manche Mobilfunktarife der Telekom enthalten bereits eine HotSpot-Flatrate, die natürlich auch auf den ICE-Strecken der Bahn nutzbar ist. Ebenso haben Kunden des Festnetzanschlusses "Call & Surf Complete Plus" bereits eine HotSpot-Flatrate inklusive und müssen sich im Zug lediglich anmelden. Ihnen entstehen für die Internetnutzung im ICE keine zusätzlichen Kosten.

Nutzer mit Tarifen ohne Hot-Spot-Flatrate können alterna-



tiv zum 24-Stunden-Pass auch das Basic-Paket nutzen, was mit Kosten von 0,09 Euro pro Minute allerdings deutlich teurer ist.

Was die Preisgestaltung betrifft, sind einige unserer europäischen Nachbarn allerdings weiter: In den Niederlanden, Österreich oder Tschechien surfen Bahnkunden zum Beispiel kostenlos. Passagiere der ersten Klasse können im belgisch-französischen Hochgeschwindigkeitszug "Thalys", der von Paris nach Brüssel, Amsterdam und Köln fährt, das Internet ebenfalls kostenlos nutzen. br

dbb Internetauftritt:

Die Barrieren fallen

Speziell für Menschen mit Sehbehinderung oder Leseschwäche hat der dbb seinen Internetauftritt überarbeitet und um innovative Funktionen erweitert. Neben der Integration einer Vorlesesoftware auf der dbb Homepage wurden auch die Online-Ausgaben des dbb magazins für Leseprogramme kompatibel gemacht.

Alle wichtigen Artikel auf der dbb Seite sind ab sofort mit der neuen Vorlesefunktion ausgestattet, ohne dass Nutzer eigene Software installieren müssen. Nach dem Mausklick auf den Artikel-Link der dbb Startseite steht die Funktion in der Dachzeile zur Verfügung. Eine Frauenstimme liest den betreffenden Artikel mit natürlichem Lesefluss klar und verständlich vor. Auch ein teilweises Vorlesen der Texte ist möglich. Dazu müssen Textteile lediglich markiert werden. Die Sprachdateien zu den Artikeln können zudem kostenfrei als MP3-Dateien heruntergeladen und auf dem eigenen PC zum späteren Anhören archiviert werden.

Um die Bedienung des Lese-Players zu erleichtern, wurden entsprechende Tastaturkürzel hinterlegt, so dass auch eine Bedienung ohne Maus möglich ist:

- > Umschalt+S: Player starten
- > Umschalt+P: Pause/Starten der Wiedergabe
- > Umschalt+H: Wiedergabe anhalten

- > Umschalt+N: Vor
- > Umschalt+B: Zurück
- > Umschalt+W: Player schließen

dbb magazin

Auch die PDFs der beliebten "Blätter-Ausgaben" des dbb magazins, die bereits viele Komfortfunktionen bieten, wurden für den Einsatz privater Vorlesesoftware kompatibel gemacht: Sehbehinderte benutzen in der Regel eigene Programme zum Vorlesen von Internettexten, für deren erfolgreichen Einsatz die Internetseiten entsprechend aufbereitet werden müssen, damit der Lesefluss stimmt. So wurden die Inhaltsverzeichnisse in den beiden dbb Publikationen voll verlinkt und einzelne Artikel im Hintergrund als solche markiert. Darüber hinaus werden Bilder ab sofort immer mit beschreibenden Zusatzinformationen versehen, die Vorleseprogramme automatisch erkennen

Der dbb erfüllt damit nicht nur einen lang gehegten Wunsch



der dbb Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, sondern versteht sich ebenso als Verfechter von mehr Barrierefreiheit im Internet, die besonders auf gesellschaftspolitisch relevanten Seiten bisher noch nicht immer gegeben ist. bi

> Web-Tipp

Zoll-App für Urlauber

Urlaubszeit – Souvenirzeit. Darf ich 200 oder doch 800 Zigaretten abgabenfrei mit nach Hause nehmen? Wie sieht es mit der Uhr aus, die im Urlaubsland so viel billiger ist als zu Hause? Ist es erlaubt, ein Tier mit nach Deutschland zu nehmen? Was kostet es, wenn ich die Freimenge überschritten habe? Antworten auf diese und viele weitere Fragen gibt die App "Zoll und Reise" des Bundesfinanzministeriums. Sie informiert Bürgerinnen und



Bürger zielgenau über Zollbestimmungen, damit es bei der Einreise nach Deutschland nicht zu Problemen kommt. Mit der App für IOS und Android lässt sich schnell und einfach herausfinden, welche Waren bei der Einreise nach Deutschland erlaubt sind und von welchen Souvenirs Urlauber lieber die Finger lassen sollten. Ein Freimengenrechner zeigt zudem, was abgabenfrei nach Deutschland mitgebracht werden kann. Neu berechnet die App nun bis zu einem Warenwert von 1 130 Euro auch die Einfuhrabgaben, die der Reisende bezahlen muss, wenn die Freimenge überschritten ist. Damit lässt sich bereits im Urlaubsland ausrechnen, ob sich ein Kauf im Ausland überhaupt lohnt. Die App ist im Apple-App-Store und im Google-Play-Store kostenlos erhältlich und benötigt zur Vermeidung von Roaming-Gebühren keine Internetverbindung.

> BBW

Protestdemo: Sparorgien beenden

Der BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg hat die Landesregierung aufgefordert, von der beabsichtigten um bis zu zwölf Monate verzögerten Anpassung der Beamtengehälter und Versorgungsbezüge Abstand zu nehmen.



Volker Stich, Vorsitzender des BBW Beamtenbund Tarifunion

Noch sei es Zeit, den Rückwärtsgang einzulegen, mahnte BBW-Chef Volker Stich am 29. Juni 2013 auf einer Protestkundgebung seiner Organisation in Stuttgart und verlangte unter dem Reifall von mehreren Tausend demonstrierenden Beamtinnen und Beamten ein Ende grün-roter Sparorgien zulasten des öffentlichen Dienstes. An den baden-württembergischen Ministerpräsidenten richtete Stich, der auch dbb Vize ist, den dringenden Appell: "Herr Kretschmann, geben Sie den Beamten, was ihnen zusteht: die Teilhabe an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung." Die für den 10. Juli geplante Verabschiedung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 durch die grün-rote Mehrheit im Landtag war der aktuelle Anlass für den Beamtenprotest. Doch der Ärger und Zorn. der die vielen Beamtinnen und Beamte aus dem ganzen Land veranlasst hatte, an ihrem freien Samstag nach Stuttgart zu kommen, basiere auch auf stetig neuen Spareingriffen im öffentlichen Dienst. Stich warnte, noch seien die Beschäftigten loyal. Es werde

aber einen sich verschärfenden Streit mit der Beamtenschaft geben, sollte Grün-Rot keine Kurskorrektur vornehmen.

> BDZ

Schlachthöfe: Zoll fordert mehr Kompetenzen

In der Debatte über den massenhaften Missbrauch von Werkverträgen in Schlachthöfen hat der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft eine Aufnahme der Fleischbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz sowie erweiterte Kontroll- und Ermittlungskompetenzen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) gefordert.



Klaus Hilger Leprich, Bundesvorsitzender des BDZ

Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wegen Schwarzarbeit gegen Unternehmen dieser Branche hatten dazu geführt, dass erneut skandalöse Zustände mit schwarz beschäftigten Leiharbeiterkolonnen aus Osteuropa, die Dumpinglöhne erhalten und unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten, aufgedeckt wurden. **BDZ-Bundesvorsitzender Klaus** H. Leprich: "Es handelt sich um ein Dickicht von legalen und illegalen Werkverträgen, mit denen in kriminellen Strukturen ein Vermögen verdient wird und am Ende der Kette eine menschenunwürdige Behandlung und Ausbeutung steht." Nur durch wirksame Kontrollund Ermittlungskompetenzen der FKS könne diesen Arbeitsbedingungen ein Ende bereitet werden.

> dbb berlin

Unzufrieden mit Besoldung

Unzufriedenheit mit der geplanten Besoldungserhöhung für Berliner Beamte hat der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit zum Ausdruck gebracht.



> Frank Becker,
Vorsitzender des dbb berlin

Die vorgesehene Erhöhung von jeweils 2,5 Prozent für die Jahre 2014 und 2015 sei nicht perspektivisch ausgerichtet und bedeute noch nicht einmal andeutungsweise eine Angleichung an den Bundesdurchschnitt bis zum Jahre 2017. Auch wäre es aus der Sicht des dbb berlin zwingend notwendig gewesen, die Besoldungserhöhungen nicht jeweils zum 1. August, sondern bereits zum 1. Januar zu beschließen – wie im Tarifbereich auch. Zu Beginn seines Antrittsbesuchs hatte Becker Wowereit versichert, dass sich der dbb berlin auch weiterhin konstruktiv und kritisch zu Themen des öffentlichen Dienstes zu Wort melden und das Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister suchen werde. Wowereit rechtfertigte die Besoldungspläne insbesondere mit Blick auf das Ergebnis des Zensus und der daraus resultierenden finanziellen Folgen für das Land. Der dbb berlin forderte eine Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten ein. So müsse die Jubiläumszuwendung, die seit 2003 nicht mehr an Beamtinnen und Beamte gezahlt wird, während

diese für die Tarifbeschäftigten weiter im Tarifvertrag verankert ist, wieder eingeführt werden.

> dbb m-v

Nachbesserungen nötig

Die Dienstrechtskommission des dbb mecklenburg-vorpommern hat am 10. Juni 2013 die Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Besoldungs-, Beamtenversorgungsund Amtsbezügen für die Jahre 2013, 2014 und 2015 abschließend beraten. Der dbb m-v verurteilte die geplante Abkopplung der Besoldung von der allgemeinen Einkommensentwicklung.



Dietmar Knecht, Vorsitzender des dbb mecklenburg-vorpommern

Darüber hinaus kritisierte der dbb Landesbund den im Jahr 2015 vorgesehenen Besoldungsschritt, der auf zwei Prozent festgesetzt wird, ohne die dazugehörige üblicherweise vorgeschaltete Tarifrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder abzuwarten. Gefordert wurden deutliche Nachbesserungen.

> VBE

Kooperationsgebot statt Hahnenkämpfe

"Es muss endlich Schluss sein mit den Hahnenkämpfen von Bund und Ländern im Bildungsbereich." Das hat der Bundesvorsitzende des Verbandes

Lesenswertes vom dbb verlag empfohlen

Übungen für folgerichtiges Denken



Anzahl: ____

Der große Logiktrainer

Mit den über 300 vertrackten Aufgaben und Rätseln, die das Buch bietet, kann jeder sein logisches Denkvermögen Schritt für Schritt erweitern. Denn die Fähigkeit, logische Schlussfolgerungen zu ziehen, ist nicht etwa eine angeborene Gabe, sondern in erster Linie eine Frage der Schulung des Denkapparates. Folglich sind die Übungen, u. a. zu Sprache, mathematischem Verständnis und Kreativität, auch so aufgebaut, dass die Schwierigkeitsgrade in insgesamt fünf Stufen allmählich anwachsen. Die Lösungen der Aufgaben und ihre Erläuterungen am Ende des Buches zeigen, ob Sie mit Ihren Überlegungen richtiggelegen haben oder nicht.

320 Seiten, brosch., Bertelsmann Lexikon, 7,99 €

Erzählungen unter dem Sonnenschirm zu lesen



Anzahl: ____

Endlich Sommer!

Der langersehnte Sommer ist da, mit ihm Sonne, Ferien und auch die passende Lektüre. Mit Geschichten über Bikinischönheiten, Strandwächter, Segelpiraten und versteckte Liebesbotschaften unterhalten u. a. Doris Dörrie, Martin Suter, F. Scott Fitzgerald und Stefan Zweig. Zu Wandertagen in Südfrankreich entführt Kurt Tucholsky den Leser, Bernhard Schlink widmet sich der ungewöhnlichen Inszenierung eines "letzten Sommers" und Zsuzsa Bank beschreibt ein bewegendes Eintauchen in eine Familiengeschichte.

267 Seiten, brosch., Diogenes, 9,90 €

Deutsche Helden privat



Anzahl: ____

Oliver Welke, Dietmar Wischmeyer Frank Bsirske macht Urlaub auf Krk

77 deutsche "Helden" der Gegenwart, die zwar quicklebendig aber dennoch irgendwie gefallen sind, werden in dem Buch aufs Korn genommen. Die Erwählten können nach Ansicht der Autoren als "Projektionsfläche all der Samstagabendgriller, Fahrradhelmträgergestelle und Leserbriefbescheidwisser gelten, deren Reservat Deutschland heißt". Dass Frank Bsirske es sogar bis in den Titel geschafft hat, ist wohl weniger seinen Reisegewohnheiten als der vokalarmen Lautmalerei zu verdanken. Alles andere als zimperlich geht es auch sprachlich zu, wenn "heute-show-Sprecher" Welke und Schwarzbuch-Kolumnist Wischmeyer in fiktiven Momentaufnahmen aufdecken, wie die deutsche Prominenz wirklich tickt.

318 Seiten, brosch., Rowohlt Berlin, 16,95 €

Wie man Selbstdarsteller entzaubert



Anzahl: ____

Roman Maria Koidl Blender Warum immer die Falschen Karriere machen

Koidl entschlüsselt Tricks und Methoden von Blendern, Schaumschlägern und Intriganten, gegen die leider nur allzu häufig kompetente und engagierte Mitarbeiter das Nachsehen haben. Betroffen sind vor allem Frauen, wenn Männer mit oft inhaltsleerer Rhetorik und Körpersprache Führungsansprüche durchsetzen, oder schlimmer noch – wenn sie selbst zu Steigbügelhalterinnen der Blender werden. Sieben Strategien, so der Autor, versprechen gegen Manipulation, Mobbing und Seilschaften Erfolg.

222 Seiten, brosch., Hoffmann und Campe, 16,99 €

Spielerische Entdeckung in der Natur



Anzahl: ____

Datum/Unterschrift

Veronika Straass Mit Kindern die Natur entdecken 88 Ideen für Spiel und Spaß rund ums Jahr

Die Natur mit allen Sinnen erleben zu können, ist insbesondere für Großstadtkinder schon lange nicht mehr selbstverständlich. Dabei ist der Umgang mit Pflanzen und Tieren, mit Natur und natürlichen Dingen für die Menschenseele heilsam und anregend. Außerdem macht Natur Spaß, besonders wenn sie so spielerisch erlebt werden kann, wie es die Autorin mit Klettenball, Schatzsuchen im Heu, Blattmemory und anderen Basteleien, Beobachtungen und Experimenten anregt. Geeignet sind ihre auf die Jahreszeiten abgestimmten Vorschläge für Kinder von 4 bis 12 Jahren.

127 Seiten, brosch. mit vielen farbigen Abbildungen, BLV Buchverlag, 14,95 €

Charmante Liebesgeschichte mit Pariser Flair



Anzahl: ____

Nicolas Barreau Das Lächeln der Frauen

Das Lächeln der Frauen ist eine humorvolle und bezaubernde Liebesgeschichte, die in der klassischen Stadt der Liebe spielt. Und die Schilderungen von Paris und seiner winterlichen Atmosphäre sind es auch, die neben der romantischen und teils sehr witzigen Handlung den besonderen Charme des Buches ausmachen. Erzählt wird die Geschichte übrigens parallel von den beiden Protagonisten Aurélie und André, die in das amouröse Verwirrspiel verstrickt sind, was immer wieder für komische Effekte sorgt.

334 Seiten, brosch., Piper Taschenbuch, 9,99 €

Für unsere Leser versandkostenfrei!

Einfach diesen Bestellcoupon ausfüllen, die gewünschte Anzahl eintragen und per Post oder Fax unter 030 7261917-40 abschicken.

Widerrufsrecht: Diese Bestellung kann innerhalb von 14 Tagen ohne Begründung schriftlich widerrufen werden. Die Frist beginnt mit der Absendung dieser Bestellung. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Datum des Poststempels) des Widerrufs an: dbb verlag, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Name/Vorname	
Straße	
Stranc	
PLZ/Ort	





Friedrichstraße 165 • 10117 Berlin Telefon 030 7261917-0 • Telefax 030 7261917-40 E-Mail: kontakt@dbbverlag.de • www.dbbverlag.de Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, gefordert. Vor der Bundesratssitzung am 5. Juli 2013 sagte Beckmann: "Der VBE hält es für nötig, das Grundgesetz so zu erweitern, dass eine vernünftige Kooperation von Bund und Ländern auch zur Verbesserung der Qualität von öffentlichen Bildungseinrichtungen möglich wird.



Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des VBE

Das jetzt vom Grundgesetz abgedeckte gemeinsame Beobachten von Entwicklungen reicht nicht aus. Bund und Länder müssen die Gelder bündeln und gemeinsame strategische Bildungsziele inhaltlich verwirklichen." Das betreffe insbesondere die Umsetzung der Inklusion und den Ausbau der Ganztagsschulen.

> dbb schleswig-holstein

Schwitzer bleibt Landesvorsitzende

Anke Spitzer bleibt für eine weitere Amtszeit Chefin des dbb schleswig-holstein. Auf dem Landesgewerkschaftstag in Damp wurde sie am 18. Juni 2013 mit über 80 Prozent der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Die 60-Jährige ist seit 2001 Vorsitzende des nördlichsten dbb Landesbundes. Schwitzer bewies in der zurückliegenden Einkommensrunde Verhandlungsgeschick und erreichte nach einer monatelangen Auseinandersetzung mit der Landesregierung die inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auch für den

Beamtenbereich in Schleswig-Holstein, erklärte der dbb Landesbund in einer Mitteilung.



Anke Schwitzer, Vorsitzende des dbb schleswig-holstein

In ihrer neuen Amtszeit stehe die Umsetzung einer tief greifenden Strukturreform des dbb schleswig-holstein an, die veränderten gesellschaftlichen Strukturen und immer neuen Anforderungen im öffentlichen Dienst insbesondere durch Arbeitsplatzabbau, Attraktivitätsverlust und die Folgen der Schuldenbremse Rechnung tragen soll. Dem verkleinerten Vorstand um Schwitzer gehören künftig Kai Tellkamp als erster Stellvertreter, Thorge Erdmann als Schatzmeister sowie Nils Jessen für den Fachbereich Beamtenpolitik und Ludwig Klemm für den Bereich Tarifpolitik an. In der öffentlichen Veranstaltung zum Gewerkschaftstag würdigte Ministerpräsident Torsten Albig die Leistungen des öffentlichen Dienstes, ohne den es kein zukunftsfähiges Schleswig-Holstein geben könne.

> DBB NRW

Zur Klage aufgefordert

Der DBB NRW hat am 25. Juni 2013 gemeinsam mit dem Richterbund NRW und der Verwaltungsrichtervereinigung NRW die Fraktionen von CDU, FDP und Piratenpartei im Düsseldorfer Landtag aufgefordert, die Verfassungswidrigkeit des noch als Entwurf vorliegenden Besoldungsanpassungsgesetzes vor dem Verfassungsgerichtshof NRW geltend zu machen. In Schrei-

ben an die drei Fraktionsvorsitzenden wird darauf verwiesen, dass sich die Sachverständigen in der öffentlichen Anhörung zum Besoldungsanpassungsgesetz am 18. Juni in ihrer Ablehnung des Entwurfs einig waren. Nur der Bund der Steuerzahler hatte die vorgesehenen Einsparungen begrüßt. Die Verfassungsrechtler Prof. Ulrich Battis und Prof. Kyrill Schwarz waren zu der Einschätzung gelangt, der Entwurf sei verfassungswidrig.



Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW

Zudem forderte der DBB NRW die Beamtinnen und Beamten auf, auch die vom Kreisverband Köln gestartete Online-Petition gegen die Besoldungspolitik der NRW-Landesregierung zu unterstützen.

> DPhV

Abitur-Pleite: Bessere Kontrollen nötig

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat nach der Abitur-Pleite eines kompletten Jahrgangs an der privaten Fachoberschule in Schweinfurt eine gewissenhaftere Kontrolle durch Behörden angemahnt. Der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 1. Juli 2013) sagte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger, die 2011 gegründete Privatschule sei "blauäugig" in eine Totalkatastrophe für die betroffenen 27 Schüler geschlittert. Alle 27 Schüler fielen durch das Fachabitur. Die Eltern bereiten eine Klage vor und wollen, dass die Schule schließt. Daran sei

das Kultusministerium nicht unschuldig. Es sei ein Missstand, dass die staatliche Aufsicht meist bei der Genehmigung einer Privatschule ende.



Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV

"Ist eine Schule erst einmal genehmigt, muss sie kaum noch Rechenschaft ablegen und ist weitgehend einer öffentlichen Kontrolle entzogen", sagte Meidinger.

> DSTG

Mehrbelastung durch Selbstanzeigen

Eine massive Mehrbelastung sieht Thomas Eigenthaler, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), durch die Flut von Selbstanzeigen auf die Finanzbeamten zukommen.



Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der DSTG

Bei fast jeder Selbstanzeige würden inzwischen mehrere Aktenordner mit Bankunterlagen abgeliefert, so Eigenthaler, der auch stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, im Gespräch mit den "Stuttgarter Nachrichten" (Ausgabe vom 2. Juli 2013). "In jedem einzelnen Fall müssen die Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft werden." Dies sei eine komplexe,

Reise und Erholung

DEUTSCHLAND

Thüringen-Hohenwartestausee, Fewo ab 40,- EUR, Wohnzi., 2 Schlafzi., Küche, Du/WC, bis 4 Pers. Doris Pahlisch, 07338 Hohenwarte, Tel. 036733/30241

! Berlin!

Gemütl. App. f. 2 Pers., NR, im Tiergarten, Parkplatz vorh., Tel. 030/8821444

BERLIN: 2 preisg. City-Luxus-Fewos für 2 bzw. 4 Pers. ab 50 €/Tag/Whg. Tel. 07803/9267445, www.Berlincentral-Fewo.com

Rügen/Sassnitz, Komfort-FeWo, 2 Zi., Kü., Bad, Vollausstatt., 2–4 Personen, Tel./AB 03838/ 257062, E-Mail: Olaf.Schulz@t-online.de

Insel Rügen - Ferienwohnungen direkt am Wasser! Ruhig, sonnig, komfortabel, für 2–4 Personen, ab 45,–€, Fam. Jens, Putbus/Neuendorf, Tel. (038301) 60289, www.alte-bootswerft.de

Ferienhaus

2 Pers. www.bauernhofhoern.de, Tel. 04528/251

Nordsee/Friedrichskoog-Spitze

Ferienwohnungen und Häuser direkt am Meer, teilw. Fahrräder, teilweise WLAN, Frühbucherrabatt, Prospekte anfr. Tel. (04854) 1441

www.ingrid-lauritsen.de

Nordstrand Urlaub zwischen Sylt und St. Peter-Ording. 20 48 42 / 10 16
FT-Nordstrand.de Hausprospekt

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für 2-6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 www.rickerts.de

Nieblum/Föhr, gemütl. Fewo bis 3 P. keine Tiere, NR; 0174/4240347 oder 040/8703574 oder 04681/1665

SYLT - Westerland

und 3-Zimmer-FeWo, Tel. 02775/577592, www.yoursylt.de

Westerland/Sylt, 2 gemütl. Ferienwohnungen, 2 u. 4 Personen, 300 m Strandnähe. Tel. (040) 6476276 oder (04651) 23338

Nordsee, Nähe Carolinensiel, Pension Velber**, DZ, EZ, Komfort- & Familienzimmer, ab 34 €, Haustiere erlaubt, Freizeitprogramm, Fahrräder, ganziährig geöffnet, Tel. 04463/809970, www.pensionvelber.de

Größe Preis in €

Datum:

Urlaub an der Nordsee!

Schöne Ferienwohnungen und Appartements zu günstigen Preisen. Sie können bei Flut in der Nordsee und bei Ebbe im Freibad

baden, Sonnenbaden, Sandburgen bauen, Wattwandern Windsurfen oder die wunderschöne Umgebung mit dem

Fahrrad erschließen. Ganzjährig geöffnet. "Das Fischerhaus" • Roswietha Alts Robbenstr. 2 · 26506 Norddeich Tel. (04931) 81234 · Fax (04931) 8754

Nordseeinsel Borkum, gemütl. FeWo und App. 1-4 Pers. ab 25 €. Hund erlaubt. Tel. (04922) 3143. www.brueck-borkum.de

Lüneburger Heide

...da, wo sie am schönsten ist. Komfort. Fewos: Tel. 05827/970690 www.landhaus-am-tannhof.de

Rhön - Entspannen & Geniessen mitten in der Natur Entspannen Sie ir Jaser hauer Bade und Sauna-Landschaft Geniesser Se ursere Kulnarscha Spezialitäten. 120 Bellon-Hotel, 1 Kegelbsinnen, mod. Zl. m. DUWCTV, BALK Top. Angeton: 5 Tg. + IP (Menuvahil) ab 230 €. Hotel-Gasthof, "Zum Taufstein" 36148 Kalbach-Sparnof Tel.: 03742 - 2 50 Fax: 09742 - 15 53 www.zum-taufstein.de

Herzberg/Harz Ferienw. für 2 Pers. ab 35,- €, jede weitere Pers. 5,– €.

Tel. (05221) 3485

E-Mail: info@Haus-Wille.de

Mosel, 8 FeWo in Bernkastel-Kues, 1-3 Schlafz., 1-3 DU/WC, 2-8 P. Tel. (06531) 1421, www.mosel-ferien.de

MOSEL, Weingut Nähe Bernkastel, FeWo, 2-4 Pers. ab 48 €; DZ, DU/WC, Frühst. ab 48 €. Tel. 06535/1241, www.weingut-falkenburg.de

Moselurlaub · 54538 Kinheim

Zi. m. DU/WC, TV, 20,- bis 25,- €, inkl. Frühst., FeApp. 2 Pers. 35.- €. Parkplatz am Haus Tel./Fax (06532) 4976 www.reschke-kindel.de

Mosel/FeWo, 2-4 Pers., 2 Schlafz., Balk., Weinbau, Tel. 02671/91172, www.moselurlaub-kolb.de

Ernst/Mosel, FeWo, 2-4 Pers., Nähe Cochem. Balk., ruh. Lage. Tel. 02671/4374. www.goebel-ferienwohnung.de

MOSEL, FeWo für 2 Personen Moselblick, WLAN – Hausprospekt Tel. (06541) 81 0081, www.villa-mosel.de

83471 BERCHTESGADEN

Komforthotel, sonn. Lage, Balkonzimmer Nähe Mozartstadt Salzburg, Hallenbad, Whirlpool, Badegarten, Kneippanl., bequ. Wanderwege, U/F-Buffet p. P./Tag ab € 36,-/43,- FeWo 2 P. ab \$52,-/72,- p. Tag. ALPENHOTEL WEIHERBACH, Tel. 08652/97888-0,Fax97888-88, www.www.weiherbach.de.

Bodensee bei Überlingen, 2 komf. FeWos*** (je 2 E + 2 K), in ruh. Lage am Wald, herrl. Alpensicht, Tel., TV, Sauna, Spiel- und Liegewiese, Hausprospekt. Tel. (07554) 8733. www.ferienwohnung-hofele-bodensee.de

Böhmer- u. Bay. Wald, 93464 Tiefenbach, Landgasthof/Ferienhof, Zi. DU/WC, Fahrräd., UF 24 € – HP 31,50 € – Hs.-Prosp. – 4 Komf.-FeWo, Tel. 09673-205/-531, www.baretzer.de

Zellertal - Arberregion - Bayer. Wald: ÜF ab 20,- €! Auch HP, Komfortzimmer u. FeWos! Tel. (09945) 349, Fax 2353, www.zur-poschinger-huette.de



dbb verlag Unser Anzeigenteam 02102/74023-0

ÖSTERREICHI



Hotel Schrofenstein **** Familie Peter Völk A-6500 Landeck - Tirol - Österreich Tel 0043-5442-62395 · Fax 6 49 54-55 www.schrofenstein.at Die Wirtsleute Völk 4 Sterne und 150 Jahre Gastlichkeit

sind Garant für beste Qualität

Ganzjährig: Der zentralste Punkt für Ihre Ausflugsfahrten im Dreiländereck mit Südtirol und Schweiz mit interessanten Rundfahrten

Kommen Sie in das ganzjährig nebelfr. Oberland m. seiner eindrucksvollen Bergwelt

Sie planen derzeit Ihre Reise für Frühjahr, Sommer, Herbst oder Winter? Rufen Sie uns an! Wir senden Ihnen gerne Referenzschreiben von Reiseleitern zu!

SUPER-ANGEBOTE FÜR ADVENT UND WEIHNACHTEN ab 16 Pers. = **1 Freiplatz**; ab 33 Pers. = **2 Freiplätze**; ab 48 P. = **3 Freiplätze**! 🌋 Wir haben umgebaut und insgesamt 55 Zimmer mit Dusche / Wcl Alle Zimmer haben digitale Flachbildschirme und Gratis W-Lan bekommen

Gerne laden wir Sie zu uns ein und beraten Sie bei der Programmerstellung.

Unübertroffenes Preis-Leistungsverhältnis.

Für Sie wichtig...bei uns gibt's genügend EZ zum ger. Aufpreis WIR HALTEN WAS WIR VERSPRECHEN!



WIEN-PREISWERT

10 Minuten vom Westbahnhof, **FeWos** mit DU/WC, Küche, Sat-TV, Tel., WLan, ab 27,-€ pro Pers., **DZ** ab 22,-€ pro Pers.

Gally Apartments, A-1150 Wien Arnsteingasse 25, Tel. 0043/1/8929073, Fax 0043/1/8931028, www.gally.biz

FRANKREICH

Atlantikküste-Vendée, wunderschöne Ferienhäuser, strandnah, pers. ausgesucht. Tel. (02684) 958223 www.vendee.de www.vendee.de

TENERIFFA

Teneriffa-Fewos (2) f. bis 4 P. ab nur 50 €/Tag/Whg. Tel. 07803/9267445, www.Teneriffa-Fewo.com

MAURITIUS

Indischer Ozean – Mauritius Ex-Kollege vor Ort vermietet traumhaftes Apart-ment. <u>www.inseln-im-indischen-ozean.de</u>, Tel. 00230/7337559

Tirol, FeWo, 2-6 Personen oder DZ, Tel. (0043) 5246/6613, www.lechnerhof-tirol.com

VERSCHIEDENES



Anzeigen-Coupon für die Rubrik "Reise und Erholung"

Einfach ausfüllen und senden an: dbb verlag gmbh I Mediacenter I Dechenstr. 15 a I 40878 Ratingen I Fax 0 21 02/7 40 23-99 I E-Mail: b.urbanski@dbbverlag.de Haben Sie Fragen? Sie erreichen uns unter Telefon 0 21 02/7 40 23-7 12

(1-spaltig)	(sw)	
() ()	1 1	
8 mm	53,60	
11 mm	73,70	
13 mm	87,10	
16 mm	107,20	
18 mm	==0,00	All and a second a
	Die Mindestanzeigengroße betragt 8 i	Aillimeter. Die Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer.
Name		Firma
Straße		PLZ/Ort
Datum		Unterschrift
Bei Einz	zugsermächtigung abzüglich 2 % Skonto	(nur innerhalb der Bundesrepublik Deutschland)
Kontoinh	haber:	
Geldinst	titut:	Ort:
Bankleit	zahl:	
Kontonu	ummer:	

Unterschrift:

Mit Ihrer Anzeige erreichen Sie ca. 600.000 Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

Eine Buchung beinhaltet die Veröffentlichung im dbb magazin sowie in den Teilausgaben Aktiv im Ruhestand, BDZ magazin, BTB magazin, DJG magazin, DPVKOM Magazin, DSTG magazin, GDL Magazin VORAUS, GdS MAGAZIN, komba magazin, Profil, Polizeispiegel, Strassenwärter, vbb magazin und VBOB Magazin.

Δı	IC	בד	h٤	n

Α	usgaben
(b	itte ankreuzen)
] Januar/Februar
] März
] April
] Mai
] Juni
] Juli/August

□ Oktober

Rabatte 3 x 3 % 5 x 5 %

□ November □ Dezember 10 x 10 % umfangreiche und schwierige Tätigkeit. "Die Prüfung auf Vollständigkeit der Selbstanzeige ist eine Aufgabe, die von den Beschäftigten zusätzlich zu ihrem normalen Arbeitspensum bewältigt werden muss", machte Eigenthaler klar. In Zukunft könnte die Zahl der Selbstanzeigen noch einmal massiv ansteigen. "Mit dem derzeitigen Personalbestand wären die zusätzlichen Aufgaben aber nicht zu bewältigen", sagte Eigenthaler.

> SBB

Ausgewogen sieht anders aus

In der seit Monaten anhaltenden Diskussion um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die 30 000 sächsischen Landesbeamten hat sich der Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (SBB) erneut mit Kritik zu Wort gemeldet.



Gerhard Pöschmann, Vorsitzender des SBB

Dass die Übernahme des Tarifergebnisses nun zeitlich gestaffelt und somit erst ab April beziehungsweise September für dieses Jahr umgesetzt wird, ist "in keiner Weise ausgewogen und angemessen", stellte der SBB-Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann fest. "Durch die nach Besoldungsgruppen gestaffelte zeitliche Streckung erhalten die Beamten nur zwischen 65 und 85 Prozent der im Tarifvertrag erkämpften Leistungen. Und dies ist so nicht hinnehmbar, denn Sachsen spart seit 2011 allein durch die Streichung der Jahressonderzahlung für die Beamten 39 Millionen Euro jährlich ein."

> tbb

"Personalentwicklungskonzept Schulen"

Mit einem am 3. Juli 2013 unterzeichneten "Personalentwicklungskonzept Schulen" haben sich das Thüringer Bildungsministerium und die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen tbb und DGB auf eine langfristige Strategie zur Personalplanung an den Thüringer Schulen geeinigt.



Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb

"Die Zeit, in der man in Thüringen hinsichtlich des Personals im Bildungswesen aus dem Vollen schöpfen konnte und sich Gedanken um Möglichkeiten zum Abbau des Personalüberhangs machen musste, sind vorbei", stellte Helmut Liebermann, Vorsitzender des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb), fest. Man müsse sich Gedanken um geeignete Bedingungen zur Personalgewinnung und -entwicklung machen. Die Erarbeitung des "Personalentwicklungskonzepts Schulen" durch das zuständige Ministerium in Abstimmung mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden sei einer der notwendigen Schritte. Die heutige Situation an den Schulen sei durch nicht länger hinnehmbaren Personalmangel und daraus resultierenden Unterrichtsausfall gekennzeichnet, dem im Interesse der Kinder und Jugendlichen entgegengewirkt werden müsse. "Der Aufbau einer Vertretungsreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall ist ein einvernehmlicher Ansatz der Vereinbarungspartner

zur Lösung des Problems", so Liebermann.

> NBB

Tarifergebnis auch in 2014 übertragen

Der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) hat eine Übertragung des Tarifergebnisses für die niedersächsischen Beamten auch im kommenden Jahr gefordert. "Nur eine Erhöhung der Besoldung und Versorgung der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger unseres Landes und seiner Kommunen um 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014 würde von mutigem und weitsichtigem Handeln der Landesregierung zeugen", sagte NBB-Vorsitzender Friedhelm Schäfer am 1. Juli 2013. Selbst dann bleibe immer noch ein Besoldungsund Versorgungsrückstand von über acht Prozent, durch den der Landeshaushalt seit Jahren in dreistelliger Millionen-Euro-Höhe entlastet werde. "Wer also einen öffentlichen Dienst unseres Landes haben will, der

weiterhin einen Standortvorteil darstellt, darf nicht der Versuchung erliegen, erneut politische Ziele über die Geldbeutel der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger zu finanzieren.



 Friedhelm Schäfer, Vorsitzender des NBB Niedersächsischer Beamtenbund

Es gilt andere Wege zu suchen", so Schäfer im Vorfeld der Haushaltsklausur der Landesregierung. "Gute Verwaltung, gute Vermittlung von Bildung und gute staatliche Dienstleistungen setzen motiviertes Personal voraus. Eine erneute Nutzung des beamteten Personals als Geldquelle für die Umsetzung politischer Ziele motiviert maximal zum Widerstand gegen die Landesregierung."

> KURZ NOTIERT

BBB

Keine Sonderwege

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) lehnt Sonderwege einzelner Kommunen bei der Ausbildung von Beamten ab. Das machte der BBB-Vorsitzende Rolf Habermann klar und reagierte damit auf Aussagen des Münchner Personalreferenten Thomas Böhle. Böhle hatte mitgeteilt, angehende Beamte der Stadt München nicht mehr an der Beamtenfachhochschule in Hof ausbilden zu wollen. "Wir sind entsetzt über dieses Vorhaben", sagte Habermann am 20. Juni 2013. "Die Absicht, in München künftig eine eigene Ausbildung anzubieten, ist in keiner Weise nachvollziehbar."

DPolG

Polizeiliche Meisterleistung

Die Festnahme des mutmaßlichen Täters, der seit 2008 auf deutschen Autobahnen über 700 Schüsse auf fahrende Lkw abgegeben hat, ist nach Meinung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) ein Beispiel für erfolgreiche Polizeiarbeit. DPolG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte am 24. Juni 2013: "Ohne zu übertreiben war die Überführung des mutmaßlichen, geständigen Täters eine kriminalistische Meisterleistung." Überdies sei dies ein Beispiel für eine gut funktionierende länderübergreifende Zusammenarbeit der Polizei unter Koordinierung des Bundeskriminalamtes.

RkReÜAÜG



Die defekten Handschellen –

wird ein Zollbeamter aus Oberhausen so schnell nicht vergessen, denn zum einen musste er seinem Dienstherren erklären, warum ein Schloss aufgebrochen werden musste, und zum anderen wird er seine Freundin wohl kaum zu weiteren Fesselspielen bewegen können. Der Zollbeamte war spätabends auf einer Oberhausener Polizeiwache erschienen und hatte um Amtshilfe gebeten. Er habe seiner Freundin zu Demonstrationszwecken Handschellen angelegt, aber die könne er leider nicht mehr öffnen. Die Polizeibeamten ließen sich nicht lange bitten und versuchten, die vor der Wache in einem Pkw sitzende junge Frau von den Fesseln zu befreien, doch gelang dies nur einseitig; das andere Schloss klemmte. Die Polizisten verwiesen das Paar daraufhin an die Feuerwehr. Wie die Befreiungsaktion endete, ist im Polizeibericht nicht vermerkt.

Das längste Wort –
der deutschen Sprache –
Rindfleischetikettierungsüberwachungsaufgabenübertragungsgesetz (RkReÜAÜG) – ist Geschichte, aus dem aktiven

Sprachschatz getilgt und damit kein Rekordhalter mehr. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat das Gesetz aufgehoben, das erst vor 14 Jahren zum Schutz der Verbraucher vor der Rinderseuche BSE eingeführt worden war. Die Länge des Namens korrespondierte übrigens nicht mit der Länge des Gesetzes, das nur aus sechs Paragrafen bestand. Die neue Verordnung heißt schlicht "Landesverordnung über die Zuständigkeiten für die Überwachung der Rind- und Kalbfleischetikettierung". Die Sprachforscher sind übrigens guter Dinge, dass binnen kurzem ein neues Gesetz verabschiedet wird, das ähnlich wie die 2007 abgeschaffte "Grundstücksverkehrsgenehmigungszuständigkeitsübertragungsverordnung" den Rekord des RkRe-ÜAÜG einstellt. In den Duden schafften es beide Wortungetüme nicht, dort hat das

längste Wort nur

Kraftfahrzeughaft-

pflichtversicherung.

36 Buchstaben:

Der strenge Geruch – den rund 2 000 Liter Sanitärflüssigkeit und Fäkalien verströmten, musste mit Entlüftungsgeräten bekämpft werden, damit eine Frankfurter U-Bahnstation nach einem kleinen Malheur wieder benutzt werden konnte. Beim Entleeren mobiler Toilettenhäuschen hatte ein Servicemitarbeiter bei einer Toilette Pech gehabt und – so ein Sprecher der Feuerwehr – statt des Abwasserschachtes den Revisionsschacht erwischt. So flossen die Fäkalien in einen Technikraum und von dort in die U-Bahn-Station, die ob des Gestanks gesperrt werden musste. Die Züge passierten die Station ohne Stopp, und die Passagiere rochen, warum. Erst nach einem mehrstündigen Feuerwehreinsatz konnte die Sperrung wieder aufgehoben werden.

Die nächtlichenLärmbelästigungen –

störten einen Bürger aus Glückstadt derart, dass er sich schließlich auf Anraten des städtischen Ordnungsamtes an die Polizei wandte und um Messung des Lärmpegels bat. Bei seinen ausführlichen Schilderungen des lästigen Krachs kam er schließlich auch auf die Lärmquelle zu sprechen, woraufhin ihm die Polizeibeamten erklärten, dass sie machtlos seien, weil die Verursacher sicherlich ihren Anweisung nicht folgen und den Lärm abstellen würden. Es handelte sich um Frösche, die offenbar in den ersten wärmeren Frühlingsnächten ihre Freude über wohlige Wärme zum Ausdruck bringen wollten. Da auszuschließen war, dass die Tierchen den genervten Mann gezielt ärgern wollten, setzen die Beamten angesichts ihrer Aufgabenfülle während des Nachtdienstes wohl zu Recht andere Prioritäten.

Die rollende Toilette –

war einer Streifenwagenbesatzung in Oberhausen nicht geheuer, und die Kontrolle bestätigte ihren Verdacht. Zwei Jugendliche im Alter von 14 und 18 Jahren waren mitten in der Nacht mit einem Dixi-Klo auf Rollbrettern durch die Stadt unterwegs. Sie gaben an, das mobile Toilettenhäuschen von einer Baustelle mitgenommen zu haben, weil es für eine Party am Wochenende benötigt würde. Danach gehe das Objekt selbstverständlich wieder zurück. Die Beamten



Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. IDBV



